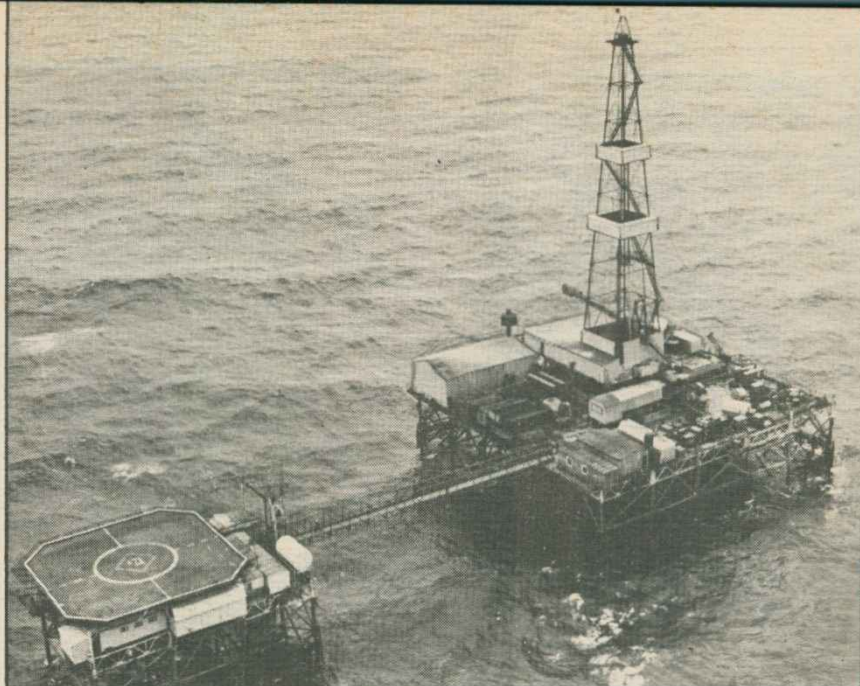


151 394 347 174159 14 ZOLLEVERM-BI 1500 0003 1529 PLES

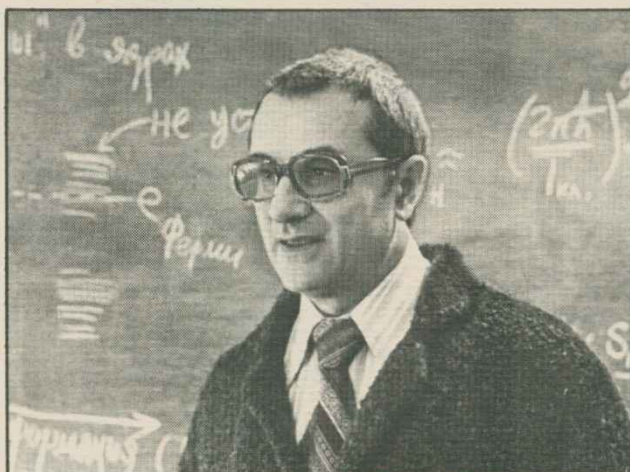


Das ganze Land rüstet zum XXVII. Parteitag seiner Kommunistischen Partei. Er wird eine neue Fassung des Parteiprogramms beschließen und die Entwicklungsperspektiven des Landes für das 12. Planjahr fünf festlegen. In Arbeit ist der Entwurf für die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Sowjetstaates für 1986—1990 und bis zur Jahrtausendwende. Sie beinhalten die Zukunft des Landes, das wissenschaftliche, technische, wirtschaftliche und soziale Niveau, mit dem die UdSSR ins 21. Jahrhundert eintreten wird. Eine angespannte Arbeit ist im Gange, und noch mehr bleibt zu tun: Der Staatsplan für 1985 enthält höhere Indizien der wirtschaftlichen Entwicklung als durchschnittlich in den vorangegangenen vier Jahren des laufenden Planjahr fünf.

Bei den Massenmedien gehen unzählige Briefe und Telegramme ein. Darin teilen Sowjetbürger verschiedenen Alters und Berufs, Städter und Dörfler unseres riesigen Landes ihre Gedanken und Empfindungen mit. Sie erklären, daß sie alle den Beschlüssen des außerordentlichen März-Plenums des ZK der KPdSU zustimmen, das die Notwendigkeit hervorhob, die Volkswirtschaft auf das Gleis der intensiven Entwicklung umzustellen, den Fortschritt in Wissenschaft und Technik zu beschleunigen und die Arbeitsproduktivität weiter zu heben. Die in Industrie, Verkehrswesen und Landwirtschaft Beschäftigten ergreifen neue Initiativen, um die von der Partei aufgestellten Pläne nicht nur termingemäß, sondern vorfristig zu erfüllen. Aus diesen Initiativen spricht der innige Wunsch, ein weiteres Gedeihen des Landes zu sichern.



Zügig wird  
auf der Bohrinself  
auf dem Kaliningrader  
Schelf gearbeitet



Der Physiker  
Wilen Strutinski,  
korrespondierendes  
Mitglied der AdW  
der Ukrainischen SSR

Fotos: TASS

Der Milchviehkomplex  
für 1100 Kühe  
in der Kolchose  
„Rasswet“,  
Gebiet Mogiljow





# ALTE DOKTRIN — NEUE ABENTEUER

"Die gegenwärtige Politik der USA: Vereinigung von Imperialismus und Monroedoktrin", so betitelte der Historiker Phelps eins der Kapitel in seinem Buch "Die Intervention der Vereinigten Staaten auf Kuba", nach dessen Lektüre W. I. Lenin mit unerbittlichem Sarkasmus anmerkte: "Eine schöne Vereinigung, eine schöne Auslegung!!!". Mit dieser kurzen Replik drückte der Führer des Weltproletariats klar schon vor etwa 70 Jahren aus, daß die Monroedoktrin und die Politik des Imperialismus identisch sind.

Nicht zufällig wird diese verstaubte imperialistische Doktrin heute wieder aus den Archiven hervorgeholt. Auch die Grundformel dieser Doktrin "Amerika den Amerikanern" — d. h. den USA — wird wiederbelebt, einschließlich der berüchtigten Postulate der "Politik des großen Knüppels" und der "Kanonenbootdiplomatie". "Die Monroedoktrin, auf die sich Washingtoner Politiker in den letzten 30 Jahren meistens nicht zu berufen pflegten, befindet sich jetzt in einer Phase der Wiedergeburt...", schrieb kürzlich die "New York Times". "Aussagen des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger und anderer über diese, vor 161 Jahren verkündete Doktrin zeugen davon, daß sich die US-Administration eine solche Interpretation des Völkerrechts zu eigen gemacht hat, die die Anwendung von Gewalt gegen Nicaragua rechtfertigt."

Gerade mit dieser Zielsetzung haben imperialistische Kreise der USA einen "Kreuzzug" gegen das sandinistische Nicaragua begonnen. In den USA wird behauptet, die Sandinisten, "Verbündete des internationalen Kommunismus", würden mit ihrer "subversiven Tätigkeit" die Lage in Mittelamerika destabilisieren. Unter diesem verlogenen Vorwand werden die Vorbereitungen zu einer Aggression gegen Nicaragua auf Hochtouren gebracht. Die Konzentration der US-Flottenverbände vor den Küsten des Landes, die größten Kriegsmanöver in der Geschichte der Region auf dem Territorium des benachbarten Honduras zeigen, daß eine Intervention vorbereitet wird. Die Steigerung der Kriegsvorbereitungen wird von gefährlichen politischen Aktionen begleitet. Im März wurde aus offiziellen Kreisen des Weißen Hauses bekannt, daß man die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua abubrechen gedenke. Die USA haben die Verhandlungen mit Nicaragua, die in Mexiko geführt wurden, einseitig abgebrochen, sie haben demonstrativ die Kompetenz des Internationalen Gerichtshofs "zurückgewiesen", der die Klage Nikaraguas behandelte...

Auch die CIA forciert ihr Zusammenspiel mit den konterrevolutionären Banditen. Vor kurzem wurde aus 9 bunt zusammengewürfelten Gruppie-

rungen die sogenannte Nikaraguanische oppositionelle Koordinierung gebildet, auf deren Grundlage eine Exilregierung gebildet werden soll.

Und all das nicht als Antwort auf "subversive Aktionen", sondern auf die konstruktive Diplomatie Nikaraguas. Es sei hier daran erinnert, daß ausgerechnet die Sandinisten den Vorschlag einbrachten, bilaterale und multilaterale Verträge abzuschließen, die Frieden und Sicherheit aller Staaten Mittelamerikas garantieren würden. Kürzlich hat der Präsident der Republik Nicaragua einen weiteren Schritt voran getan, indem er Maßnahmen bekanntgab, die ohne Vorbedingungen ergriffen werden, um den guten Willen des Landes zu demonstrieren und den Prozeß der Verhandlungen zu aktivieren. Wie hat Washington darauf reagiert? Es ist kaum zu glauben, aber dort wurde versucht, diese Maßnahmen als Ergebnis des auf Nicaragua ausgeübten Druckes auszulegen.

"Eine schöne Auslegung!!!" Nichts kann der Wahrheit ferner sein, als diese Verdrehung. Diese verlogenen Behauptungen wurden zur Schürung der antinikaraguanischen Hysterie benötigt. Bei solchen Versuchen beruft man sich auf die UNO-Charta und die Statuten der OAS, wonach jeder Staat "das unantastbare Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegen eine Aggression" hat. Das ist jedoch der Gipfel des Zynismus, des Hohns auf den gesunden Menschenverstand! Denn gerade die Handlungen der USA gegen Nicaragua können nicht anders als eine grobe Verletzung der Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen und der Statuten der OAS genannt werden.

Demnach ist es nicht verwunderlich, daß sich die Reaktion gezwungen sieht, Zuflucht zur imperialen Monroedoktrin zu nehmen, die sich längst kompromittiert hat. So wurde bereits bei der Invasion auf Grenada verfahren. Nun stellt sich die Frage, ob der amerikanische Imperialismus in der Lage ist, heute in Nicaragua ebenso nach dem Faustrecht zu handeln wie auf dieser kleinen Insel. Nein, er muß dem Freiheitswillen des nikaraguanischen Volkes und der weltweiten Solidarität Rechnung tragen.

Was die Sowjetunion angeht, so wurde am 13. März beim Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow mit dem Präsidenten der Republik Nicaragua, Daniel Ortega, die Solidarität der sowjetischen Menschen mit dem nikaraguanischen Volk, das sein Recht auf eine freie unabhängige Entwicklung heldenhaft verteidigt, bekräftigt. Die UdSSR hat ihre Unterstützung für die konstruktiven Initiativen Nikaraguas bekundet. Gleichzeitig verurteilten beide Seiten entschieden den Kurs der US-Administration, der auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder dieser Region und auf Schaffung eines gefährlichen Spannungsherdos gerichtet ist.



Ich möchte mich zu den gegenwärtigen Verhandlungen in Genf äußern. Die Massenmedien bereiten uns schon darauf vor, daß sie "wegen der unflexiblen Politik der Sowjetunion scheitern werden". Uns kann das nicht überzeugen. Wir wissen ja, wie sehr die Sowjetunion und ihre Führung den Frieden wollen. Ebenso genau sind wir über die militaristischen Pläne der US-Administration informiert. Unsere Hoffnungen setzen wir nach wie vor in die Politik der KPdSU.

**Francisco MORANT GONZALEZ**  
Alicante, Spanien

Vor zwei Tagen war ich in Bergen-Belsen. Die KZ-Gedenkstätte dort hatte ich schon vor vielen Jahren besucht. Erst durch die Arbeit beim Schülerwettbewerb erfuhr ich, daß in Fußwegentfernung von der Gedenkstätte ein sowjetischer Friedhof liegt, auf dem 50 000 Kriegsgefangene ... beerdigt sind. Die Atmosphäre dort war gespenstisch. Die Friedhofsanlage liegt mitten in einem Truppenübungsgelände, die Straßen sind gesperrt, nur die Zufahrt zum Friedhof ist gestattet. Rund um den Friedhof wird dem Besucher Schußwaffengebrauch angedroht, das Ganze akustisch überläßt von pausenlosem Artilleriegetöse. Dieser Ort hierzulande ist völlig unbekannt. Und dort sind weit mehr Menschen begraben als in Dachau!

**Wolf SCHMIDT**  
Hamburg, BRD

Mit Interesse las ich Juri Botschkarjows Antwort an Habib Abdelkader (Diskussion mit dem Leser, NZ 6/85). Ich möchte dem Autor für seinen Beitrag, in dem er den Plänen des US-Imperialismus und der rassistischen RSA auf den Grund geht, danken. Der Süden Angolas ist tatsächlich noch immer von Truppen Pretorias besetzt, das Spaltergruppierungen wie die UNITA unterstützt. Einen Geheimkrieg führt das rassistische Regime auch gegen Mocambique, und das ungeachtet des Vertrages von Nkomati und der in Lusaka erzielten Vereinbarung. Übrigens ist die RSA nur darauf eingegangen, um vor der Weltöffentlichkeit gut dazustehen. Gestaut habe ich über Abdelkaders Worte, die UdSSR rufe zur Gewalt auf. Was meint er damit? Ist die Unterstützung der Völker, die um ihre nationale Unabhängigkeit ringen, etwa ein Aufruf zur Gewalt? Botschkarjows Antwort ist nicht für Abdelkader allein von Nutzen, sondern auch für alle, die den Sinn der sowjetischen Politik den Entwicklungsländern gegenüber nicht verstehen. Ihr Sinn war auch in Dmitri Sgerskis Antwort an D. Sokolow hervorgehoben (Diskussion mit dem Leser, NZ 7/85). Wie es da heißt, "... stellen wir niemals politische Bedingungen, versuchen wir nie, andere Völker zu lehren, wie sie leben sollen, und benutzen die Zusammenarbeit nicht für ein politisches Diktat, was die Westmächte ja nicht selten tun". Helfen Sie durch Ihre Artikel auch weiter Menschen, die sich in solchen Fragen noch nicht orientieren.

**Jonas Zacarias TEIXEIRA**  
Saupersdorf, DDR

# NEUE ZEIT

## MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 14 APRIL 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLIJKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:  
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

### IN DIESEM HEFT:

Alte Doktrin — neue Abenteuer (Wort des Redakteurs)	1
Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrates	5
Macht das Jahr des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus zum Jahr des Sieges über die Gefahr eines Nuklearkrieges! (Deklaration)	5
Nein zum „Krieg der Sterne“! Appell an die Völker der Welt	6
W. Gerassimow — Ungarn. Die Freiheit kam nach Ungarn	7
J. Botschkarjow — „Barmherzigkeit“ mit Hintergedanken (NZ-Standpunkt)	9
A. Ulanski — Iran—Irak. Sinnloser, blutiger Konflikt	10
Biographisches: Maawiya Ould Sid'Ahmed Taya, Julio Maria Sanguinetti Coirolo	10, 11
Zum 40. Jahrestag des Sieges. Soldatenwege	12
V. Gussenkow — Frankreich. Generalprobe	14
D. Antonow — Terror-Bazillus (NZ-Kommentar)	15
Notizen ♦ Glossen	16
US-Militärstützpunkte — Sprungbretter der Aggression (militärpolitische Übersicht)	18
A. Pin — Aus dem Dunkel feuchter Schächte	29
D. Swerew — Meridiane der Freundschaft	30
R. Krestjaninow — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Schaffung eines Systems von US-Militärbasen in verschiedenen Regionen der Welt ist Bestandteil des breitangelegten Plans zur Erlangung der militärischen Überlegenheit über die UdSSR und die gesamte sozialistische Gemeinschaft

Titelbild: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostsad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostsad, Moskau.





Vom 22. bis zum 25. März tagte in Moskau das Präsidium des Weltfriedensrates. Die Delegierten nahmen die Deklaration "Macht das Jahr des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus zum Jahr des Sieges über die Gefahr eines nuklearen Krieges!" und einen Appell an die Völker der Welt "Nein zum 'Krieg der Sterne'!" an (S. 5). Unser Bild: Eröffnung der Tagung

Foto: J. Injakin

Am 22. März veröffentlichte die sowjetische Presse eine Mitteilung über die turnusmäßige Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Wie auf der Sitzung betont wurde, will die UdSSR auch künftig fest und konsequent den Kurs auf Frieden und Fortschritt steuern und die Leninschen Prinzipien des Friedens und der friedlichen Koexistenz befolgen. In diesem Zusammenhang wurde auf die große Bedeutung des Freundschaftstreffens Michail Gorbatschows mit den Partei- und Staatschefs der Warschauer Vertragsstaaten hingewiesen. Das Politbüro billigte restlos die Ergebnisse des freundschaftlichen Treffens und der Gespräche mit den Delegationsleitern der anderen sozialistischen Länder und bekräftigte den dort bekundeten Willen der KPdSU und des Sowjetstaates, ebenso wie früher die brüderliche Freundschaft mit unseren Bündnispartnern zu wahren und größtmöglich zu festigen und in den außenpolitischen Angelegenheiten den

Vorrang den sozialistischen Ländern zu geben. Hervorgehoben wurde die große Bedeutung der Moskauer Gespräche Michail Gorbatschows, Nikolai Tichonows und Andrej Gromykos mit den Staatschefs vieler Länder der Welt. In diesen Gesprächen kam erneut der konsequente Kurs der UdSSR auf die Festigung des Friedens und gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Völkern zum Ausdruck. Gebilligt wurde die Information Wassili Kusnezows und Boris Ponomarew über ihre Gespräche mit den führenden Repräsentanten der kommunistischen, sozialistischen und nationaldemokratischen Parteien sowie mit Vertretern der obersten Organe der Staatsmacht mehrerer Länder. Das Politbüro erörterte einige Fragen im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg und mit der Teilnahme der Werktätigen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten an der Vorbereitung zu diesem denkwürdigen Ereignis und faßte Beschlüsse dazu. Ferner nahm es die

Information Vitali Worotnikows über den Jugoslawienbesuch einer sowjetischen Delegation entgegen, erörterte die Mitteilung Nikolai Tichonows und Andrej Gromykos über ihr Gespräch mit dem französischen Außenminister Roland Dumas und wies darauf hin, daß dieses Treffen erneut eine gewisse Nähe der Positionen unserer beiden Länder in wichtigen Fragen — Notwendigkeit der Rückkehr zur Entspannungspolitik, Konsolidierung der europäischen Sicherheit, Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau, Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum — gezeigt hat. Gebilligt wurde die Mitteilung Wladimir Stscherbikis über die Ergebnisse einer USA-Reise der Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR.

Vom 20. bis zum 22. März weilte der Konsultativrat der Sozialistischen Internationale für Abrüstung in Moskau. Michail Gorbatschow hatte ein Treffen mit dem Konsultativrat. Sowjetischerseits wurde die Unabänderlichkeit des sowjetischen außenpolitischen Kurses, eines Kurses von Frieden und Fortschritt, bekräftigt. In bezug auf die in Genf begonnenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Weltraum- und Kernwaffen betonte Michail Gorbatschow die Bedeutung dieser Verhandlungen für den Kampf gegen die Kriegsgefahr und die Eindämmung des Wettrüstens. Kalevi Sorsa, der Vorsitzende des Konsultativrats und Ministerpräsident Finnlands, hob die Notwendigkeit hervor, dem Wettrüsten durch rasche und wirksame Aktionen Einhalt zu gebieten. Die Mitglieder des Konsultativrates hatten ferner ein Treffen mit einer KPdSU-Delegation und mit sowjetischen Experten. Beide Seiten gaben ihrer tiefen Besorgnis über die Weltlage, die Fortsetzung des Wettrüstens und die Gefahr seiner Ausdehnung auf den Weltraum Ausdruck. Wie hervorgehoben wurde, messen beide Seiten den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf und der Notwendigkeit von Vereinbarungen, die den vollen Verzicht auf Antisatellitenwaffen, die Vernichtung der schon bestehenden Systeme solcher Waffen, das Verbot aller Weltraumwaffen, das vollständige Verbot von Kernwaffentests und einen wesentlichen Abbau der nuklearen Arsenale zum Inhalt hätten, große Bedeutung bei. Beide Seiten würdigten den Vorschlag, Europa von den Kernwaffen — sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischen — zu befreien. Die in den UNO-Resolutionen über die Verurteilung eines Nuklearkrieges, die Zügelung des Wettrüstens und die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums enthaltenen Ideen wurden unterstützt. Die Teilnehmer des Treffens



verwiesen auf die Bedeutung eines nuklearen Einfrierens und waren sich einig, daß ein Verbot der C-Waffen eine gebieterische Notwendigkeit ist. Zur Verbesserung des gesamten weltpolitischen Klimas würden positive Ergebnisse auf der Stockholmer Konferenz und bei den Wiener Gesprächen beitragen. Der Konsultativrat sprach sich dafür aus, den Kreis der Teilnehmer des Abrüstungsprozesses zu erweitern und zu diesem Zweck in ihn neben der UdSSR und den USA die anderen nuklearen sowie neutrale und nichtnukleare Länder einzubeziehen. Sowjetischerseits wurde auf die Wichtigkeit der Entfaltung der Antikriegsbewegung und auf die Bedeutung solidarischer Aktionen breiter Friedenskräfte hingewiesen. Beide Delegationen bekräftigten ihre Absicht, den Meinungsaustausch auch in Zukunft fortzusetzen.

Am 19. März fanden im Kreml Verhandlungen Nikolai Tichonows mit Grischa Filipow, Mitglied des Politbüros des ZK der Bulgarischen KP und Vorsitzender des Ministerrates der VR Bulgarien, statt. Die Regierungschefs erörterten die Perspektiven einer noch größeren Erweiterung und Vervollkommenung der sowjetisch-bulgarischen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und betonten die Bedeutung der Erhöhung ihrer Effektivität. Die Arbeit an der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne beider Länder für 1986–1990 wurde gebilligt.

Am 19. und 20. März weilte Oskar Fischer, Mitglied des ZK der SED und Außenminister der DDR, zu einem Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion. Zwischen Gromyko und Fischer fanden Verhandlungen statt, bei denen Fragen der bilateralen Beziehungen und einige aktuelle internationale Probleme zur Sprache kamen. Erneut bekräftigt wurde die völlige Übereinstimmung der Standpunkte der Seiten zu allen erörterten Fragen, ihr einmütiges Streben, die unverbrüchliche brüderliche Freundschaft zwischen der UdSSR und der DDR zu festigen und alles für die Erhaltung des Friedens und die Gewährleistung der internationalen Sicherheit zu tun.

Am 25. März trat in Budapest der XIII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei zusammen. Der Rechenschaftsbericht des ZK der Partei war den Delegierten in schriftlicher Form vorgelegt worden. Am 25. März wurde er in der Presse veröffentlicht. Janos Kadar, der Erste Sekretär des ZK der USAP, eröffnete den Parteitag mit einer Rede. Am 26. März hielt Grigori Romanow, der Leiter der KPdSU-Delegation, eine Ansprache.

## Treffen der Freunde

In Wien fand ein Internationales Treffen von Vertretern der Gesellschaften der Freundschaft mit der UdSSR aus 27 europäischen Ländern statt. Es war dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus gewidmet.

Die Völker haben ihr Recht auf Leben und den Sieg in dem verheerendsten Krieg der Geschichte, die die Weltherrschaftsanwärter entfesselten, teuer erkaufte, sagte die Leiterin der sowjetischen Delegation, Sinaida Kruglowa. Es ist allgemein bekannt, daß die UdSSR den entscheidenden Beitrag zum Sieg im zweiten Weltkrieg leistete. Doch sind die Sowjetbürger weit davon entfernt, den Kampf anderer Völker in Abrede zu stellen.

Die Teilnehmer des Forums betonten: Der Sieg über die faschistischen Eindringlinge war nicht zu trennen von der europäischen Widerstandsbewegung, vom antifaschistischen Kampf in vielen Staaten. Doch gilt es, den Geschichtsfälschern, die die Rolle der UdSSR im vergangenen Krieg herabzumindern versuchen, eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Heute ist es besonders wichtig, Vertrauen, gegenseitiges Verstehen und die Freundschaft zwischen den Völkern zu stärken. Deshalb sind die Freunde der UdSSR besonders zu würdigen, die Millionen Menschen helfen, die Wahrheit über die UdSSR und ihre friedensdienliche Außenpolitik zu erfahren.

In einer Erklärung, die das Treffen annahm, wird die europäische Öffentlichkeit zum unermüdlichen Kampf für die Verhütung einer nuklearen Katastrophe aufgefordert.

## Im Geiste des Kreuzzugs

US-Präsident Reagan war am 18. und 19. März in Kanada. Der "größte Reizfaktor" bei den Verhandlungen in Ottawa war das Problem des "sauren Regens", der der kanadischen Natur starken Schaden zufügt.

Im militärpolitischen Bereich dagegen herrschte eitel Sonnenschein. Gemäß dem unterzeichneten Abkom-

men über die Modernisierung des nordamerikanischen Luftverteidigungssystems NORAD soll in Kanadas arktischen Gebieten ein perfektioniertes "nördliches Frühwarnsystem", insgesamt 52 Radarstationen, angelegt werden. Zur engeren militärischen Partnerschaft beider Länder wird auch die unterzeichnete "Deklaration über internationale Sicherheit" beitragen.

Befremdet nahm die Weltöffentlichkeit Reagans Ansprache im Hotel "Chateau Frontenac" in Quebec am 18. März auf. Darin leistete er sich gehässige Ausfälle gegen die sowjetische Außenpolitik und beschuldigte die UdSSR absolut ohne Grund, Verträge zu verletzen und internationalen Verpflichtungen nicht nachzukommen. Der westlichen Presse zufolge wollte Reagan mit diesen Anwürfen die "harte" US-Position in Genf rechtfertigen und die Erzielung fairer Vereinbarungen erschweren.

## Streik in Bolivien

Der Generalstreik legte das Land für 16 Tage lahm. Er wurde am 8. März für unbestimmte Zeit ausgerufen, aus Solidarität mit dem Streik der Bergbauarbeiter, die Mindestlöhne, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung u. a. forderten.

Zu einer Manifestation in La Paz trafen zuerst etwa 9000 Bergleute ein. Dann stieg ihre Zahl auf 15 000 an. Bei den Gesprächen zwischen dem Bolivianischen Arbeiterzentrum [COB, die wichtigste Gewerkschaftsorganisation] und der Regierung konnte zuerst nichts vereinbart werden. Der Präsident Siles Zuazo bot dem COB an, eine "Parallelregierung" zu bilden, um das Land gemeinsam zu verwalten und dem Streik ein Ende zu setzen. Die ultralinken COB-Führer bestanden auf einem Rücktritt des Präsidenten und lehnten auch den Vorschlag der Regierung über eine geringfügige Lohnerhöhung ab.

Die Streikenden errichteten Barrikaden in La Paz. Darauf wurden am 20. März Armeestreifen in den Straßen eingesetzt, Flugzeuge der Luftstreitkräfte kreisten über der Stadt. Es gab immer mehr Gerüchte, daß die faschistoide Reaktion einen Staatsstreich vorbereite. Nachdem 22 der 28 COB-Gewerkschaften sich für den Vorschlag der Regierung über die Lohnerhöhung ausgesprochen hatten, stellte die Gewerkschaftszentrale den Streik am 23. März ein.



# MACHT DAS JAHR DES 40. JAHRESTAGES DES SIEGES ÜBER DEN FASCHISMUS ZUM JAHR DES SIEGES ÜBER DIE GEFAHR EINES NUKLEARKRIEGES!

## DEKLARATION DES PRÄSIDIUMS DES WELTFRIEDENS-RATES

In diesem Jahr begehen die Völker der Welt den 40. Jahrestag des großen Sieges über den Hitlerfaschismus und den japanischen Militarismus im zweiten Weltkrieg. Vor 40 Jahren endete in Europa die finstere Nacht der faschistischen Versklavung und des Völkermordes. Die verbrecherische Verschwörung der Nazis, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und eine "neue Ordnung" faschistischer Prägung zu errichten, wurde zerschlagen. Die Zukunft der Weltzivilisation, des Fortschritts und der Demokratie wurde vor der Pest des Faschismus gerettet.

Tausende von Städten und Dörfern wurden zerstört. 50 Millionen Menschen mußten ihr Leben lassen — auf den Schlachtfeldern, in der Widerstandsbewegung, in Konzentrationslagern, in Gaskammern, bei Luftangriffen und ebenso auch weit entfernt von der Front vor Hunger und Entbehrungen. Mit einem furchtbaren Preis mußte der Frieden erkaufte werden, in dem wir seit nunmehr 40 Jahren leben. Und das war lediglich ein "konventioneller", kein nuklearer Krieg.

**Aber die Verbrechen der Faschisten gegen die Menschheit dürfen nie in Vergessenheit geraten!**

Der Sieg über Hitlerdeutschland und das militaristische Japan bewirkte große politische und soziale Veränderungen, einen Aufschwung der Kräfte des Friedens und Fortschritts in der ganzen Welt und die Entstehung einer Gemeinschaft sozialistischer Staaten. Die alten Kolonialreiche bröckelten auseinander, und mehr als 70 neue Staaten wurden gegründet. Eine anschwellende Bewegung der Völker für den Frieden, die machtvollste Bewegung unserer Zeit, erfaßte die Welt.

Unsere größte Hochachtung gilt jenen in vielen Ländern, die ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus ließen. Die gesamte Menschheit grüßt das Sowjetvolk, das einen entscheidenden Beitrag zu diesem Sieg leistete.

Die Völker der Antihitlerkoalition kämpften Schulter an Schulter. Diese Koalition war eine große Bruderschaft der Kämpfer gegen den Faschismus. Das von ihnen gemeinsam vergossene Blut besiegelte das Bündnis der Kräfte des Friedens. Sie bewiesen damit, daß weder Unterschiede im politischen und gesellschaftlichen System noch divergierende Meinungen ein Hindernis für den gemeinsamen Kampf gegen drohende Gefahr sind. Was für den Krieg gegen den Faschismus galt, gilt heute angesichts der Gefahr einer nuklearen Katastrophe um so mehr. Jetzt, wie vor 40 Jahren, ist ein großes Bündnis der Kräfte des Friedens lebensnotwendig.

**Möge 1985, das Jahr des 40. Jahrestages des Sieges, zum Jahr der Einheit und Geschlossenheit aller Friedenskräfte im Kampf für die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges werden!**

Die Geschichte hat den Beweis erbracht: Faschismus erzeugt Krieg. Die Gefahr einer Wiederbelebung des Faschismus ist real. Die Warnsignale nehmen ständig zu: Terrorakte neofaschistischer Banden in verschiedenen Ländern, verstärkte rassistische Propaganda, die revanchistischen Ansprüche auf Gebiete benachbarter Länder; all das erinnert ständig an diese Gefahr. Man denke nur an solche Beispiele wie die Tragödie Chiles, El Salvadors, Guatemalas, Haitis und Paraguays, an die Terrorherrschaft in Südafrika, die blutigen Verbrechen Israels in

Libanon und in den okkupierten arabischen Gebieten, die Verbrechen der Konterrevolutionäre in Afghanistan, Angola, Mocambique und Nikaragua sowie an die der Pol-Pot-Henker in Kambuchea.

**Menschen der Welt! Seid wachsam! Verhindert den Krieg, ehe er ausbricht!**

Diese wichtigste Lehre der Geschichte ist in unserem Zeitalter der Kernwaffen aktueller denn je, da die verbrecherischen Abenteuer jener, die heute die Welt beherrschen wollen, wenn nicht aufgehalten, den Untergang unserer Zivilisation nach sich ziehen können.

Die historischen Beschlüsse von Jalta und Potsdam stehen denen im Wege, die noch immer an eine Revanche denken und unter der Flagge eines abermaligen "Kreuzzuges" gegen den Sozialismus die Uhr der Geschichte zurückstellen möchten. Es gilt, allen Anschlägen auf die territorialen und politischen Festlegungen der Nachkriegszeit in Europa eine angemessene Abfuhr zu erteilen.

Die Bedrohung für den europäischen Frieden wurde weder durch eine angebliche "Teilung" dieses Kontinents noch durch die Existenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geschaffen. Die Gefahr wird durch das zügellose Wettrüsten seitens der USA und ihrer engsten NATO-Partner heraufbeschworen, welche die Politik der Entspannung und Zusammenarbeit der 70er Jahre aufgegeben und entgegen dem Willen der Völker neue amerikanische nukleare Erstschlagsraketen in Westeuropa stationiert haben.

**Die Welt von heute sieht sich einer neuen, beispiellosen Gefahr gegenüber!**

Die fieberhaften Bemühungen der heutigen US-amerikanischen Administration, das Wettrüsten umfassend auf den Weltraum auszudehnen, bergen nicht nur für ein bestimmtes Land, sondern für die ganze Menschheit große Gefahren in sich. Wenn nun auch noch der Weltraum zu einem Kriegsschauplatz gemacht werden soll, so tritt an die Stelle einer von den Völkern der ganzen Welt ersehnten allgemeinen und vollständigen Abrüstung eine totale Hochrüstung auf der Erde und im erdnahen Weltraum, die unkontrollierbar und unumkehrbar sein wird.

Diese unheilvolle Gefahr kann und muß jedoch gebannt werden. Die in Genf begonnenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Weltraum- und nukleare Rüstungen bieten eine reale Möglichkeit dafür.

Die Verhandlungen in Genf sind nicht zuletzt dank den nachhaltigen Forderungen der Friedenskräfte, der Öffentlichkeit zustande gekommen. Jetzt muß alles getan werden, damit die gemeinsam vor aller Welt übernommene Verpflichtung beider Seiten über den Gegenstand und die Ziele der Verhandlungen erfüllt wird. Die Verhandlungen müssen zur Erarbeitung wirksamer Vereinbarungen über eine Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum sowie dessen Beendigung auf der Erde und schließlich allenorts zum völligen Verbot der Kernwaffen führen. Die Völker dürfen sich nicht ein weiteres Mal in ihren Hoffnungen getäuscht sehen.

**Der Weltfriedensrat ruft nachdrücklich zum Verzicht auf die Pläne der USA zur Militarisierung des Weltraums auf!**



Er fordert ferner entschieden ein Einfrieren der Kernwaffenarsenale beider Seiten, die Einstellung der Stationierung neuer Nuklearraketen in Europa und den Abzug bereits vorhandener, das allgemeine und vollständige Verbot von Kernwaffentests, die Verpflichtung aller Kernwaffenstaaten zum Verzicht auf einen Ersteinsatz von Kernwaffen sowie die Auflösung aller ausländischen Kernwaffenstützpunkte, die Bildung kernwaffenfreier Zonen und eine drastische Kürzung der Militäretats. Wir unterstützen die Kampagne gegen das Anlaufen von Häfen durch kernwaffenbestückte Kriegsschiffe. Die entscheidende Aufgabe der Friedensbewegung besteht in der völligen Beseitigung und Liquidierung von Kernwaffen und aller anderen Massenvernichtungswaffen.

Der Weltfriedensrat ruft die Friedenskräfte aller Länder auf, anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges Massenaktionen zur Friedenssicherung gegen die mit der Militarisierung des Weltraums erneut zugespitzte atomare Kriegsgefahr, gegen Revanchismus und Neofaschismus, gegen das wahnwitzige Wettrüsten, gegen die Politik der Aggression und Intervention sowie zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu veranstalten.

Das Schicksal Grenadas ist uns eine ernste Mahnung. Die Drohungen gegen Kuba und dessen Blockade durch die USA halten an. Heute droht Nikaragua akute Gefahr. Zur Verteidigung des legitimen Rechtes des nikaraguanischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung und Freiheit bedarf es einer noch größeren Geschlossenheit und Leidenschaft in den Protestaktionen gegen die imperialistische Politik der Willkür und Gewalt.

Die Kriegsgefahren wachsen in verschiedenen Teilen der Welt: in Südostasien sowie in den Regionen des Indik und des Pazifik. Die Aufrüstung Pakistans durch die USA bedroht Frieden und Sicherheit in der Region. Besonders besorgniserregend ist die Lage im Nahen Osten. Durch die nukleare Hochrüstung der USA in Südkorea sowie durch die provokativen Manöver "Team Spirit" wird im Fernen Osten eine ernste Lage geschaffen.

**Der Frieden ist unteilbar. Ebenso unteilbar sind unser gemeinsamer Kampf für die Abwendung der atomaren Kriegsgefahr, unsere Solidarität mit dem Kampf für nationale Befreiung.**

Das erfordert, die Aktionen der weltweiten Bewegung für Frieden, Sicherheit und Abrüstung mit dem Kampf der Völker der Entwicklungsländer für ihre Rechte, für die Überwindung

des schweren Erbes des Kolonialismus und für gerechte gleichberechtigte internationale Wirtschaftsbeziehungen wirksam zu vereinen. Die akuten Entwicklungsprobleme können nicht gelöst werden ebenso wie die Hungersnot nicht überwunden werden kann, solange das Wettrüsten anhält. Dieselben Kräfte, die in der ganzen Welt Spannungen erzeugen und das Wettrüsten forcieren, sind auch für die Leiden der Opfer imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung verantwortlich.

Der Weltfriedensrat setzt sich dafür ein, die Öffentlichkeit zur Unterstützung der Deklaration von Delhi zu mobilisieren, in der sechs Staaten von vier Kontinenten zum unverzüglichen Einfrieren der Entwicklung, Produktion, Erprobung und Stationierung von Kernwaffen sowie zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum aufrufen, und schlägt vor, am 22. Mai 1985, dem Jahrestag des von den sechs Staaten verabschiedeten ersten Appells, einen Internationalen Tag der Massenaktionen zur Unterstützung der Deklaration von Delhi durchzuführen.

Der Weltfriedensrat ruft dazu auf, umfassende und abgestimmte Aktionen der Friedenskräfte im Zusammenhang mit dem herausragenden Ereignis dieses Jahres, dem 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz von Helsinki, zu veranstalten.

Eingedenk dessen, daß sich 1985 die USA-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zum 40. Male jähren, appelliert der Weltfriedensrat an die Friedenskräfte, den 6. und 9. August als Tage internationaler gemeinsamer Aktionen zur Beseitigung von Kernwaffen zu begehen, damit sich die Tragödien dieser Städte nie wiederholen.

In diesem Jahr begehen wir auch den 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen. Der Weltfriedensrat ruft zur aktiven Unterstützung ihrer die Sache des Friedens, der Abrüstung und Entwicklung sowie die Beseitigung von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid fördernden Beschlüsse auf. Es ist dringend notwendig, die breiteste Teilnahme am Internationalen Jahr der Jugend, am Internationalen Jahr des Friedens und an der Weltabrüstungskampagne zu sichern, welche von den Vereinten Nationen verkündet wurden.

Menschen der Welt! Anlässlich des 40. Jahrestages des großen Sieges über den Faschismus appelliert der Weltfriedensrat an Euch:

**Macht das Jahr der 40. Wiederkehr des Sieges über den Faschismus zum Jahr des Sieges über die atomare Kriegsgefahr!**

## NEIN ZUM „KRIEG DER STERNE“! APPELL AN DIE VÖLKER DER WELT

Der Menschheit droht höchste Gefahr. Alles Leben auf unserem Planeten ist gefährdet.

Trotz des eindeutig bekundeten Willens von Millionen Frauen und Männern auf allen Kontinenten sowie der weitaus meisten Regierungen werden in den USA die Vorbereitungen auf einen "Krieg der Sterne" unerbittlich vorangetrieben.

Bei der sogenannten Strategischen Verteidigungsinitiative kann von "Verteidigung" in keiner Weise die Rede sein.

Ihr tatsächlicher Zweck besteht darin, sich die nukleare Erstschlagfähigkeit unter dem Schutz eines "Weltraumschildes" zu sichern und somit die gesamte Welt zu bedrohen und zu beherrschen. Aus diesem Grunde haben die USA bei Fortsetzung ihres Programms der Weltraumwaffen auch das Tempo der Aufstockung ihrer strategischen nuklearen Arsenale erhöht und setzen die Stationierung ihrer nuklearen Mittelstreckenraketen in Westeuropa sowie die Produktion der barbarischen Neutronen-, chemischen und anderen Massenvernichtungswaffen fort.

Die Militarisierung des Weltalls würde den Beginn einer neuen außerordentlich gefährlichen Art des Wettrüstens, zunehmende Konfrontation und die Gefahr eines weltweiten Infernos bedeuten.

Die dem Frieden verpflichteten Völker und Regierungen der ganzen Welt begrüßten den Beginn der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf als eine echte Möglichkeit, das Wettrüsten im Weltall zu verhindern, es auf der Erde mit dem Ziel einzustellen und rückgängig zu machen, alle Kernwaffen vollständig zu beseitigen.

Aber das Beharren der USA auf einer Realisierung der Pläne eines "Kriegs der Sterne" birgt die Gefahr in sich, daß die Verhandlungen scheitern.

**Die "Sternenkriegs"pläne müssen jetzt vereitelt werden! Die Genfer Verhandlungen müssen erfolgreich sein!**

Wir appellieren an alle für den Frieden und die Verhütung eines Kernwaffenkrieges eintretenden Bewegungen und nichtstaatlichen Organisationen, Völker und Regierungen, ihre Stimme in einer weltweiten Kampagne nachhaltiger denn je gegen eine Militarisierung des Weltalls zu erheben.

Wenn den "Sternenkriegs"plänen heute nicht Einhalt geboten wird, könnte es morgen schon zu spät sein.

**Nein zum "Krieg der Sterne"** — so lautet der gemeinsame Ruf aller Friedenskräfte.

Der Weltraum muß dem Frieden und Fortschritt dienen!



Der April 1945 brachte dem ungarischen Volk die Befreiung und leitete die Erneuerung des Landes ein

# DIE FREIHEIT KAM NACH UNGARN

Wladimir GERASSIMOW

... Er trug eine hellgrüne Jacke, am Revers goldene, etwas verblichene Eichenblätter, einen Hut mit schmalen Rand, Schnüstriefel. Er hatte nur noch einen Arm, mit dem anderen aber läutete er kräftig die Glocke...

"Damals war sie von einem Splitter getroffen worden. Spüren Sie es?" Der Förster Rezső Tamasics war der erste, der im Morgengrauen des 4. April 1945 die Gemeindeglocke läutete: "Ungarn ist frei!"

"Anfangs entwickelte sich ein erbittertes Panzergefecht. Die Faschisten saßen dort in ihren Bunkern. Schauen Sie dort, sechs Betonkappen über den Hügeln. Erbittert wurde gekämpft. Dann aber, gegen Morgen, wurde es still. Auf einmal begannen die Russen zu singen. Und wie laut! Irgendwo fing eine Harmonika an zu spielen. Dazu schrien sie: 'Hitler kaputt, Krieg kaputt!' Da lief ich zum Glockenturm, um zu läuten. Damals hatte ich noch zwei Arme. Erst später verlor ich einen Arm durch eine deutsche Mine."

Die Glocke in der Ortschaft Nemesmedves an der ungarisch-österreichischen Grenze kündigt von der Freiheit, die Rotarmisten gebracht hatten. Für Ungarn begann eine neue Epoche.

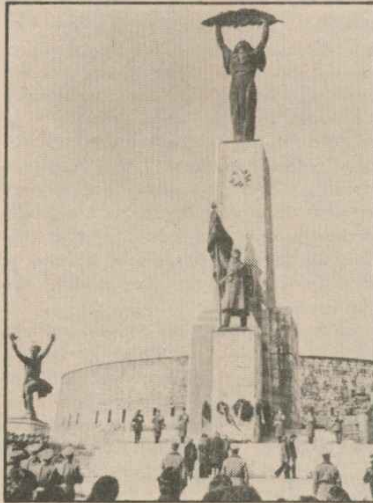
Heute steht an dem hölzernen Dreifuß mit der Glocke einer der legendären T 34 auf einem Sockel. Und obgleich Rezső Tamasics nicht mehr lebt und auch die nähere Umgebung fast menschenleer ist — viele zogen in größere Nachbardörfer oder in die Stadt um —, sind an dem Denkmal stets frische Blumen. Und immer wieder läutet jemand die alte Glocke...

## Die Provokation von Kosice

Am 26. Juni 1941 bombardierte die faschistische Luftwaffe Kosice, das damals zu Ungarn gehörte. Die Clique um Admiral Horthy erklärte einen Tag später: "Die Russen haben Ungarn überfallen." Ungarische Truppen fielen in der Sowjet-

union ein. So trat Ungarn auf seiten Hitlerdeutschlands in den Krieg ein.

Mit Marschmusik setzten sich die Regimenter der 2. ungarischen Armee Richtung Don in Bewegung, in der Hoffnung auf einen leichten Sieg. Die hurrapatriotischen Wochenschauen jener Zeit waren von der historischen Wahrheit



Stets liegen am Befreiungsdenkmal frische Blumen — ein Dank an die sowjetischen Soldaten, die Ungarn die Freiheit brachten

himmelweit entfernt. Die aber zeugt davon, daß die ungarischen Soldaten für eine ungerechte, schändliche und deshalb zum Scheitern verurteilte Sache kämpften. Die Fortschrittskräfte des Landes verstanden das. Schon bald sollten die von der Horthy-Propaganda verbreiteten Lügen platzen.

Nach Stalingrad und der Vernichtung des Großteils der ungarischen Armee bei Woronesch glaubte Horthy schon nicht mehr auf einen Sieg Hitlers. Ab Sommer 1942 versuchte er, zu seinen alten Entente-Verbündeten überzuwechseln. Er

meinte, daß, kämen die englisch-amerikanischen Truppen als erste nach Ungarn, dessen bürgerliches Großgrundbesitzerregime bewahrt bleiben könne. Am 9. September 1943, bei einem Geheimtreffen an Bord eines englischen Schiffes im Marmarameer, wurden die Bedingungen einer Kapitulation für den Fall formuliert, daß die britisch-amerikanischen Truppen die ungarische Grenze erreichen. Auch später wurden über verschiedene Kanäle Geheimverhandlungen geführt.

Im März 1944 wurde Ungarn von der Wehrmacht besetzt. Das Horthy-Regime erzitterte unter den Schlägen der antifaschistischen Widerstandskräfte. Eichmanns SS-Trupps wüteten zusammen mit ungarischen Gendarmen. Bis zum Juni 1944 wurden aus Ungarn 435 000 Juden deportiert, von denen die meisten in den Todeslagern umkamen.

Am 23. September 1944 um 10 Uhr 30 Minuten erreichten drei sowjetische T 34-Panzer bei einer Kampfaufklärung unweit der Kleinstadt Battonya die ungarisch-rumänische Grenze. Die Befreiung Ungarns begann. Am 22. September tauchte in einem Vorort Neapels im Stab der Alliierten ein ungarischer General auf — es war der letzte Versuch, einen Separatfrieden zu schließen. Doch die Regierungen Großbritanniens und der USA konnten schon nicht mehr wie früher die Horthy-Leute ermutigen. Dem General wurde geraten, sich an die Russen zu wenden...

Das Königsschloß in Buda gehört zu den schönsten Baudenkmalern Europas. Heute ist es ein Zentrum der ungarischen Kultur. Hier befinden sich die Nationalgalerie, das Museum für die Geschichte Budapests und der ungarischen Arbeiterbewegung, zahlreiche Ausstellungsräume, ein Theater und eine Bibliothek. All das gehört dem Volk. Doch damals... Im Ungarischen gibt es den Ausdruck "Parade-Ungar". Pelzbesetzte Uniformen mit goldenen Litzen und Schulterbändern, Federmützen — nur in diesem Aufzug durften die Marmorstufen der Paläste betreten werden.

Und in diesen Palästen dachte niemand ernsthaft an Verhandlungen mit der UdSSR. Eine Ende September 1944 nach Moskau entsandte Delegation führte nur Scheinverhandlungen, da sie im Grunde keinerlei Vollmachten besaß.

Am 8. Oktober überreichte Wjatscheslaw Molotow der Delegation Ungarns im Namen der UdSSR, der USA und Großbritanniens die Vorbedingungen eines Waffenstillstandes. Am 11. Oktober wurde der Waffenstillstand endlich unterzeichnet. Ihm zufolge sollte die ungarische Armee ihre Waffen gegen die Hitlerfaschisten wenden. Die Sowjetregierung stoppte die Offensive für drei Tage.

Der damals 76jährige "weiße Admiral" hätte nur den Befehl zur Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstandes zu erteilen brauchen, und sowjetische Ein-



heiten hätten wenige Stunden später Budapest erreicht. Wie viele Menschenleben wären gerettet worden! Die Überreste der ungarischen Armee waren zum damaligen Zeitpunkt völlig demoralisiert. Nur die Hitlerfaschisten in ihrem Rücken verhinderten eine panische Flucht der ungarischen Verbände. Die Patrioten des Landes erhoben sich zum Kampf gegen die Faschisten. Die Kommunisten riefen dazu auf, 15 000 Arbeiter für den Fall eines Putsches seitens der Partei der "Pfeilkreuzler", der Nyilasisten, auszurüsten. Daß ein solcher Putsch geplant wurde, war kein Geheimnis. Der berühmte O. Skorzeny, der in Budapest unter dem Namen Dr. Wolf eingetroffen war, entwarf einen Plan für die Einnahme des Schlosses in Buda. Und natürlich nicht die Arbeiter, sondern Mitglieder der faschistischen Partei von Ferenc Szalasi, die Nyilasisten, erhielten 18 000 MPis aus Armeelagern. Skorzenys Mörderbanden entführten am 14. Oktober Horthys Sohn — damit besaßen die Gestapo-Banden eine wichtige Geisel.

Wenig später besetzten Skorzenys Fallschirmjäger, SS-Trupps und Mordbuben des frischgekrönten "Führers der Nation", Ferenc Szalasi, das Schloß und die wichtigsten Regierungseinrichtungen.

"Am 15. Oktober hatten im Grunde nicht die Deutschen, nicht Szalasi, sondern Horthy geputscht. Wie merkwürdig auch das klingen mag, dem ist so. Vielleicht ist es das erste Mal in unserer Geschichte, daß ein Umsturz von der herrschenden

Gruppierung selbst durchgeführt wurde", schrieb später der bekannte ungarische Schriftsteller Jozsef Darvas.

Ein Zug brachte den "weißen Admiral" mit Familie nach Bayern. Vor einem internationalen Gerichtshof wurde er später durch seine amerikanischen und englischen Freunde gerettet.

## Schulter an Schulter

"Als die Nyilasisten, die eine noch schlimmere faschistische Diktatur errichteten, die Macht ergriffen, verbreitete die Ungarische KP einen offenen Brief, in dem sie darauf verwies, daß ein Hauptgrund für das erfolglose Ausscheren aus dem Krieg die Angst der herrschenden Kreise vor den demokratischen Kräften war", erinnert sich der Veteran des Widerstands, Mihaly Padani. "Die Bildung kleinerer Kampfgruppen wurde in Angriff genommen. Die Zusammenarbeit mit Armeeeinheiten wurde vordringlich. Wir verteilten Flugblätter, versteckten Soldaten und retteten wichtige Wirtschaftsobjekte vor der Zerstörung. Daß in den befreiten Gebieten neue, demokratische Herrschaftsformen entstanden, gab uns neuen Mut."

"Heute, da sich die gesamte fortschrittliche Menschheit auf die Feier des 40. Jahrestages des großen Sieges vorbereitet, wollen wir immer wieder unseren Dank an die Soldaten der Sowjetarmee bekunden", sagte der Veteran. "Sie leistete den größten Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus. Sie trug die Hauptlast des Krieges, brachte die meisten Opfer. Wir begrüßten die sowjetischen Soldaten als unsere Befreier. Und deshalb liegen immer frische Blumen an den Denkmälern für die sowjetischen Helden."

In Buda, unweit vom Moskauer Platz, wo vom Prospekt der Roten Armee die Tarogato-Gasse abzweigt, erhebt sich eine Betonstele. Auf der einen Seite zeigt sie sowjetische Soldaten im Angriff, auf der anderen ungarische Kämpfer. Ein fünfzackiger Stern krönt die Stele. Eine große "1945" ist eingemeißelt. "Zum Gedenken an die gemeinsamen Operationen mit der Sowjetarmee" — so lautet die Aufschrift auf der Stele zu Ehren der ungarischen Freiwilligen, die ihre Heimat gemeinsam mit den sowjetischen Soldaten vom faschistischen Joch befreiten. Bereits seit Sommer 1944 gingen ungarische Einheiten zur Sowjetarmee über. Formationen der Patrioten beteiligten sich an der Belagerung des Schlosses. Und als die letzte Bastion der Faschisten in der Hauptstadt gefallen war, wurde zusammen mit der roten Fahne der Sowjetunion auch die rotweißgrüne Nationalflagge Ungarns gehißt.

## Strategie des Wachstums

Die Ungarn können sich heute ihre Heimat außerhalb der brüderlichen Ge-

meinschaft sozialistischer Staaten nicht denken. Die Erfolge ihres 10-Millionen-Volkes sehen die Ungarn im engsten Bündnis mit den sozialistischen Ländern. Auf dem jüngsten XIII. Parteitag der USAP wurde erneut bekräftigt, daß die Sowjetunion der zuverlässigste Garant der Unabhängigkeit Ungarns, des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft war und bleibt.

... Von der Margaretenbrücke aus Budapest zu betrachten, fasziniert mich immer wieder. Links das strenge, massive Gebäude des ZK der USAP und das Denkmal für Marx und Engels, dann die Spitzbögen und Türme des Parlaments und die Kettenbrücke, deren steinerne Pfeiler an Triumphbögen erinnern. Dahinter der Gellert-Berg mit der Bronzestatue einer Frau mit einem Palmenzweig. Rechts das alte Königsschloß, eine mittelalterliche Kathedrale, Bastionen und Festungsmauern. Während der Parteitage und jetzt, zum Jahrestag der Befreiung, ist dieses Panorama, das abends von Scheinwerfern angeleuchtet wird, ein besonderer Anziehungspunkt für die Gäste der Hauptstadt. Es demonstriert die Erfolge eines freien Volkes, Erfolge, die erzielt wurden, nachdem die "Parade-Ungarn" aus dem Parlament und den Palästen hinter den Festungsmauern vertrieben worden waren.

Ungarn steht heute in den vordersten Reihen des sozialen Fortschritts. In der Staatlichen Planverwaltung der Ungarischen Volksrepublik wurden mir folgende Zahlen genannt: Das Nationaleinkommen stieg von 1950 bis 1984 auf das 5fache, die Industrieproduktion auf das 10fache. Allein in den letzten Jahren hat sich die Volkswirtschaftsstruktur merklich verbessert, stieg der Anteil des Maschinen- und Gerätebaus, der Elektronik und der Chemie. So liegt Ungarn heute beim Anteil der chemischen Industrie an der Bruttoindustrieproduktion an erster Stelle unter den RGW-Ländern. Besonders fruchtbar sind seine Beziehungen zur Sowjetunion — ob in Industrie, Landwirtschaft oder Wissenschaft. Busse, Vakuumtechnik, Medikamente, medizinische Anlagen und viele andere Erzeugnisse aus Ungarn haben ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bewiesen. Ungarn hat heute einen soliden Ruf als Geschäftspartner.

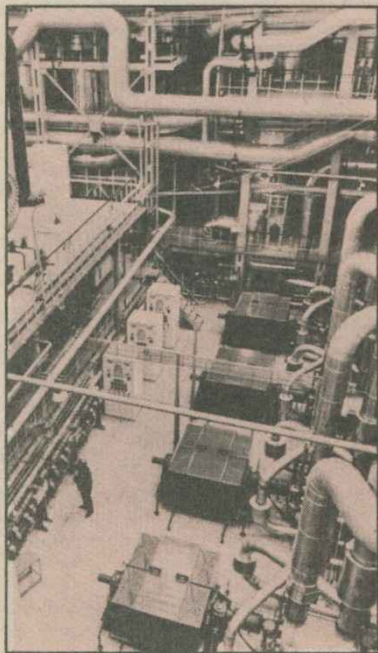
Doch die bedeutendsten Erfolge hat die UVR im Agrarbereich erzielt.

"Die Leninsche sozialistische Kooperation, die Einführung industrieller Produktionsmethoden, die flexible Integration der persönlichen Nebenwirtschaften in den gesellschaftlichen Sektor, die aktive Tätigkeit der Einkaufs- und Absatzgenossenschaft — das sind die Grundlagen des Fortschritts der ungarischen Landwirtschaft", sagte der Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, Miklos Villanyi.

Die bürgerliche Propaganda, die die Erfahrungen der UVR denen der anderen

Im Turbinensaal des ersten Blocks des Atomkraftwerkes von Paks, das mit Hilfe der UdSSR und anderer RGW-Länder errichtet wird

Fotos: TASS





sozialistischen Länder entgegenstellt, übertreibt verleumderisch nur ein Glied ihres Wirtschaftsmechanismus — die ökonomischen Regelungsmethoden. Entscheidend aber sind die in der sozialistischen Gesellschaft auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln ruhenden Kategorien wie Preise, Kredit, flexible Nutzung der materiellen Interessiertheit u. a. So gibt es noch 1 Prozent Einzelbauern, die nur 1,1% der Agrarproduktion erzeugen. Nichtsdestoweniger putzen bürgerliche Journalisten auf jede Art die Erfolge nur der Privatwirtschaften heraus. Unterdes sind die Erfolge der ungarischen Landwirtschaft vor allem die der Genossenschaften und der Staatsgüter. Die Nebenwirtschaften aber, die Genossenschaftsmitgliedern und Arbeitern von Staatsgütern gehören, sind eng mit dem sozialistischen Sektor verbunden, sind dessen untrennbarer Bestandteil, werden von ihm versorgt und unterhalten.

Jedoch ist Ungarn in den letzten Jahren auch mit ernsthaften Problemen konfrontiert worden. Auf seine eng mit dem Weltmarkt verbundene Wirtschaft wirkten sich die Krisen- und Inflationserscheinungen in der Weltwirtschaft, der verstärkte Protektionismus und die größere Diskriminierung negativ aus. Die Außenhandelsbilanz hat sich verschlechtert, die Auslandsverschuldung nahm zu. In dieser komplizierteren Lage verlangsamte sich das Wachstumstempo. Die Partei unternimmt nicht geringe Anstrengungen, um dennoch das Lebensniveau zu halten.

"Feste Grundlagen für eine ausgeglichene Bilanz kann man nur durch die Steigerung der Effektivität der Produktion, durch die sorgsame und ökonomische Nutzung von Rohstoffen und Energie, durch die Hebung der Arbeitsproduktivität und der Konkurrenzfähigkeit schaffen. Diese Aufgaben wurden und werden beharrlich angegangen", erklärte mir der stellvertretende Finanzminister der Ungarischen VR, Peter Meggyesi. "Der XIII. Parteitag der USAP hat als wichtigstes wirtschaftliches und politisches Ziel für das bevorstehende 7. Planjahr fünf die Intensivierung aller Elemente des Produktionsprozesses genannt. Die Partei ist auch stolz darauf, daß unter diesen komplizierten Bedingungen das ökonomische Gleichgewicht und die Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten wurden."

Solche Züge der sozialistischen Gesellschaft wie Kollektivismus, sozialistische Gesetzlichkeit und Demokratismus erstarken weiter.

... Jene, die vor 40 Jahren den Aufbau des neuen Ungarn in Angriff nahmen, haben wahre Pionierarbeit geleistet. Ihre Zukunftsgewißheit haben sie der Jugend vermittelt. Die Ungarn arbeiten viel und packen zuversichtlich alle Probleme an. Wie berechtigt ist doch ihr Optimismus...

Budapest

"NEUE ZEIT" 14.85

NZ

STANDPUNKT

## "BARMHERZIGKEIT" MIT HINTERGEDANKEN

Der Westen macht den Hunger in Afrika immer mehr zum politischen Spekulationsobjekt. Besonders skrupellos tun das die USA. Sie scheuen sich nicht einmal, ihre Machenschaften unter der UNO-Flagge zu betreiben, nämlich das UNO-Büro für Soforthilfe an Afrika dafür zu mißbrauchen.

Dessen Bildung wäre nur zu begrüßen, wenn dem Leiter, dem ehemaligen US-Kongreßabgeordneten Morse, die Not Afrikas am Herzen läge. Was er will, das hat eine im März von ihm nach Genf einberufene Konferenz gezeigt. Offiziell ging es darum, die 1,6 Md. Dollar aufzubringen, die nach Schätzung des Büros für eine Soforthilfe an 20 Länder Afrikas gebraucht werden. In der Tat verfolgten die Veranstalter ganz andere Absichten.

Unter dem Vorwand, die Afrika-Hilfe koordinieren zu wollen, verlangten sie, daß alle spendenden Länder das Büro über Umfang und Art ihrer Hilfe auf bilateraler Grundlage informieren, und das permanent. Der Schachzug kann nur als Versuch angesehen werden, die Afrikahilfe unter Aufsicht der USA zu stellen. Morse hat sich ja aus Leibeskräften der geforderten Erweiterung des Büros widersetzt, das nach UNO-Usus Vertreter sämtlicher regionaler Gruppen erfassen müßte — dann wäre die Koordinierung nicht das Alleinrecht der USA. Überhaupt geht die Hilfe einzelner Länder ja nur sie selbst und die Empfänger an. Keiner hat das Recht, sich in ihre Beziehungen einzumischen.

Womit erklärt es sich ferner, daß Morse, als er die Konferenz einberief, Länder, die seinem Büro angehören, nicht zu Rate gezogen hat? Und wieso hat er sich derart beeilt, daß sie keine Möglichkeit hatten, sich darauf vorzubereiten? Höchstwahrscheinlich deshalb, weil die Konferenz unbedingt am Abschluß der Afrikatournee Vizepräsident Bushs stattfinden sollte. Seine Rede sollte der Clou sein.

Bush war im Sudan, in Niger und Mali. Entgegen seiner großspurigen Erklärung, er sei in einer Mission "des Mitgefühls und der Barmherzigkeit" gekommen, lag es auf der Hand, daß er mit der Reise politische Zwecke verfolgte. So suchte er die an die äthiopischen Provinzen Eritrea und Tigre grenzenden Südgebiete des Sudan natürlich nicht nur auf, um Flüchtlinge mit amerikanischem Sorghobrei zu bewirten. Sein Hauptanliegen war, die in diesen Provinzen operierenden Separatisten zu unterstützen.

Ist Bushs Reise in den Sudan nicht weiter verwunderlich, weil die Absicht außer Zweifel steht, so wirkte sein Besuch in Niger anfangs rätselhaft. Warum haben die USA diese ehemalige Kolonie Frankreichs, die es noch jetzt zu einem Objekt seiner neokolonialistischen Interessen zählt, ins Auge gefaßt? Auch Niger hat unter der Dürre gelitten. Das machen sich die USA in der unverkennbaren Absicht zunutze, Frankreich zu verdrängen.

Auf der Konferenz in Genf versuchte Bush, die USA als Wohltäter hinzustellen. Er scheute sich nicht, die frühere Behauptung zu wiederholen, daß die USA nur Ländern helfen würden, die Reformen vornähmen, die geeignet wären, die Privatinitiative zu fördern, die also jede Absicht aufgaben, sich anders als kapitalistisch zu entwickeln. Afrika hat in der Tat Reformen nötig, aber nicht solche, wie sie ihm Washington vorschreibt.

Ernährungsschwierigkeiten hatte es auch vor der Dürre. Sie waren eine Folge der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit und Armut. Die Dürre hat die Lage nur noch verschlimmert. Afrika wurde von den Kolonialisten ausgeplündert, und die ehemaligen Kolonialmächte sowie die USA tun das noch jetzt. Die Schuldigen daran, daß Afrika den Folgen der Dürre nicht selbständig beikommen kann, spielen sich jetzt als seine Wohltäter auf. Dabei holen sie allein durch den ungleichen Handel jährlich 6 Md. Dollar aus Afrika heraus. Dabei könnten die USA leicht die von Morse verlangten 1,6 Md. Dollar aufbringen, und das wäre nur gerecht.

Eine neue internationale Wirtschaftsordnung sowie eine Eindämmung der Plünderungstaktik der Multis und der westlichen Banken, die von den Entwicklungsländern gefordert werden, würden diese befähigen, ihre Wirtschaft voranzubringen und der Dürre Herr zu werden. Daran aber sind die USA uninteressiert. In niederträchtiger Weise benutzen sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sogar den Hunger zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der jungen Nationalstaaten und suchen ihnen nicht nur ihre Außen-, sondern auch ihre Innenpolitik zu diktieren. So sieht die Barmherzigkeit der USA für die von der Dürre heimgesuchten Länder aus.

Juri BOTSCHKARJOW



# SINNLOSER, BLUTIGER KONFLIKT

## Aus ausländischer Presse

Im März hat sich der iranisch-irakische Krieg, jener angeblich "vergessene" Krieg, der seit September 1980 geführt wird, drastisch eskaliert. Nach den großen Kämpfen der ersten Periode handelten die Sammelberichte der Stäbe hauptsächlich Stellungsfeuergefechte und im letzten Jahr Luftangriffe auf "große Seeziele" (Tanker und andere Schiffe). Seit Juni 1984, als unter UNO-Vermittlung der Verzicht auf den Beschuss friedlicher Ortschaften vereinbart wurde, schien das innere Staatsgebiet der kriegführenden Seiten in Sicherheit.

Aber Anfang März wurde gegen das Abkommen verstoßen. Beide Länder nahmen die Bombenabwürfe und den Fernkampftillerieschuß des gegnerischen Hinterlands wieder auf. Wie die France Presse schreibt, ist ein "Counter-City-Krieg ausgebrochen". Jede der kriegführenden Seiten beschuldigt die andere der Nichteinhaltung des vorjährigen Abkommens. Iraks Fliegerkräfte belegen tagaus, tagein viele iranische weit von der Frontlinie entfernten Städte und ihre Vororte mit Bomben, um "die dortigen Wirtschaftsobjekte zu vernichten". Luftangriffen sind

Teheran, Isfahan, Täbriz, Bahtaran, Bushire, Arak, Hamadan, Abadan und viele andere Städte ausgesetzt. Die irakischen Meldungen sprechen in diesem Zusammenhang von "gezielten Schlägen". Einmal wurde gemeldet, das Viertel in Teheran, wo Khomeini lebt, sei angegriffen worden. Hierbei betont das irakische Oberkommando, sie wolle diese Schläge weiterführen, falls Iran "die Friedensappelle nicht akzeptiert".

Iran seinerseits belegt irakische Städte — Basra, Mandali, Khanaqin u. a. — ebenfalls mit Bomben und noch häufiger mit Raketen und anderen Geschossen. Im Zentrum Bagdads kam es zu mehreren Explosionen. Die Iraner erklären, daß sie auf Bagdad Langstreckenraketen, und zwar "als Antwort auf die irakischen Schläge gegen iranische bewohnte Gebiete", abschießen, die Iraker dagegen behaupten, die Explosionen seien ein Resultat von "Wühlaktionen".

Selbstverständlich fügen alle diese Bombenangriffe und der Beschuss materiellen Schaden zu und fordern zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung.

In einer äußerst angespannten Situation leitete Iran am 11. März eine Offensive am südlichen Frontabschnitt, nördlich von Basra und Al Qurna, unter dem Codenamen "Operation Badr" ein. Wie das iranische Oberkommando erklärte, war das "eine Antwort darauf, daß Irak Bomben auf Zivilisten abwirft".

Der Zweck dieses Angriffs, der beiderseits der Grenze in den schwer zugänglichen Howeize-Sumpfgebieten unternommen wurde, bestand offensichtlich darin, eine strategisch wichtige Chaussee abzuschneiden, die hier am Westufer des Tigris entlangführt und Basra mit Bagdad verbindet.

Wie die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS meldete, forcierten 8 iranische Divisionen in heftigen Kämpfen, die eine Woche dauerten, den Tigris und blieben einen halben Kilometer von der erwähnten Chaussee stehen. Doch unternahm die irakische Armee eine Gegenoffensive unter Schwerwaffeneinsatz und warf die Iraner um 15 km zurück.

Wie der Oberbefehlshaber der irakischen Truppen "östlich des Tigris", Generalmajor Hashem, am 18. März auf einer Pressekonferenz für ausländische Journalisten behauptete, gebe es "auf irakischem Territorium jetzt keinen einzigen iranischen Soldaten".

## BIOGRAPHISCHES



OBERHAUPT DER ISLAMISCHEN REPUBLIK  
MAURETANIE

MAAWIYA OULD SID'AHMED TAYA

Taya gehörte zu den Organisatoren des Staatsstreiches vom 10. Juli 1978, durch den das Regime Moktar Ould Daddahs gestürzt wurde. Damals wurde Taya auch in die höchste Legislative des Landes, den Militärausschuß der nationalen Rettung, aufgenommen. Bis März 1979 Verteidigungsminister, 1980 zum Generalstabschef ernannt.

Im April 1981 wurde er Ministerpräsident und zugleich Verteidigungsminister, im März 1984 aber wieder zum Generalstabschef ernannt. Nach der Umorganisation des Militärausschusses am 12. Dezember 1984 dessen Vorsitzender und Staatschef.

In einer am 13. Dezember veröffentlichten Erklärung bekräftigte der Militärausschuß, daß er alle von Mauretanien eingegangenen internationalen Verpflichtungen respektiert, brachte seine Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf des arabischen Volkes Palästinas zum Ausdruck, verurteilte entschieden den Zionismus, die Rassendiskriminierung in der RSA und bekräftigte erneut, daß Mauretanien die Arabische Demokratische Republik Sahara anerkennt.

Geb. 1941 in Atar, ist seiner Herkunft nach ein Smacid; lernte in Rosso, studierte in Frankreich an der Militärschule für Panzertruppen, der Infanterie-Offizierschule und der Offiziershochschule. Besetzte einige leitende Posten im Verteidigungsministerium.





Ein Korrespondent der ebenfalls amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC meldete aus Bagdad: "Die Kämpfe in den Südgebietens Iraks gehörten zu den erbittertesten und blutigsten in all den Kriegsjahren." Beide Seiten erlitten schwere Verluste, die in die Zehntausende gehen.

Ab 19. März erklärte Irak den Luftraum Irans zu einer "Zone der Kriegshandlungen" und gab bekannt, daß es beliebige Flugzeuge, darunter zivile, über Iran abschießen werde. Das zwang die ausländischen Luftfahrtgesellschaften, die internationalen Linien befliegen, die Flüge nach Teheran abzusagen.

Beobachter kommen zu dem Schluß, daß keine der Seiten fähig ist, die Lage an der Front entscheidend zu ihren Gunsten zu verändern. Nach Meinung von Experten wird Irans Überlegenheit an Menschen (das Land zählt 42 Millionen Einwohner) durch Iraks Überlegenheit an Waffen und Kampftechnik wettgemacht.

Der iranisch-irakische Krieg hat bereits nach verschiedenen Schätzungen 500 000–700 000 Menschenleben hinweggerafft. Durch ihn werden gewaltige Reserven zweckentfremdet. Dennoch sei das Ende des blutigen Krieges im Persischen Golf, schreibt der Londoner "Daily Telegraph", trotz schwerer Verluste auf beiden Seiten nicht abzusehen.

Das einzige, worüber sich die Beobachter einig sind, ist: Für diesen Konflikt gibt es keine militärische Lösung. Keine der Konfliktparteien sei stark genug, um in diesem Krieg zu siegen, stellt z. B. ein BBC-Kommentator fest. Einen Konflikt "ohne Logik und Sinn" nennt den iranisch-irakischen Krieg das Pariser Blatt "Le Matin".

In der Tat. Dafür hat er einen zu hohen Preis für beide Seiten, und außerdem ist die Gefahr der geo-

graphischen Ausweitung des Krieges viel zu groß. Um so mehr Besorgnis ruft das bei der Weltöffentlichkeit hervor.

In Er-Riad konferierten im Zusammenhang mit der erneuten Verschärfung im iranisch-irakischen Konflikt dringend die Außenminister von sechs Golfländern (Bahrain, Katar, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Oman und Saudi-Arabien). Sie brachten ihre ernste Besorgnis über die neue, Sicherheit und Stabilität in der ganzen Region gefährdende Eskalierung der Kampfhandlungen an der iranisch-irakischen Front zum Ausdruck und riefen Bagdad und Teheran zur Beendigung des Krieges auf.

Der UNO-Sicherheitsrat gab nach Konsultationen am 16. März seiner tiefen Besorgnis über die Ausmaße der wiederaufgenommenen Kampfhandlungen zwischen Irak und Iran Ausdruck. Die Ratsmitglieder betonten die Notwendigkeit der Beendigung dieses tragischen Konflikts, der bereits gewaltige, aber sinnlose und durch nichts zu rechtfertigende Opfer verursacht hat. Als ersten Schritt schlugen sie ein Moratorium für die Angriffe auf rein zivile Objekte vor.

Als Vorsitzender der Bewegung der Nichtpaktgebundenen entsandte der indische Premierminister Rajiv Gandhi seine Emissäre nach Teheran und Bagdad, damit sie dort auf baldigste Feuereinstellung und darauf hinwirken, die Bombenangriffe auf zivile Ziele und die Zivilbevölkerung unverzüglich einzustellen. Dem soll die volle Einstellung der Kampfhandlungen zwischen beiden Nachbarstaaten folgen.

Wie die UNI (Indien) meldete, gab der iranische Präsident Khamenei in einer Sonderbotschaft an Rajiv Gandhi seine Bereitschaft bekannt, "alle Gegenmaßnahmen" gegen Irak auszusetzen, wenn dieses die Angriffe auf zivile Objekte in Iran einstelle. Was die irakische Regierung betrifft, so gab sie wiederholt ihr Streben nach einer "allumfassenden friedlichen Bereinigung des Konflikts" bekannt.

Inzwischen dauert der Krieg an, ein Krieg, von dem nur der US-Imperialismus und der israelische Zionismus profitieren: Sie festigen ihre hegemonistischen Positionen im Nahen und Mittleren Osten, weil der sinnlose Krieg die beiden nichtpaktgebundenen Islamstaaten schwächt.

A. ULANSKI

## BIOGRAPHISCHES



PRÄSIDENT DER REPUBLIK  
URUGUAY  
JULIO MARIA  
SANGUINETTI COIROLO

von 1973 Uruguay bei regionalen und internationalen Konferenzen; wurde 1984, den ersten nach dem Militärputsch 1973, Wahl gewählt; wirkte als Journalist.

Nach dem Putsch von 1973 stand Sanguinetti Coirolo in Opposition zum Regime, kritisierte den sozialökonomischen und politischen Kurs der Militärgierungen und forderte demokratische Umgestaltungen im gesellschaftlichen und politischen Leben. Im März 1983 Wahl zum Generalsekretär des Exekutivkomitees der Partido Colorado, einer der größten Parteien des Landes.

Geb. am 6. Januar 1936 in Montevideo, studierte die Rechte und Gesellschaftswissenschaften an der hauptstädtischen Universität; Dr. sc. (Recht und Sozialwissenschaften). Bekannt als Staatsmann und Politiker. Minister für Industrie und Handel (1969–1971), für Bildung und Kultur (1972/73). Vertret bis zum Militärputsch

Bei den allgemeinen Wahlen vom 25. November 1984, den ersten nach dem Militärputsch 1973, Wahl zum Präsidenten der Republik; am 1. März 1985 offizieller Amtsantritt.

Sanguinetti Coirolo setzt sich für den Ausbau der Beziehungen zu allen Ländern unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, für die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, für die allgemeine und vollständige Abrüstung und für die Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine friedliche Regelung in Mittelamerika ein.





## SOLDATENWEGE

Im Sommer 1941, in den ersten Wochen des faschistischen deutschen Überfalls auf die UdSSR, vermerkte der Generalstabschef General

vielmehr um die Eroberung seiner Industriereviere. Zugleich entwarf Halder einen Plan der Zerschlagung Großbritanniens und Gedanken "zur

Worte: "Unsere Sache ist gerecht, der Feind wird zerschlagen, der Sieg wird unser sein." Gleich in den ersten Kriegsstunden gesagt, wurden diese Worte der Schwur des Volkes, das Gewissen und der Sinn unseres weiteren Lebens.

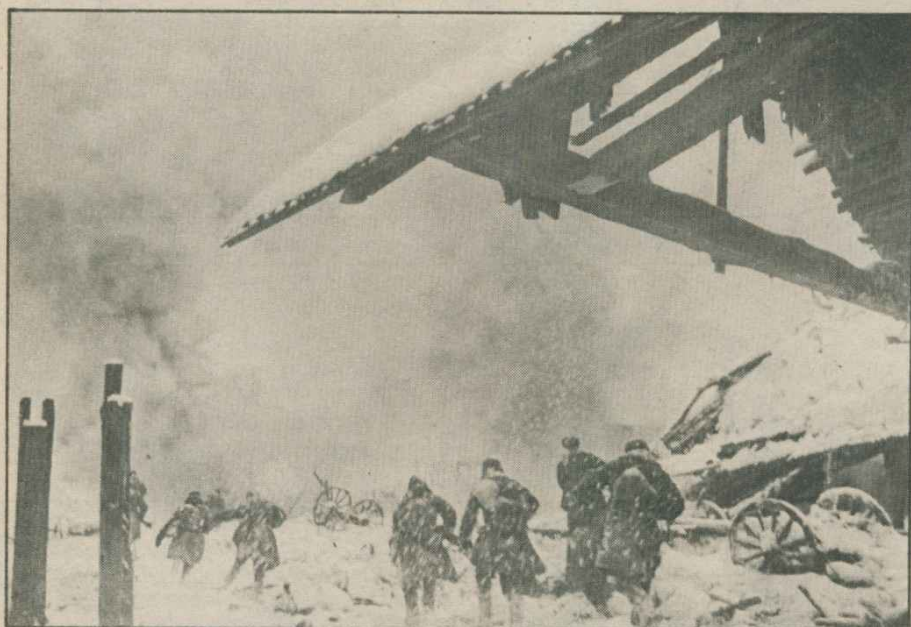
Mag sein, daß man im Sommer 1941 in Berlin dachte, mit Rußland sei es zu Ende, aber in Brest, bei Minsk, Luga und auf

zu konkret: eine Panzerkolonne auf einer Chaussee, eine Landstraße oder eine zerschossene Brücke, über die Soldaten und Pferde mühevoll ein Geschütz ziehen. Doch für jene, die den Weg von Stalingrad bis nach Berlin zurückgelegt, in regennassen Schützengraben gelegen haben und unter Artilleriefeuer Kilometer und Jahre gerobbt sind, bedeutet der Frontweg das unendliche Toben von Kämpfen. Man kann ihn nicht fotografieren. Aber einzelne Fotos können einen Begriff von diesem Weg geben. Jeder, der an der Front war, erinnert sich an seine eigenen Soldatenwege zurück: das unter Bombeneinschlägen berstende Eis des Ladogasees, die schlaflosen Nächte in Panzerbetrieben im Ural, ausgebrannte Dörfer, Kinder in Erdlöchern...

Oft war für den Soldaten sein Kampfweg gleich Zeit seines Lebens, und viele von ihnen — wir werden ihre Namen nie erfahren — haben den Salut des Sieges oder ein Raumschiff nicht mehr erlebt, sich nicht über den Frühling unseres Sieges freuen können. Aber sie wußten ganz sicher, daß sie den Sieg davontragen würden.

Viele Frontberichtersteller sagen, es sei wie eine unerfüllte Pflicht gegenüber dem Soldaten, daß sie nicht sein Gesicht während der Kämpfe oder bei der Rückkehr aus dem feindlichen Schützengraben fotografieren konnten, daß sie immer nur seinen Rücken sahen. Man sehe sich diese Soldatenrücken, die die

Konzert an der Front



Bei Wolchow, 1942

Vorbereitung eines Angriffs über den Nil und den Euphrat".

Halder in seinem Tagebuch, nunmehr gehe es nicht so sehr um die Zerschlagung der Streitkräfte des Feindes — das sei bereits geschehen! — wie

Und hier ein Foto, das der Frontkorrespondent Anatoli Garanin im Juni gemacht hatte. Eine Kolonne von Rotarmisten marschiert westwärts. Auf einem Schild links im Bild die



Fotos des Frontkorrespondenten Anatoli Garanin erlangten schon in den ersten Kriegstagen eine große Popularität im In- und Ausland. Gegenwärtig gehört er zu den führenden sowjetischen Bildreportern, seine Arbeiten sind in vielen Zeitschriften verschiedener Länder veröffentlicht und internationaler Preise und zahlreicher Goldmedaillen gewürdigt worden.







tografen halten, der das rauhe Soldatenleben habe ausschmücken wollen. Indessen gab es Frontbrigaden von Künstlern, die ebenfalls ihr Pensum an Kriegswegen absolviert haben, wenn auch ohne eine MPI in den Händen. Es gibt heute selten ein Theater oder einen Konzertsaal ohne eine Gedenktafel im Foyer. Die Namen darauf berichten über Menschen, die durch ihre Kunst die Seelen der Soldaten läuterten und sie in dem Streben bestärkten, Mensch zu sein und zu bleiben auf dieser Erde, wo — das glaubten die gefallenen Künstler fest! — trotz allem nicht Tod und Leiden triumphieren würden, sondern das Mutterglück, der Rausch des Schöpfungstums, Freudentränen, Kinderlachen.

Der Kriegsweg... Wo endet er? Du bist noch mitten im Angriff, aber schon ist dein Lebensweg unterbrochen, schon hast du deinen letzten Schritt getan. Den nächsten tun deine Kameraden. An jenem Sommermorgen irrte der deutsche Generalstabschef, als er die Sowjetunion aus der Geschichte ausblenden zu können glaubte. Vier Jahre später, im Frühjahr 45, stand der inzwischen historische Satz an den Mauern des Reichstags geschrieben: —

"Unsere Sache ist gerecht, der Sieg ist unser!"

**Beim Angriff**

#### Für unsere Heimat

Menschheit vor dem Tod verdeckten, heute an. Wäre ich gläubig, würde ich zu Gott beten, diesen Soldaten wenigstens für einen Augenblick zurückblicken zu lassen. Wessen Vater, wessen Sohn ist er? Nein, es ist ihm beschieden, namenlos zu bleiben.

Noch ein Foto aus jenen Tagen. Als der Hitlersche Stab Rußland in die Liste der besiegten Länder eintrug, erhob ein Geiger seinen Bogen über einem verstummten Schlachtfeld.

Gewisse Leute mögen diese Geige an der Front für einen sentimentaln Einfall des Fo-





Die Kantonalwahlen haben das Kräfteverhältnis aufgezeigt. Für die im kommenden Jahr stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung waren sie eine

## GENERALPROBE

Vitali GUSSENKOW

Die kürzlichen Wahlen haben ein beispielloses Interesse erweckt. Eigentlich hatten sie nur regionale Bedeutung, denn es ging um die Wiederwahl der Generalräte, d. h. der Selbstverwaltungsorgane in der Hälfte aller Departements. Eine besondere politische Bedeutung kam den Kantonalwahlen jedoch dadurch zu, daß sie für alle Parteien und Gruppierungen die letzte Kraftprobe vor den Parlamentswahlen im Frühling nächsten Jahres darstellten. Die Abstimmung am 10. und 17. März wurde zur Generalprobe der wichtigsten Auseinandersetzung, die im Machtkampf zwischen der Sozialistischen Partei (PS) und der Rechtsopposition die Entscheidung bringen wird.

Die wichtigste Erkenntnis aus dem Wahlkampf besteht darin, daß sich die Kluft zwischen den Linksparteien und der Opposition zugunsten des bürgerlichen Lagers noch mehr erweitert. Zwar konnten die Rechten, trotz ihrer siegessicheren Behauptungen, die begehrte 50%-Grenze und somit die absolute Mehrheit nicht erreichen, doch kamen sie ihr sehr nahe. Damit hatte die Opposition seit 1981 bereits zum vierten Mal Erfolg.

Vor den Wahlen wurde in der Führung der Sozialisten und in Regierungskreisen behauptet, daß sich in der öffentlichen Meinung ein Umbruch andeute. Er trat jedoch nicht ein. Nach den Wahlergebnissen zu urteilen, hat lediglich jeder vierte Wähler für die PS gestimmt. Die Führer der Sozialisten dürften kaum mit einem solchen Ergebnis zufrieden sein. Der PS ist es noch immer nicht gelungen, den Rechtsruck der öffentlichen Meinung aufzuhalten.

Das Schrumpfen der Massenbasis der PS erklärt sich mit der Mißbilligung der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Kabinetts Fabius und mit der Enttäuschung über seine Unfähigkeit, das Land aus der Krise hinauszuführen. Von offiziellen Kreisen werden zuversichtliche Prognosen über die Wirtschaft Frankreichs laut.

Unstreitig haben sich einige Kennziffern verbessert. Es ist gelungen, die Inflationsrate herabzusetzen und das Außenhandelsdefizit zu verringern. Das Gesamtbild bleibt jedoch nach wie vor alarmierend. Man erwartet, daß der Wirtschaftszuwachs im laufenden Jahr etwa 2%, also weniger als in den übrigen EG-Ländern, betragen wird. Die Auslandsschulden beliefen sich im vorigen Jahr auf 469 Md. Franc. Äußerst akut ist das Problem der Arbeitslosigkeit, von der jetzt 2,5 Mio Menschen betroffen sind. Wie Beobachter meinen, werden die Sozialisten bei den Wahlen von 1986 unterliegen, falls es ihnen nicht gelingen sollte, die Arbeitslosenquote zu senken.

Seit dem Sommer 1984 gehört die Französische Kommunistische Partei der regierenden Mehrheit nicht mehr an. Die neue Strategie der FKP, die auf dem 25. Parteitag gebilligt wurde, wurde bei den Kantonalwahlen zum erstenmal auf die Probe gestellt. Es wäre jedoch verfrüht, irgendwelche Schlußfolgerungen zu ziehen. Der Fraktionsvorsitzende der Kommunisten im Parlament, A. Lajoinie, bemerkte, daß die Partei ihre Stellung geringfügig verbessern konnte. Das ist aber erst der Anfang eines langen und schwierigen Weges zur Rückeroberung der verlorenen Positionen. Darüber ist sich die Leitung der FKP, ja die ganze Partei im klaren.

### Wer führt in der Opposition?

Im Lager der Opposition erhebt die führende Gruppierung RPR (Sammlungsbewegung für die Republik) unter dem Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, den Hauptanspruch auf den Siegeslorbeer. Die Führer der RPR machen kein Hehl daraus, daß ihnen die Eroberung der Mehrheit in den Generalräten der Departements lediglich als

Sprungbrett für den Machtkampf im Frühling 1986 dient. Chirac sieht den Haupttrumpf der Opposition in der Einheit ihrer Reihen. In nächster Zeit beabsichtigt die Opposition, eine Art Verhaltenskodex für die kommenden Parlamentswahlen auszuarbeiten. Bei der Erläuterung einiger Punkte dieses Kodexes bemerkte der Generalsekretär der RPR, Jacques Toubon, daß es darum geht, die "Spielregeln" für den Wahlkampf zu präzisieren und ein konkretes Regierungsprogramm für die "Erneuerung und Wiedergeburt Frankreichs" auszuarbeiten.

Eine andere bürgerliche Gruppierung, die UDF (Union für die Französische Demokratie), ist ihrem Verbündeten und Konkurrenten in Gestalt der RPR dicht auf den Fersen. Die Führung der UDF hat sich weitgehend erneuert. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, daß diese Gruppierung die Folgen der schweren Niederlage von 1981 überwunden hat und jetzt in der Lage ist, den Kampf um die Macht zu führen. Der ehemalige Präsident und jetzige Führer der UDF, Valéry Giscard d'Estaing, tritt für eine engere Zusammenarbeit aller Kräfte der Opposition ein.

Die dritte führende Persönlichkeit im Lager der Opposition, der ehemalige Ministerpräsident, Raymond Barre, würdigt zwar die Vorteile des Bündnisses, besteht aber gleichzeitig darauf, daß sich jede einzelne Gruppierung ihren eigenen Charakter bewahrt. Diese Taktik soll dem bürgerlichen Lager möglichst viel Spielraum für die Wahlstrategie verschaffen, zumal der Machtkampf in die entscheidende Phase getreten ist.

### NF — neuer Faktor

Das Erscheinen eines neuen Faktors auf der politischen Szene, der Nationalen Front (NF), stellt alle Parteien Frankreichs vor ein großes Problem. Zuerst machte diese faschistoide Gruppierung im Sommer vorigen Jahres von sich reden, als sie bei den Wahlen zum "Europaparlament" etwa 11% der Stimmen auf sich vereinigte. Das war eine Sensation. Jahrzehntlang war angenommen worden, daß die Ultrarechten Frankreichs in den letzten Zügen lägen und über 1-2% der Stimmen nicht hinauskommen könnten. So mancher war geneigt, den "Durchbruch" der NF für einen ärgerlichen Zufall zu halten. Die Ergebnisse der Kantonalwahlen, bei denen etwa eine Million Franzosen ihre Stimmen für die Ultrarechten abgegeben haben, widerlegen jedoch solche voreiligen Behauptungen.

Die Hauptursache des Erfolgs der NF ist die immer akutere Wirtschaftskrise und die zunehmende Enttäuschung der Franzosen über die Politik der Sozialisten. Le Pen ist offensichtlich ein Beiprodukt dieser Krise. Er schmachtet an dieser Situation. Die Massenmedien aber sind eifrig um die



Publicity des ehemaligen OAS-Mannes bemüht, um damit die Franzosen von ihren Alltagsproblemen wie Arbeitslosigkeit, Inflation und Teuerung abzulenken.

Die NF hat bereits 50 000 Mitglieder. Ihre soziale Basis besteht aus Monarchisten, ultrarechten katholischen Kreisen, Nationalisten und überzeugten Antikommunisten. Le Pen beabsichtigt, die in den Generalräten eroberten Positionen als Ausgangsbasis für die Wahlen von 1986 zu benutzen, wobei sein erklärtes Ziel der Einzug ins Parlament ist. Seine Losung "In Frankreich Ordnung schaffen!" soll rassistische Stimmungen schüren, die Angst und Unsicherheit der Bevölkerung vertiefen. Sein Kredo stellte Le Pen in dem jüngst erschienenen Buch "Zuerst die Franzosen" dar. Darin setzt sich dieser Nachfolger des Verräters

zweierlei. Im Laufe der Kantonalwahlen arbeiteten z. B. viele Kandidaten der Opposition offen mit der NF zusammen und stärkten so die Neofaschisten. Der Fraktionsvorsitzende der UDF in der Nationalversammlung, J.-C. Gaudin, forderte die Wähler von Marseille auf, "die Linken nicht durchkommen zu lassen", was dann zur Unterstützung der Neofaschisten geführt hat. Le Pen versucht seinerseits die Opposition zu zwingen, ihn anzuerkennen. In einem Interview für den "Quotidien de Paris" rügte er Chirac und die RPR dafür, daß sie es abgelehnt hatten, die NF als Speerspitze im Kampf gegen den Marxismus (!) in Frankreich zu betrachten.

Objektiv gesehen, sind solche Erklärungen Wind in die Segel der PS. Sie wirft der Opposition vor, sie sei auf eine Verschwö-

## TERROR— BAZILLUS

Alles lehnt sich in den Menschen gegen den blutigen Terror auf, der jetzt in mehreren Ländern herrscht.

Nach dem 20. März schossen die RSA-Rassisten zahlreiche Afrikaner nieder, als wollten sie das Sharpeville und den Tod der kämpfenden Väter dieser Afrikaner vor 25 Jahren wiederholen. Beinahe zu gleicher Zeit griffen israelische Truppen Siedlungen in Südlibanon an, aus denen sie fortgehen bzw. schon fortgegangen sind. Auch hier Blutvergießen und Weisentränen. Die Zahl der Toten und Verkrüppelten geht schon in die Hunderte, in El Salvador seit langem schon in die Tausende.

Die Behauptung wäre vielleicht übertrieben, es bestünde ein global koordinierter Plan. Die Mörder haben überall ihre eigenen Ziele und, mit Verlaub, Erwägungen. Die israelischen Interventionen wollen z. B. den Schiffen im libanesischen Süden den Boden unter den Füßen wegziehen. Das RSA-Regime demonstriert seine "Unbeugsamkeit", um es den weißen Ultras recht zu machen. Den lateinamerikanischen Oligarchen geht es um die Verlängerung ihrer Herrschaft, obwohl sie in ihrer tiefsten Seele wissen, daß ihre Zeit um ist. Kurz, jedem das Seine.

Trotzdem: Ist es ein Zufall, daß in Regionen der dritten Welt, die so weit auseinanderliegen, gleichzeitig Willkür und grobe Gewalt grassieren! Es scheint, als hätten Botha und Pinochet erst vor kurzem nach einem Kompromiß mit ihren Gegnern gestrebt und als wäre in Tel Aviv eine Koalitionsregierung gebildet worden, an deren "Friedensliebe" einige arabische Kreise große Hoffnungen knüpfen.

Die gegenwärtigen Ereignisse verdeutlichen die wahre, ungeschminkte Fratze der bunten "Freunde" Washingtons. Der rücksichtslose Terror, zu dem sie wie auf Kommando greifen, zeigt auch etwas anderes: Der Imperialismus führt einen nichterklärten Stellvertreterkrieg nicht nur gegen das nikaraguanische oder das afghanische Volk, sondern auch faktisch gegen alle Völker der Entwicklungswelt. Die Methoden sind verschieden, die Ziele nicht. Die Ausführenden sind verschieden, die Hintermänner nicht. Der Weltherrschaftsdrang der imperialistischen Kreise und das Anheizen der internationalen Spannungen durch sie bilden eben einen günstigen Nährboden für den Terror- und Gewalt-Bazillus.

D. ANTONOW



Pétain für eine "autoritäre Macht" ein: huldigt Petains Idee von einer "nationalen Revolution", die einst Hitler den Weg nach Frankreich ebnete.

**Schlagzeile der "Quotidien de Paris": "Polemik zwischen Chirac und Le Pen." Was verbirgt sich dahinter!**

### Manöver, Trümpfe, Taktik

Die RPR und die UDF träumen davon, sich 1986 revanchieren zu können. Bei dem jetzigen Kräfteverhältnis ist es jedoch nicht mehr möglich, die Wählerstimmen für Le Pen zu ignorieren, zumal die Schranken zwischen ihnen gar nicht so unüberwindbar sind. Allerdings erklärt sich bisher noch keiner öffentlich zu einer Blockbildung mit der NF bereit. Der Führer der RPR, Jacques Chirac, wies entrüstet das Angebot der Ultrarechten zurück, sich im Interesse eines Sieges gegenseitig zu unterstützen. In einer an die Wähler Le Pens gerichteten Ansprache warnte der Bürgermeister von Paris, daß die Abkehr von der RPR und UDF eine Schwächung der Opposition zugunsten der Sozialisten bedeuten würde. Ähnlich äußerten sich auch die führenden Persönlichkeiten der UDF.

Die Ergüsse der Parteiführer und die Ansichten des Fußvolkes sind jedoch

mit den Ultrarechten eingegangen. Damit will die PS ihre Anhänger und alle mobilisieren, die sich über die Gefahr der NF im klaren sind.

Zu den anderen Trümpfen der Sozialisten, die sie ausspielen wollen, gehört eine Wahlreform. Wie die der PS nahestehende "Liberation" bemerkt, hoffen die Sozialisten, damit und durch Bildung einer linkszentristischen Koalition auch 1986 an der Macht bleiben zu können. Ein solcher Verlauf würde die Erfolgsaussichten der Opposition zweifelsohne schmälern. Die PS kann kaum umhin, alle Für und Wider genau abzuwägen, denn das neue Wahlgesetz könnte ja auch den Anhängern Le Pens die Türen zum Parlament öffnen. Werden die Sozialisten eine Verantwortung von solch historischer Tragweite übernehmen? Die allernächste Zukunft wird Klarheit über die Taktik der Regierungspartei bringen. Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen vor der Tür.



## SCHIEFE OPTIK

Seit Präsident Carter hat das State Department allen Ländern alljährlich Betrugsnoten zu geben. Diese Noten werden in einem Bericht zusammengefaßt und publiziert, damit alle Länder wissen, wie sie von den hochmoralischen Positionen der US-Administration aus aussehen.

Der diesjährige Jahresbericht des State Department verfährt wie gehabt. Die kleinen Sünden der Lieblinge werden großzügig verziehen, die Ruhestörer erhalten ihre unausbleibliche Rüge. Unter den Lieblingen sind natürlich die Pinochets aller Schattierungen, als Verkörperung des Bösen aber figurieren jene Länder, in denen die Menschenrechte weniger im Mund geführt als vielmehr praktisch garantiert werden — beharrlich und planmäßig. Immer deutlicher zeichnet sich das "Ideal" des State Department ab: ewige soziale Ungerechtigkeit, vermischt mit honigsüßer sozialer Demagogie.

Da dieses Ideal in den USA mit großem Erfolg verwirklicht wird, hält man es auch für die gesamte übrige Welt für verbindlich. Doch die übrige Welt weigert sich hartnäckig. Kürzlich äußerte sich die "Borba", die Zeitung der jugoslawischen Kommunisten, zu den Bewertungen, die Jugoslawien im Bericht des State Department erhalten hatte. Sie fand, daß die Autoren dieses Berichtes die Lage in

Jugoslawien durch die Optik feindlich gesinnter Emigrantengruppen sehen. Das State Department seinerseits wirft Jugoslawien auch vor, die Ernennung in hohe Ämter werde "von einer Mitgliedschaft im BdKJ abhängig gemacht".

Ein seltsames Menschenrechts-Zickzack kommt da zustande: Das US-Außenministerium würde keine Kritik an der "Menschenrechtslage" in Jugoslawien äußern, würde man die Feinde der sozialistischen Ordnung dort nicht aus der regierenden Partei ausschließen, aus leitenden Funktionen entfernen und wegen feindlicher Aktivitäten niemanden gerichtlich zur Verantwortung ziehen. Dann würde die "Menschenrechtslage" voll und ganz dem Ideal der Washingtoner Rechtsapostel entsprechen.

M. FROLOW

## GENTLEMEN ALS RAUFBOLDE

Die Politik Norwegens untersagt in Friedenszeiten die Präsenz ausländischer Truppen auf seinem Territorium. Doch dieses Prinzip geht den NATO-Obersten in Brüssel gegen den Strich. Und die ersannen einen Ausweg: Man plant eben in möglichst kurzem Abstand diverse Manöver in Norwegen, um den Norwegern zu zeigen, daß die Präsenz von NATO-Truppen in ihrem Land etwas ganz Gewöhnliches sei. Und daß sie diese albern Prinzipien endlich vergessen sollen.

Doch die Dauerpräsenz der Tommies und Yankees begeistert die Norweger nicht gerade. Verursachen ja all diese Kriegsspiele jedesmal nicht geringe Verluste. Nicht von ungefähr muß die NATO regelmäßig große Summen für "Schadenersatz" bereitstellen.

In diesem Jahr wurde die Bevölkerung rechtzeitig auf eine Überwinterung der britischen Royal Marines vorbereitet. Der Stabschef der Provinz Ostlandet verteilte Beruhigungspillen: Die Royal Marines hätten den Befehl, sich auf



"Gentlemen" der Royal Marines auf dem Marsch  
Aus: "Dagbladet" (Norwegen)

norwegischem Boden gentlemanlike zu benehmen.

Doch kaum hatte man das versprochen, da wurde aus Verdal eine weitere Schlägerei mit einem britischen Soldaten gemeldet. Und zwar gerade vor Beginn eines

## VERSION EINER DIVERSION

Der US-Konzern Union Carbide hat endlich ihren Befund über die Ursachen des Unglücks in Bhopal veröffentlicht. Bisher bestand die Meinung, daß die Inhaber des Konzerns schuld sind. Auf ihrer Profitjagd haben sie die Sicherheitsvorkehrungen verbrochen vernachlässigt. Versuche, die Verantwortung dem indischen Personal zuzuschreiben, blieben erfolglos. Aber der Konzern wollte auch nichts auf sich sitzen lassen. Als es schon schien, daß die Situation ausweglos ist, riefen einige der Erfinderischen im Sitz der Union Carbide "Heureka!".

Nun denn, im Bericht der Union Carbide heißt es, es könne angenommen werden, daß das Giftgas entwichen sei, weil jemand vorsätzlich 120 Gallonen Wasser in die Behälter gegossen und zuvor das ganze Warnsystem außer Betrieb gesetzt habe.

Das schlägt einem den Atem, beinahe so, als hätte man einen Zug von dem Gas getan, das in Bhopal so viele Menschen vergiftet hat. Doch wir wollen nichts überstürzen. Die Union Carbide scheint genau zu wissen, was sie sagt, und den Namen des Diversanten nur im Einklang mit dem Krimi-Guten-Ton bis zu einem Zeitpunkt zu verheimlichen. Aber schließlich sind wir auch selbst schlau genug. Man braucht sich nur zu fragen, wem die Katastrophe in Bhopal

nutzen konnte. Den Indern? Nonsense. Nur Wahnsinnige hätten ihre Landsleute einer Todesgefahr aussetzen können, ohne dabei auch nur ein einziges vernünftiges Ziel im Auge zu haben. Wahnsinnige wurden jedoch unter dem indischen Personal nicht festgestellt.

Wo sind sie zu suchen? Viele behaupten: im Pentagon. Und zwar sind es nicht Wahnsinnige, sondern Personen, die bei klarem Bewußtsein, gezielt den Untergang von Millionen vorbereiten. Es war ja das Pentagon, das gleich nach der Katastrophe (als hätte es nur darauf gewartet!) eine Gruppe von Experten nach Bhopal entsandte, damit sie an Ort und Stelle verfolgten, wie sich die Folgen eines "typischen Gasangriffs" auf die Opfer auswirkten.



## AUFFÄLLIG, UNSICHTBAR

er in Adreß- noch in Telefonbüchern  
an Angaben über diese Institution —  
ihre Bezeichnung "Fellowship Foun-  
ständig in der US-Presse auftaucht.  
die mit diesem "Fonds" liiert sind, ist  
itung "Baltimore Sun" zufolge die  
lligkeit eine Frage des Prinzips, die  
barkeit aber das Ideal, das stets  
eben ist". Diesem Streben ent-  
n auch die organisatorischen Prinzi-  
Die Mitglieder des "Fonds" sind in  
Zellen von vier bis fünf Personen  
als gehörten sie einer hochkonspirati-  
organisation an. Warum derartige  
! Den Obersten dieser geheimnisvol-  
richtung zufolge soll diese aus-  
ich ... die Ideen von Gebets-

frühstücken und anderen religiösen Veran-  
staltungen populär machen. Natürlich ist das  
nur ein Aushängeschild.

"Bohrt man nach, so sieht man, daß der  
Fonds heimlich ein inoffizielles weltweites  
Netz führender politischer, geschäftlicher und  
gewerkschaftlicher Vertreter geschaffen hat",  
schrieb der "Baltimore Sun". Senator Mark  
Hatfield nannte diese Organisation ein  
"Schaltplatt" für ein Netz von Regierungspoli-  
tikern in Europa, Lateinamerika, Asien und  
Afrika. Der inoffizielle Chef des "Fonds" aber,  
ein gewisser Douglas Coe, konkretisierte, daß  
dieses Netz Millionen Menschen in 150  
Ländern umfaßt. In den USA selbst gehören  
mindestens ein Drittel des Senats und ein  
Großteil des Repräsentantenhauses dem

"Fonds" an.

In den 50er Jahren beteiligte sich der  
"Fonds" aktiv am antikommunistischen  
Feldzug der McCarthy-Anhänger. Heute  
bezeichnen sich seine Vertreter als "ge-  
mäßigt". Wie diese "Gemäßigkeit" aussieht,  
wird deutlich, wenn man daran denkt, daß der  
"Fonds" direkt mit dem FBI liiert ist — und  
mit dessen Direktor William Webster persö-  
nlich. Was das FBI aber als "gemäßigt"  
betrachtet, ist hinreichend bekannt...

Der "Fonds" gehört zur gleichen Sippschaft  
wie die Freimaurerloge "P 2", wie  
diverse Geheimklubs von Monopolherren —  
vom Bilderberg- bis zum Uran-Klub. "Unauf-  
fällig und unsichtbar", vor allem aber  
niemandem rechenschaftspflichtig, halten  
Mitglieder des "Fonds" die Macht fest in  
Händen.

A. RUSSAKOW

Manövers, "Cold Winter  
"Gentlemen" nicht nur  
Britannien, sondern auch  
USA, Holland und Kanada  
n. Kein Ende ist da  
— weder bei den  
en noch bei den At-  
Oslos politische Prinzi-

O. JURJEV

gutachten indischer  
en darauf schließen,  
Pentagon mit der  
e in Bhopal in Ver-  
eht. Laut Befund sind  
hen an die Einwir-  
iger Verbindungen  
die gewöhnlich in  
den vertreten sind.  
der Union Carbide  
chts Einleuchtendes  
n. Doch leugnen sie  
der Konzern seit  
Auftrag des Penta-  
onementen chemischer  
erstellt. Und wenn  
e Waffe produziert  
uß sie doch einmal  
erden...

Experten meinen, die  
Union Carbide vor-  
Version einer Diver-  
cht einfach von der  
weisen. Sie liefert  
f von Nachdenken.

V. GUSTSCHIN

## SABBATSÜNDE

"Gotteslästerung! Feier-  
tagsschändung!" empörten  
sich die Vertreter der reli-  
giösen Parteien in der Knes-  
set, als sie erfuhren, daß die  
erste Etappe des Abzuges  
der israelischen Truppen  
aus Libanon am 16. Februar,  
einem Sabbat, begann.

Nach den Gesetzen des  
Judaismus aber darf man an  
diesem heiligen Tag nicht  
reisen. Welch Sünde...!

Jetzt aber sucht Verteidi-  
gungsminister Jitzhak Rabi-  
n die Abgeordneten  
zu beruhigen. In einer  
langen theologischen Exe-  
gese wies er nach, daß die  
Rettung des Lebens von  
Soldaten vom Standpunkt  
des Judaismus wichtiger sei  
als die Einhaltung des Sab-  
bats.

"Einen Augenblick!", riefen  
da einige Abgeordnete  
Rabin zu. "Wenn es um die  
Rettung des Lebens von  
Israelis geht, warum wird

dann der Abzug der Trup-  
pen aus Libanon in drei  
Etappen ausgedehnt — bis  
Mitte des Sommers und  
vielleicht sogar bis zum  
September? Ziehen wir sie  
doch gleich ab!"

"Nein, auf keinen Fall!"  
protestierten die geistigen  
Väter der Aggression vom  
Likud-Block. "Da es strittige  
Fragen gibt, werden wir  
darüber diskutieren, die  
Armee aber soll warten, bis  
die zweite Rückzugsphase  
bekanntgegeben wird."

Und so "wartet" nun die  
israelische Armee auf ein  
weiteres Rückzugssignal.  
"Wartet", ohne untätig zu  
sein. Die Zionisten verüben  
in Südlibanon weitere ent-  
setzliche Verbrechen,  
und in der Kneset rät-  
selt man: Ist das nun Sünde  
oder nicht? **D. SGERSKI**  
Abziehende Besatzer ver-  
üben Massenmorde an li-  
banesischen Zivilisten

Aus: "Middle  
East International"  
(Großbritannien)



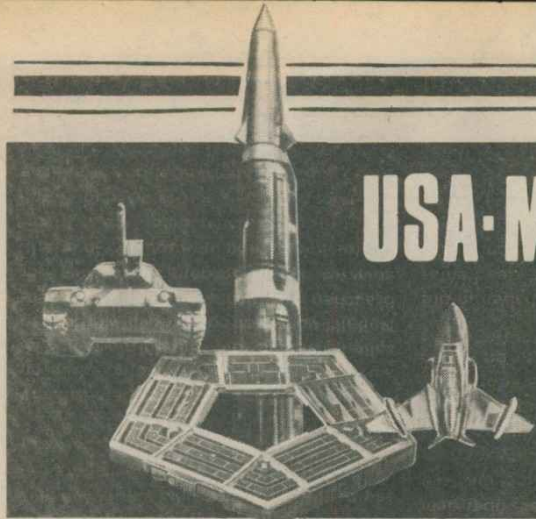
## SAUBERMÄNNER

Bei vielen Abgeordneten des Kongresses und  
Regierungsbeamten gehört es schon seit langem  
zum guten Ton, sich aus Staatsmitteln zu  
bereichern. So das Finanzamt durch Steuerhinter-  
ziehung übers Ohr zu hauen, auf Staatskosten  
den Lieben oder der Liebsten teure Präsente zu  
machen oder Schmiergelder einzustreichen.  
Doch selbst vor diesem Hintergrund hebt sich die  
Figur des Raymond Donovan ab. Er ist der erste  
Minister in der Geschichte der USA, der in seiner  
Amtszeit angeklagt wurde. Doch das politische  
Stehaufmännchen Donovan hatte höchste Bes-  
chützer. Er paßte den Herrschenden, da er eifrig  
eine arbeiterfeindliche Politik verfolgte und das  
Rotstiftprogramm durch die rigorose Beschnei-  
dung der Sozialausgaben unterstützte. Donovan  
fand mächtige Beschützer... Der Chef des Weißen  
Hauses selbst bekundete ihm öffentlich grenzen-  
loses Vertrauen, das FBI und gewisse Leute aus  
der Umgebung des Präsidenten waren über seine  
Machenschaften informiert. Doch all das suchte  
man sorgfältig zu vertuschen. Jetzt klagt das  
Bundesgericht von New York Donovan wegen  
Verbrechen in 137 Fällen an. Unter anderem soll  
er große Beträge hinterzogen, Finanzdokumente  
gefälscht und Verbindungen zur Mafia unterhal-  
ten haben.

Endlich war es soweit: Donovan mußte  
zurücktreten. Doch heißt das, die Gerechtigkeit  
hätte gesiegt und der Bösewicht werde bestraft?  
Da sind wohl Zweifel angebracht. Wurden ja  
nicht weniger als hundert hohe US-Beamte  
diverser Machenschaften überführt. Doch nie-  
mand von ihnen erhielt dafür auch nur die  
geringste Strafe. Nur einige wenige mußten  
zurücktreten.

N. AGAJANZ





# USA-MILITÄRSTÜTZPUNKTE- SPRUNGBRETT DER AGGRESSION

"Wir fangen keine Kriege an", hat Präsident Reagan letzthin wiederholt gesagt, unverkennbar zu dem Zweck, die über die Militarisierung der USA besorgte Öffentlichkeit des In- und Auslandes zu beruhigen. Das ist nicht originell. Präsident Truman sagte schon 1945: "Wir wollen keine Eroberungen und keine egoistischen Vorteile." Und diesen Worten folgten der jahrelange kalte Krieg und die wiederholten Aggressionsakte der USA, darunter die in Vietnam. Jetzt, im Jahre 1985, wird der "letzte Schrei" des US-Militarismus, die "strategische Verteidigungsinitiative" mit Friedensphrasen getarnt.

Den wahren Zweck solcher Äußerungen lassen nicht die Worte, sondern die Taten Washingtons erkennen. Die Summe dieser Taten, die Summe der militärstrategischen

Schritte der jetzigen US-Regierung läßt den grobangelegten Plan erkennen, die militärische Überlegenheit über die UdSSR, ja über die ganze sozialistische Ländergemeinschaft zu erlangen.

Zu diesem Plan gehört der Bau von 1500 Militärstützpunkten in verschiedenen Weltregionen. Den Kern bilden die rings um die UdSSR angelegten Stützpunkte.

In der nachfolgenden militärpolitischen Übersicht nach Veröffentlichungen der westlichen Presse, Mitteilungen unserer Korrespondenten und ihren Aussprachen mit offiziellen Persönlichkeiten der NATO und des Pentagon bringen wir einschlägiges Tatsachenmaterial

## Schon im vorigen Jahrhundert begannen die USA, in aller Welt Stützpunkte anzulegen

### EIN WENIG GESCHICHTE

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam man in Washington zu dem Schluß, daß die USA, um auf dem Weltmeer zu dominieren, eine mächtige Flotte und in der ganzen Welt zuverlässige Stützpunkte haben müsse.

Kuba wurde nach dem Krieg von 1898 mit Spanien, bei dem es um eine Neuaufeilung der Welt ging, besetzt. In Kubas Verfassung wurde ein Punkt eingefügt, laut dem den USA Raum für den Bau von Marinestützpunkten überlassen werde. Das waren die ersten Stützpunkte des US-Imperialismus außerhalb der USA.

Puerto Rico und Guam fielen als Ersatz für die Unkosten des von der spanischen Krone verlorenen Krieges an die USA.

Die Philippinen wurden bei den unterlegenen Spaniern für 20 Mio Dollar

eingehandelt. Das war der erste "strategische Kauf" eines Brückenkopfes am Pazifik.

Die Hawaii-Inseln wurden "als unbesetzt" annektiert. Zu welchem Zweck? Washington erläuterte, die USA hätten, um die Philippinen in der Hand zu behalten, diese Inselgruppe und zu ihrem Schutz einen vorgeschobenen Posten auf den Philippinen haben müssen.

1898 verlebten sich die USA die Insel Wake (jetzt Testgelände für Raketen und Militärflugplatz) ein.

1899 wurde mit Deutschland ein Abkommen über die Aufteilung von Samoa geschlossen.

Die Virginia-Inseln kauften die USA 1917 Dänemark für 25 Mio Dollar ab, um dort einen Marinestützpunkt anzulegen.

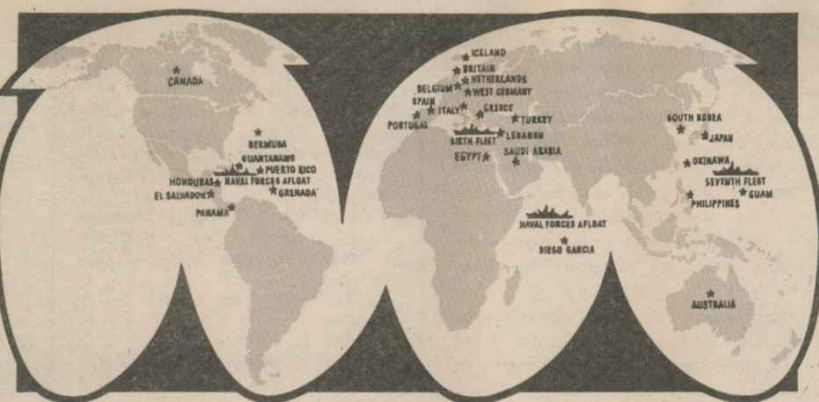
So debütierten die USA als eine Kolonialmacht, die sich die Weltherrschaft anmaßte.

Die sozialistische Revolution in Rußland warf die den USA gewohnten Vorstellungen von der Welt über den Haufen. Sie schob deren Expansionsabsichten einen festen Riegel vor. Die USA wollten das nicht. Sie begannen, die Überseestützpunkte als Aufmarschgebiete für die imperialistische Intervention von 1918 gegen Sowjetrußland, für diesen mißglückten Versuch, den entstehenden Sozialismus in der Wiege zu erwürgen, zu benutzen.

Im Januar 1939 beantragte Marineminister Swanson im US-Kongreß die Bewilligung des Baus von 30 neuen Marine- und Luftstützpunkten in der Panamakanalzone, auf Hawaii, auf den Inseln Puerto Rico, Guam, Midway, Wake und Unalaska.

Ein Jahr später erhielt Washington für 50 alte Zerstörer von London die Erlaubnis, auf den Bahamas und Bermudas sowie auf Barbados und Antigua für 99 Jahre Stützpunkte anzulegen. Die USA behielten sie, auch nachdem die Bahamas und Barbados unabhängig geworden waren. Als Hitlers Wehrmacht 1941 Dänemark okkupierte, setzten die USA bei dessen Exilregierung die Bewilligung durch, Truppen in Grönland zu stationieren und dort mehrere Marine- und Luftstützpunkte zu bauen. Sie bestehen noch jetzt.





#### Stärke der US-Truppen in Lateinamerika und der Karibik

Panama	9 350 Mann
Puerto Rico	3 900 "
Stützpunkt Guantanamo	2 300 "
Honduras	850 "
Grenada	170 "
El Salvador	50 "
Andere Länder	520 "
Marine	4 800 "

Insgesamt: 21 940 Mann

#### Stärke der US-Truppen in Nahost und anderen Gebieten

Ägypten	1 050 Mann
Saudi-Arabien	550 "
Diego Garcia	1 250 "
Bermudas	1 500 "
Kanada	550 "
Andere Länder	1 375 "
Marine	13 400 "

Insgesamt: 19 675 Mann

#### Stärke der US-Truppen in Europa

BRD	253 700 Mann
Großbritannien	28 800 "
Italien	14 800 "
Spanien	9 400 "
Türkei	5 400 "
Griechenland	3 700 "
Island	3 100 "
Niederlande	2 800 "
Belgien	2 500 "
Portugal	1 700 "
Andere Länder	800 "
6. Flotte	24 800 "

Insgesamt: 351 500 Mann

#### Stärke der US-Truppen im Pazifikraum und Fernen Osten

Japan/Okinawa	45 800 Mann
Südkorea	40 800 "
Philippinen	15 300 "
Guam	9 200 "
Australien	750 "
Andere Länder	350 "
7. Flotte	18 300 "

Insgesamt: 130 500 Mann

Aus: "U. S. News & World Report"

Präsident Franklin Roosevelt sagte einmal: "Unsere erste Verteidigungslinie verläuft durch Europa und über das Mittelmeer." Truman, der ihn als Präsident ablöste, machte aus der "Verteidigungslinie" die vorderste Stellung für eine Offensive gegen den Sozialismus.

Mit der Entwicklung der strategischen Bomber intensivierte Washington den Bau von Luftstützpunkten in der ganzen Welt. Zugleich entstanden gegen die UdSSR gerichtete elektronische Horchposten. Das suchte man sich durch die Bildung militaristischer Blöcke in fast allen Weltregionen zu erleichtern. Die wichtigsten Sprungbretter befinden sich unweit der Grenzen der UdSSR und seiner Bündnispartner.

Beamte der amerikanischen Militärischen Informationszentrale haben er-

rechnet, daß sich über eine halbe Million Angehörige aller Waffengattungen ständig Tausende Kilometer von der Grenze der USA entfernt, "an vorgeschobenen Stellungen" rings um die UdSSR, befinden. Große Truppenkontingente stehen zur Verlegung auf überseeische Kriegsschauplätze bereit. Wie der Verteidigungsminister der Regierung Carter, Harold Brown, sagte, "verläuft die Grenze der USA in einem großen Bogen, der im ganzen Raum von Nordnorwegen bis Japan und bis nach den Aleuten wichtige Gebiete umspannt".

Caspar Weinberger, der Pentagonchef, erklärte in seinem Bericht über die Militärprogramme für 1984-1988 an den Kongreß: "Als Staat mit Verpflichtungen und Interessen in der ganzen Welt müssen die USA ein starkes vorgeschobe-

nes Verteidigungssystem behalten." Es folgt die Erläuterung: Die auf Stützpunkten in anderen Ländern (in Westeuropa, Japan und Südkorea) stationierten amerikanischen Truppenteile seien für einen Schlag gegen das ganze Territorium der UdSSR bestimmt.

## SCHWIMMENDE STÜTZPUNKTE

"Die russische Flotte blockieren, die UdSSR in eine isolierte Insel verwandeln" — so sieht Marineminister John Lehman die Aufgaben der US-Marine. Besonders viel erhoffen er und sein Ministerium von den Flugzeugträgern, die

Unser Korrespondent in New York, Andrej ARCHIPOW, recherchierte, wieviel Basen die USA rings um die UdSSR unterhalten und wozu. Hier seine Meldung:

"Um im Pentagon jemanden zu finden, der für solche Informationen zuständig ist, mußte ich viel herumtelefonieren.

Um 9.05 Uhr früh klang die Stimme Major Wivals, der sich meldete, forsch und sicher. Ich diktierte ihm meine Frage und erkundigte mich zugleich,

wieviel US-Militär 1984 außerhalb der USA an Manövern teilnahm. Die Antwort stimmte mich hoffnungsvoll: Die Frage nach den Militärprojekten werde ziemlich einfach zu klären sein. Mit Manövern befasste sich dagegen eine andere Unterabteilung, doch nach der Mittagspause sei eine Information erhältlich.

Fünf Minuten vor Büroschluß, als ich das Pentagon wieder anrief, sah die Sache nicht mehr so einfach aus. 'Sie' — der Mann am Apparat nannte

sie nicht — hätten meine Fragen zu knifflig gefunden und deshalb gebeten, sie beim Pentagon schriftlich einzureichen. Anschrift: Pentagon, Washington, District of Columbia, Postleitzahl 20301.

Ich mußte mir die Zahl der US-Stützpunkte und anderer Militärprojekte im Ausland beim Informationsdienst der 'New York Times' besorgen. Er hat sie unter Berufung auf offizielle Angaben des Kongresses mit 2600 angegeben.





Maschinen starten vom Flugzeugträger "Enterprise"

ein fester Bestandteil der Forward-Based-Streitkräfte sind.

Schon 1949 startete vom Flugzeugträger "Coral Sea" das erste Flugzeug mit einer Atombombe. Seitdem benutzen die USA solche Schiffe für ihre Politik der nuklearen Erpressung gegen die UdSSR

und die anderen sozialistischen sowie die Entwicklungsländer. Nach Ansicht des Pentagon sind Flugzeugträger in Lokalkriegen sehr brauchbar. Wie Admiral Holloway, ehemaliger Befehlshaber der 7. US-Flotte, erklärt hat, haben die Amerikaner sie bei fast allen Lokalkonflikten der Nachkriegszeit eingesetzt. Während des Vietnam-Abenteuers entfiel mehr als die Hälfte aller Flugzeugeinsätze des Aggressors auf trägergestützte Fliegerkräfte.

Jetzt kreuzen US-Flugzeugträger vor den Küsten Europas, sie bilden den Kern der 6. und der 7. US-Flotte, die im Mittelmeer und westlichen Pazifik patrouillieren. Zusammen mit anderen Kriegsschiffen, die im Persischen Golf und im Indik kreuzen, bedrohen Flugzeugträger die Länder dieser Region.

Die US-Marine hat jetzt 14 Flugzeugträger, darunter vier mit Kernkraftantrieb. Der fünfzehnte wird gebaut. Weitere zwei sollen Anfang der 90er Jahre vom Stapel gelassen werden. Auf jedem befinden sich mindestens 40 Flugzeuge, Träger von Nuklearwaffen.

Unsere Redaktion hat sich mit dem in Monce (Belgien) befindlichen Hauptquartier des Oberbefehlshabers der Vereinigten NATO-Streitkräfte in Europa, General Bernard Rogers', in Verbindung gesetzt.

Es meldete sich Oberst Gordon Bratz, Leiter des Informationsdienstes. Hier wörtlich das Gespräch:

NZ: Hallo! Hier "Neue Zeit", Moskau.

Bratz: Ja, bitte?

NZ: Wir möchten wissen, wieviel Stützpunkte die NATO zur Zeit in Europa hat.

Bratz: Wie bitte?

NZ: (Frage wiederholt)

Bratz: Keine Ahnung.

## Die US-Stützpunkte, die die sozialistische Ländergemeinschaft in grossem Bogen umspannen, an der Nordflanke der NATO

### NORWEGEN, DÄNEMARK, ISLAND

Die Nordflanke der NATO ist einer von den Bereitstellungsräumen der USA gegen die UdSSR. Verteidigungsminister Weinberger sagt folgendes darüber: Den Nachdruck werde man auf die Flankenangriffe legen, um Streitkräfte und Mittel der Warschauer Vertragsstaaten vom zentralen Kriegsschauplatz abzuziehen.

Die Nordflanke der NATO ist mit Militärflugplätzen, Luft- und Marinestützpunkten gespickt. Die Funkmeß- und Navigationsstationen "Loran C" und "Omega" sind rund um die Uhr in Betrieb. Sie sind für die amerikanischen atomaren Raketen-U-Boote da und stehen unter Kontrolle des Amtes für Nationale Sicherheit und der CIA.

Der Norden Norwegens wimmelt von Horchposten. Zusammen mit Spionageflugzeugen beobachten sie die Verlegungen sowjetischer U-Boote im Europäischen Nordmeer und in der Barentssee. Eine strenggeheime Begleitfunkmeßsta-

tion für Satelliten befindet sich bei der Siedlung Fauske.

Die USA haben ständig Flugzeugträger und atomare Raketen-U-Boote im Norden des Europäischen Nordmeers. 1980 wurde ein Abkommen über die Einlagerung von US-Militärtechnik und -Munition für 10 000 amerikanische Marineinfanteristen, die in einer "Krisensituation" nach Norwegen verlegt werden können, unterzeichnet.

Auf acht Flugplätze können in einer "Krisensituation" bis zu 350 Kampfflugzeuge, darunter Kernwaffenträger, gestützt werden. Das Pentagon benutzt die Marinestützpunkte in Norwegen zum Service für atomare U-Boote.

Solche Abkommen haben die USA auch Dänemark aufgenötigt. "Im Frühstadium einer Krisensituation" will man 120 US-Jagdflugzeuge auf die Stützpunkte in Jütland verlegen. Nicht von ungefähr schrieb "Land og Folk": "Schritt für Schritt wird das Land in einen US-Stützpunkt umgewandelt." Schon jetzt benutzen Maschinen der US-Luftwaffe Flugplätze in Jütland und horten dort Raketen, Bomben, Treibstoff und Ersatzteile. Außerdem

dürfen 250 Kampfflugzeuge der USA Stützpunkte in Dänemark benutzen.

Im Herbst 1983 wurde auf dem Stützpunkt Skrydstrup eine AWACS-Kontrollzentrale, eine der beiden größten in Europa, ihrer Bestimmung übergeben.

Die Militärobjekte der USA auf den Färöern, an deren Küsten sich hydroakustische UAW-Stationen befinden, sind dafür bestimmt, Verlegungen sowjetischer U-Boote zu beobachten. Nördlich von Torgshavn sind vor kurzem ein Rundfunksender und eine Nachrichtenzentrale für Troposphärenverbindung untergebracht worden, um Mitteilungen, die über Sputniksysteme U-Booten gemacht werden, abzuhören. Auf Grönland werden die Radarstationen und der Luftstützpunkt in dem Flecken Thule modernisiert.

Im Dezember 1984 wurde der Plan bekannt, in Island 48 Nuklearbomben zu stationieren. Den Beschluß faßte Washington ohne Wissen Reykjaviks, im Widerspruch zu den geltenden Vereinbarungen und trotz der kategorischen

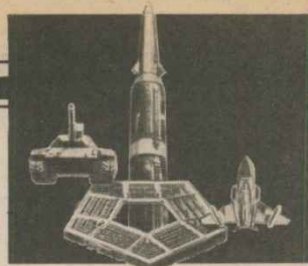
### NATO-Flugzeuge in Dänemark





Ablehnung Islands, ob in Friedens- oder in Kriegzeiten Kernwaffen bei sich aufzunehmen. Keflavik ist der größte europäische US-Militärstützpunkt. Dort stehen ständig über 3000 Mann. Die Presse Islands hält den Stützpunkt für

"einen wichtigen Bestandteil des Offensivsystems der USA im Nordatlantik. Nirgends auf der Welt gibt es noch einen Stützpunkt, der für das Militärpotential der USA so wichtig wie der in Keflavik wäre."



zwischen einem und sechs Monaten bestehen und danach vernichtet werden wird.

Aber selbst diese zynische Einstellung der überseeischen Bündnispartner macht den britischen Politikern nichts aus. Wie Außenminister Geoffrey Howe erklärte, "besteht unser" (der USA und Großbritanniens) "Ziel darin, die allgemeine Sicherheit zu garantieren, die Verbreitung der feindlichen" (lies: kommunistischen) Ideologie zu behindern sowie die Ideen der Freiheit und die demokratischen Werte zu propagieren".

## Westeuropa — wichtigster Vorposten des Pentagon

### GROSSBRITANNIEN

Wieviele amerikanische Militärstützpunkte und andere Militärobjekte gibt es jetzt in Großbritannien? Der Journalist Michail BOGDANOW meldet aus London:

Als der Labourabgeordnete Bob Cryer vor einigen Jahren danach fragte, antwortete man ihm im Verteidigungsministerium eindeutig: 12. Er fand das zweifelhaft und fragte beharrlich weiter. Bald stieg die Zahl der Stützpunkte auf 51 und dann auf 54. Im April 1983 gab das britische Verteidigungsministerium bekannt, daß es im Lande 75 Stützpunkte und andere Objekte der USA gebe.

Auch das stimmte nicht. Der britische Journalist Duncan Campbell stellte fest, daß in Großbritannien über 130 US-Militärstützpunkte und, wenn man die verwandten Objekte hinzuzählt, über 160 bestehen.

Aber schließlich kommt es nicht nur auf die Zahl an. Campbells Untersuchung hat bestätigt, daß die USA Großbritannien seit fast 40 Jahren als einen ihrer wichtigsten europäischen Bereitstellungsräume zur Vorbereitung eines Überfalls auf die Warschauer Vertragsstaaten benutzen.

In Albion befinden sich 29 000 GIs und 400 Kampfflugzeuge der USA, davon über 150 F-111-Bomber. In einer "Krisensituation" werden es dreimal soviel Flugzeuge sein, und auf britischen Flugplätzen werden 40% der Kampfflugzeuge der USA und der NATO starten. Außer den F-111-Nuklearbombern befinden sich in Großbritannien U-2-, SR-71- und RC-135-Spionageflugzeuge, die in Friedenszeiten für Aufklärungs- und ausgesprochen provokatorische Flüge benutzt werden, weil man feststellen will, wie die sowjetische Fliegerabwehr darauf reagiert.

Diese Flugzeuge befinden sich größtenteils auf 14 Luftwaffenstützpunkten, deren größte Lakenheath, Upper Hayford und Mildenhall sind. Der Bau eines jeden hat

zwischen 1 und 2 Md. Pfund Sterling gekostet.

1960 bewilligte das Kabinett ohne Wissen des Parlaments die Anlegung des US-Marinestützpunkts Holy Loch in Schottland. Dort liegen U-Boote mit ballistischen nuklearen Poseidon-Raketen, die einen Aktionsradius von 4500 km haben, so daß sie Ziele im Herzen der UdSSR treffen können.

Im Herbst 1983 begannen die USA mit der Stationierung von Cruise Missiles in

"Wir brauchen Oberseestützpunkte als Sprungbrett für einen Überfall auf Gebiete Zentralrusslands."

Aus: "This Week Magazine" (USA)

Greenham Common. Nach der Fertigstellung des Stützpunkts in Molesworth wird die Zahl der Cruise Missiles, die von Großbritannien aus auf die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft gezielt sind, auf 160 steigen.

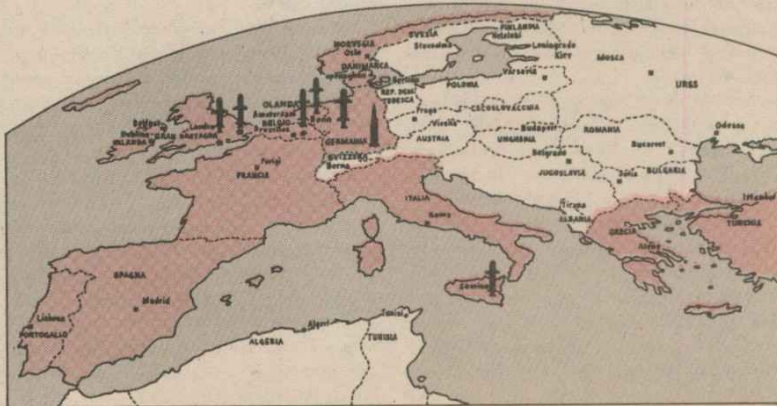
Wie jetzt freigegebene 30 Jahre alte Aktenstücke zeigen, sind die US-Strategen schon immer davon ausgegangen, daß der "unversenkbare Flugzeugträger Britannien" in einem Kernwaffenkrieg

### BELGIEN, HOLLAND, LUXEMBURG

Im Januar 1985 wurde in Soignies ein weiterer US-Stützpunkt eröffnet. Insgesamt gibt es auf belgischem Territorium etwa 20 Militärobjekte der USA und der NATO, meldet der Journalist Wjatscheslaw BOIKOW aus Brüssel. Je ein Objekt auf 500 000 Einwohner. Etwa ebenso "dicht" ist die ausländische Militärpräsenz auch bei dem nördlichen Nachbarn — Holland. Bei dem südlichen Nachbarn — Luxemburg — ist sie dreimal so hoch.

Brüssel, wo sich das NATO-Hauptquartier befindet, gilt als diplomatische Hauptstadt des Nordatlantikpakts und die Kleinstadt Casteau als dessen militärisches Zentrum. Fotografieren ist dort verboten.

Pershings und Cruise Missiles in Westeuropa





Journalisten sind hier unerwünscht, und — um Mißverständnisse zu vermeiden — wird von einem Besuch ausdrücklich abgeraten. In Casteau befindet sich der Stab des NATO-Oberbefehlshabers Europa.

Casteau liegt in Belgien wie der Vatikan in Rom. Ein Staat im Staat, mit seinen eigenen Vorschriften, mit eigener Post, eigenen Geschäften und Autokennzeichen. Seine "Untergebenen" tragen verschiedene Uniformen und sprechen viele Sprachen. Doch auf den meisten führenden Posten sitzen Amerikaner.

Wegen des relativ kleinen Territoriums und der hohen Bevölkerungsdichte erinnert Belgien an eine große Stadt. So ist die unmittelbare Nachbarschaft zu Arsenalen, besonders nuklearen, überaus gefährlich.

Doch das Problem der ausländischen Militärpräsenz ist in der Presse tabu. Über diese Objekte wird äußerst selten berichtet. So wissen weitaus nicht alle Belgier, daß sich auf ihrem Territorium Nuklearwaffen befinden. Eine Ausnahme ist da wohl nur der Stützpunkt von Florennes, wo kürzlich mit der Stationierung der ersten Cruise Missiles begonnen wurde. Die überwiegende Mehrheit der Belgier, die die NATO-Pläne ablehnt, will nicht, daß ihr Land zu einer Startrampe oder nuklearen Zielscheibe wird. ■

## BRD

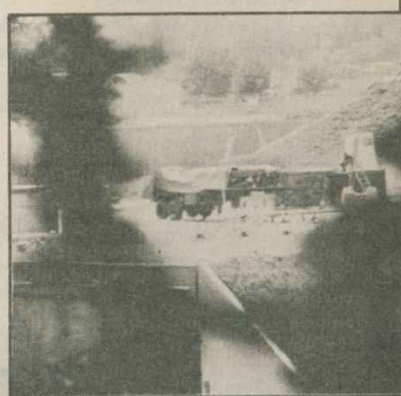
In der BRD sind mehr Soldaten und Waffen stationiert als in jedem anderen europäischen NATO-Land, meldet der NZ-Korrespondent in Bonn, Alexander TOLPEGIN. Das wird im "Weißbuch" des BRD-Verteidigungsministeriums eingestanden. Nicht von ungefähr gilt die BRD als "Pulverfaß Europas". In keinem anderen Land finden so viele Militärmanöver statt wie in der BRD. Kein anderer Staat hat so viele ausländische Truppen bei sich stationiert: amerikanische, britische, belgische, holländische und französische Einheiten — insgesamt über 400 000 Mann.

Am stärksten vertreten sind natürlich die Amerikaner. Von den 350 000 Pentagon-Soldaten in Westeuropa sind an die 250 000 in der BRD stationiert. In Stuttgart befindet sich das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa. In der BRD gibt es 188 große US-Stützpunkte, darunter 11 Luftstützpunkte. In 220 Arsenalen sind an die 5000 Nuklearsprengköpfe gelagert. Auf die BRD entfällt über ein Drittel (204 von 572) der nuklearen US-Mittelstreckenraketen, die in Westeuropa aufgestellt werden sollen. Nur die BRD

Es geschah am 11. Januar, um 14 Uhr, auf dem US-Stützpunkt Waldheide, unweit von Heilbronn (BRD). Soldaten der 56. Brigade begannen mit der Ausladung eines Containers mit Pershing-2-Raketen. Kaum hatte ein Kran die Rakete angehoben, da entfesselte sich aus ihrem Triebwerk ein Feuersturm. Dann folgte eine Explosion.

"Es war entsetzlich", berichtete ein Augenzeuge des Unglücks. "Ein Soldat wurde in Stücke gerissen, ein anderer verbrannte bei lebendigem Leib, erdrückt von einem Teil des brennenden Triebwerks." Ein dritter Soldat starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Weitere 16 Personen erlitten schwere Verletzungen.

Das Unglück konnte nicht geheimgehalten werden, obgleich Reportern der Zutritt zum Stützpunkt verweigert wurde. Ein wahrer Sturm des Protests erfaßte die



BRD. Ist ja die Bundesrepublik das einzige Land Westeuropas, in dem Pershing-2-Raketen auf US-Stützpunkten stationiert werden.

stimmte der Stationierung von Pershing-2-Raketen zu. Das Pentagon lagert ca. ein Zehntel seiner C-Waffen gleichfalls in der BRD.

In US-Arsenal (Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) lagern ca. 4 Mio Liter hochtoxische Giftstoffe.

Vertreter der Bonner Regierung trommeln: Die US-Truppen mit ihren Nuklearraketen, Panzern und Flugzeugen seien erforderlich für die Verteidigung der BRD und ganz Westeuropas. Doch so äußerte sich der NATO-Oberbefehlshaber Europa, Bernard Rogers: "Die amerikanischen Truppen sind doch nicht etwa aus Barmherzigkeit gegenüber den Europäern hier. Sie sind hier, weil an der innerdeutschen Grenze" (gemeint ist die Grenze DDR-BRD) "auch die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten verteidigt werden." Das Pentagon betrachtet Europa als "Schlachtfeld" eines künftigen Krieges, wobei es darauf setzt, daß das Territorium der USA selbst dabei verschont bliebe.

Vom Streben, einen Nuklearkrieg auf Europa zu "begrenzen", ist die Stationierung nuklearer Erstschlagswaffen, der Cruise Missiles und der Pershing-2-Raketen, diktiert. Eben diesem Ziel ist auch das "Air-Land-Battle"-Konzept untergeordnet, das, wie Rogers eingestand, darauf hinausläuft, "tiefe Präventivschläge" unter Einsatz nuklearer, chemischer und konventioneller Waffen zu führen.

Das Pentagon, das einen Aggressionskrieg in Europa vorbereitet, will einen reibungslosen Nachschub über den Atlantik sicherstellen. Derartige Truppentransporte werden bei allen NATO-Manövern geübt. Im Herbst

1984 wurden von jenseits des Atlantik mehr als 17 000 Soldaten in die BRD verlegt. Hierfür wurden Militär- und Zivilflughäfen in der BRD benutzt.

"Im Kriegs- oder Krisenfall" wollen die USA innerhalb von zehn Tagen sechs Divisionen (250 000 Mann) und 1000 Kampfflugzeuge in die BRD verlegen. Das würde praktisch eine Verdoppelung der Stärke der US-Truppen in der BRD bedeuten. Um die Entgegennahme einer solchen Menge von Truppen und Technik zu gewährleisten, verlangen die USA von Bonn den verstärkten Ausbau der NATO-Infrastruktur. ■

## EIN GEHEIMPLAN

Kürzlich wurde ein Geheimplan des Pentagon zur Stationierung von US-Nuklearkraften in verbündeten Staaten bekannt. Falls "unvorhergesehene Umstände" eintreten sollten — so die Fernsehgesellschaft NBC.

Erwiesenermaßen ist dieser Plan bereits über zehn Jahre alt. Ihm zufolge sollen die USA "alles tun, um die Schifffahrt oder U-Boot-Bewegungen des Gegners zu verhindern". Dafür sollen Flugzeuge vom Typ P 3 B-Orion mit nuklearen Wasserbomben eingesetzt werden. Treten besagte "unvorhergesehene Umstände" ein,



# An die Stützpunkte der USA in Westeuropa schliessen sich ihre Basen an der NATO-Südflanke an

## ITALIEN

Bei der Zahl der US-Stützpunkte steht Italien in Westeuropa nur der BRD nach. Ein Fünftel der US-Nuklearsprengköpfe, die gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gerichtet sind, lagert auf der Apenninenhalbinsel — 1000 bis 1500 von insgesamt 7000.

Eine Kolonne von Sattelschleppern verläßt den Stützpunkt, begleitet von Polizei und Carabinieri. Alle Straßen der Umgebung sind gesperrt. Die Wagen halten nach Erreichen des Punktes X, die von ihnen transportierten Raketen werden startklar gemacht. Fehlt nur noch der Count-Down...

Übungen mit Cruise Missiles werden in der Umgebung von Comiso (Sizilien) nicht zum ersten Mal durchgeführt. Dabei soll für einen "Krisenfall" ein Nuklearraketenschlag gegen die Sowjetunion geprobt werden.

Es ist geplant, in Comiso 112 US-Erstschlags-Flügelraketen zu stationieren (das Pentagon will ihre Zahl auf 140 anheben), von denen sich 32 bereits seit März 1984 auf diesem Stützpunkt befinden.

Die Nuklearobjekte auf italienischem Territorium werden in zwei Kategorien eingeteilt. Die einen gehören nur den

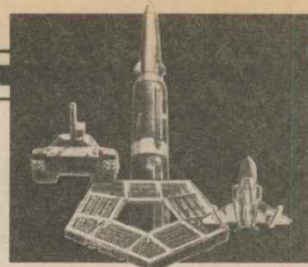


Stützpunkte der USA und der NATO in Italien

USA, die anderen dem gesamten NATO-Block. Die erstgenannten Stützpunkte werden von Amerikanern gewartet, sind mit US-Waffen ausgerüstet und unterstehen nur amerikanischem Kommando. Italiener haben dort keinen Zutritt, und was dort geschieht, wissen sie nicht. Ein solcher Stützpunkt unter der Codebezeichnung "Site Pluto" befindet sich in Longare, 10 km vor Vicenza. Ein anderer Luftstützpunkt, liegt in Aviano, 13 km nördlich von Pordenone. Hier hat sich die 40. taktische US-Fliegergruppe einquartiert. Sie ist der eigentliche Kern der US-Streitkräfte in Südeuropa. Eben aus Aviano gedenken die USA, Nuklearschläge gegen die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu führen.

Der US-Marinestützpunkt auf Maddalena wartet Atom-U-Boote der Los Angeles-Klasse, die mit je zehn nuklearen Schiff-Schiff-Raketen (Vernichtungskraft: ein bis zwei Kilotonnen) sowie Pressemeldungen zufolge mit nuklearen Flügelraketen bestückt sind.

Auf dem US-Marinefliegerstützpunkt in Sigonella bei Catania stehen P-3 B-Orion-Maschinen mit nuklearen Wasserbomben. Dort sind auch C-130-Hercules-Maschinen der Gruppe für taktischen Lufttransport stationiert.



Zu den Nuklearobjekten gehören auch die im Mittelmeer kreuzenden Schiffe der 6. US-Flotte, die oft italienische Häfen (Neapel, Gaeta, Maddalena, Sigonella u. a.) anlaufen. Die Gesamtfeuerkraft dieser Flotte ist so groß, daß sie die dritte Nuklearmacht Europas genannt wird. Zu ihr gehören mehr als 40 Schiffe sowie 150 bis 200 Flugzeuge und Hubschrauber.

Die zweitgenannten Stützpunkte unterstehen dem Oberkommando der italienischen Streitkräfte. Auf ihnen gibt es gleichfalls kernwaffentragende Flugzeuge. Doch diese stehen unter ausschließlicher Kontrolle von US-Sondereinheiten und dürfen den Italienern nur mit Erlaubnis des Präsidenten und des Oberkommandos der USA-Armee überlassen werden.

Die größten Luftstützpunkte befinden sich in Ghedi und Rimini. Auf jedem von ihnen stehen 36 F 104-Maschinen der italienischen Luftwaffe. Jetzt werden sie durch Tornado-Kampfflugzeuge ausgetauscht.

Lance-Nuklearraketen (von 1 bis 30 Kilotonnen) sowie Atomhaubitzen, Kaliber 203,2 mm, sind in Portogruaro, Codogno, Oderzo und Sciaves stationiert.

In Augusta (Sizilien) gibt es einen großen Marinestützpunkt, der insbesondere von nuklearbestückten amerikanischen U-Booten angelaufen wird. In Palermo befindet sich ein weiterer NATO-Luftstützpunkt sowie eine U-Boot-Basis.

**"WOZU BRAUCHEN WIR FREMDE STÜTZPUNKTE!" — FRAGT MAN IMMER HÄUFIGER IN GRIECHENLAND**

Wie viele US-Stützpunkte gibt es in Griechenland?

Der Journalist Nikolai MIROSCHNIK meldet aus Athen:

Eine genaue Zahl nennt die hiesige Presse nicht — vielleicht weiß sie die auch nicht. Im Anhang zum amerikanisch-griechischen Abkommen (1984) über militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit werden 5 große Stützpunkte genannt, von denen jeder verschiedene Militärobjekte umfaßt. Zumindest gibt es

starten sie von Stützpunkten und Flugplätzen in Kanada, Spanien, Island, den Philippinen, den Bermudas und den Azoren sowie von Diego Garcia aus.

Besagte Regierungen wußten überhaupt nichts von den Absichten der USA, bis der Direktor des Forschungszentrums für Probleme der Nuklearrüstungen beim Forschungsinstitut für Politik, William Arkin, davon berichtete. "Dieser Mann", empören sich offizielle US-Vertreter, "versucht, das westliche Bündnis zu zerstören." Nun seien, sagen eben diese Vertreter, alle interessierten Regierungen "informiert". Die Geheimniskrämerei hat ein Ende gefunden, doch am Wesen dieser Wahnsinnspläne hat sich nicht das geringste geändert.



laut Presse nicht weniger als 40 derartige Objekte.

"Was sollen wir mit fremden Stützpunkten?" — diese Frage stellen die besorgten Griechen seit langem. Die übliche Erklärung, zu der offizielle Vertreter der USA Zuflucht nehmen, kann nur naive Leute überzeugen. Man kann sich kaum vorstellen, daß fremde Stützpunkte den Interessen Griechenlands als NATO-Mitglied dienen, wenn ihre gesamte über 30jährige Geschichte vom Gegenteil spricht. Die Griechen erinnern sich sehr wohl daran, welche unheilvolle Rolle die Stützpunkte bei der Vorbereitung des Militärputsches vom Frühjahr 1967 spielten, der die Diktatur der "schwarzen Obristen" einleitete. Wie die Dispatcher der US-Stützpunkte griechische Flugzeuge irreleiteten, die im Sommer 1974 dem Interventionsopfer Zypern zu Hilfe eilen wollten. Ministerpräsident Andreas Papandreu erklärte wiederholt, die Tätigkeit der US-Militärobjekte habe nichts gemein mit den nationalen Interessen Griechenlands. Die Regierung der Sozialisten nahm mit den USA Verhandlungen auf, um nicht nur

Einen wichtigen Platz im Stützpunktsystem weisen die Strategen des Pentagon und der NATO der Pyrenäen-Halbinsel zu.

**SPANIEN.** Auf seinem Territorium befinden sich drei große Stützpunkte der US-Luftwaffe: Torrejon, Moron, Zaragoza sowie ein Stützpunkt der US-Marine — Rota.

**PORTUGAL.** Einheiten der US-Luftwaffe sind auf dem Flugplatz Lajes auf den Azoren, der Bundesluftwaffe in Beja stationiert. Den Luftstreitkräften anderer NATO-Länder wurden die Flugplätze von Espinho, Ota und Montijo überlassen. U-Boote und Kriegsschiffe der NATO sind häufige Gäste in den Häfen Lissabon, Leixoes, Setubal, Faro, Ponta-Delgada (Azoren) und Funchal (Madeira).

neue Bedingungen, sondern auch die Präsenzdauer der Stützpunkte auf griechischem Boden zu klären.

Doch noch gibt es diese Stützpunkte. Welches Ziel verfolgen sie?

Griechenland, die Türkei und Italien, schrieb Militärkommentator Middleton in der "New York Times", stellen einen einheitlichen Bereitstellungsraum der NATO gegen die UdSSR dar, einen Bereitstellungsraum, von dem aus Schläge auch gegen den gesamten Nahen Osten geführt werden können.

Das verbirgt sich hinter der US-Militärpräsenz in Griechenland. Der

griechischen Presse wurde der Bericht des Politischen Ausschusses der NATO, Chiffre X 210, zugespielt, dem zufolge das Kommunikations- und Spionagezentrum auf dem Stützpunkt Gournes unweit von Herakleion (Kreta) mit elektronischen Mitteln die sowjetischen Schiffsbewegungen im östlichen Mittelmeer überwacht.

Der bei der Hauptstadt liegende Stützpunkt Hellenikon koordiniert die Tätigkeit der US-Luftwaffe in Griechenland. Von dort aus starten der Zeitung "Eleftherotypia" zufolge US-Spionagemaschinen regelmäßig zur Erkundung des

## Die US-Stützpunkte um die UdSSR — zugleich Bedrohung der Entwicklungsländer

### ZWEIMAL IM VISIER

Das strategische Dreieck Washington-Tokio-Söul ist vor allem gegen die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft gerichtet. Doch natürlich können US-Truppen z. B. von Okinawa aus sowohl nach Norden als auch in andere Richtungen — nach Osten, nach Süden ... — verlegt werden. Ganz zu schweigen davon, daß die Cruise Missiles, mit denen die Schiffe der 7. US-Pazifikflotte ausgerüstet sind, viel leichter relativ nahe Objekte treffen können. Und diese Schiffe kreuzen schon lange nicht nur im Pazifik, sondern auch im Indik, wobei sie den asiatischen Kontinent, an dessen Küsten die am stärksten bevölkerten Länder der Erde liegen, umfahren.

Etwa auf der gleichen hufeisenförmigen Linie längs der asiatischen Küste befinden sich auch US-Stützpunkte. Und zwar sowohl die eilig errichteten militärischen

Objekte in Mikronesien als auch die alten, aber modernisierten Basen Clark Field und Subic Bay auf den Philippinen. Von dort aus zieht sich die Stützpunktkette bis zur Festungsinsel Diego Garcia. Westlichen Pressemeldungen zufolge beabsichtigt das Pentagon, dort Nuklearwaffen zu stationieren. Und wieder stellt sich die Frage, gegen welche Ziele sie gerichtet sein werden. So könnten Cruise Missiles oder Pershing-2-Raketen von dort aus Ostafrika, Vorderindien und die Golfregion erreichen.

Und wenn man mit dem Zirkel einen Kreis von den bereits installierten Startrampen dieser Raketen in Westeuropa schlägt? Innerhalb dieses Kreises befinden sich neben Mittel- und Osteuropa Nord- und Tropisch-Afrika sowie ein Großteil Südwestasiens bis hin zur Golfregion. Ein Zufall? Wohl kaum. Der ehemalige US-Präsident Nixon, unter dem gerade mit der Planung der Stationierung der "Euroraketen" begonnen wurde, erklärte 1983 unumwunden gegenüber dem BRD-Magazin "Stern": Neben den

sozialistischen Ländern sollen besagte Regionen Afrikas und Asiens ins Visier genommen werden. Natürlich ist es auch kein Zufall, daß sich diese Regionen im Aktionsbereich eines weiteren "geometrischen Elements" — der militärischen Achse Washington-Tel Aviv — befinden. Doch auch hier reißt die Kette nicht ab. Erinnern wir uns nur an die US-Stützpunkte im westlichen Mittelmeerraum, auf den Azoren und schließlich in Mittelamerika, wo Washington bekanntlich aus seinen Interventionsplänen kein Hehl macht.

### STÜTZPUNKTE IM NAHEN OSTEN

Das verstärkte Interesse an dieser Region erklärt sich vor allem durch die Nähe zu den Grenzen der UdSSR und den Wunsch, Ölreichtümer des Nahen Ostens unter Kontrolle zu bringen.

Der Umfang der Lieferungen von US-Waffen in arabische Länder hat in den 70er Jahren gegenüber den 60er Jahren um mehr als 40fache zugenommen. Der



Territoriums der Sowjetunion und der Länder des Mittleren Ostens.

Bei den US-Stützpunkten in Griechenland sind auch die dort gelagerten US-Nuklearwaffen zu erwähnen. Die Rechten, die früher in Griechenland an der Macht waren, versuchten deren Existenz zu leugnen. Erst die Regierung der Sozialisten gestand die Tatsache offen ein und versprach, das Land von den Nukleararsenalen, die eine enorme Gefahr für Griechenland darstellen, zu befreien.

**"Unsere Überseestützpunkte sind ein wichtiges Instrument, mit dessen Hilfe wir gegenüber der Sowjetunion Überlegenheit erlangen können. Ohne ein Netz der Überseestützpunkte könnten wir nicht die Kontrolle über die Meere ausüben, die NATO stärken und unsere Truppen auf entfernten Schauplätzen unterstützen."**

Admiral Elmo Zumwalt  
Ex-Stabschef der  
US-Kriegsmarine

Anteil der arabischen Länder am Gesamtwert der militärischen Lieferungen und Leistungen der USA ins Ausland stieg in den 10 Jahren seit 1973 von 6 auf 50%.

Doch der überwiegende Teil dieser Hilfe im Nahen Osten fließt Israel zu. 1985 soll Tel Aviv ca. 1,8 Mrd. Dollar nichtrückzahlbare Militärhilfe erhalten. Von 1962 bis 1980 hat Israel von den USA (einschließlich von Subventionen und Schenkungen) fast viermal soviel Militärhilfe wie alle arabischen Staaten zusammengekommen bekommen.

Das Pentagon erhielt das Recht, nach eigenem Gutdünken Flugplätze in der israelischen Negev-Wüste zu benutzen. Im Rahmen des Abkommens über "strategische Zusammenarbeit" wurde Israel faktisch zu einer Pentagon-Filiale im Nahen Osten.

Die USA und Oman unterzeichneten 1980 ein Abkommen über militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die USA erhielten das Recht, das Territorium des Sultanats für ihre Eingreiftruppe zu benutzen. US-Stützpunkte befinden sich im internationalen Hafen Se'eb, bei Maskat, in Thumrait in der Südprovinz Dhufar, in Khasab, auf der Halbinsel Masandam und auf der Insel Masira. Für deren Modernisierung haben die USA Reuter zufolge bereits 256 Mio Dollar ausgegeben.

Das Pentagon besitzt Stützpunkte auch auf dem Territorium Ägyptens. Noch zu

"NEUE ZEIT" 14.85

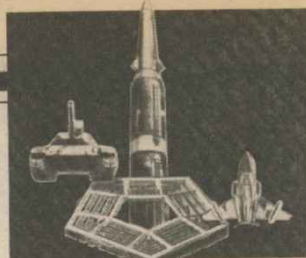
## TÜRKEI

**Dank ihrer geographischen Lage nimmt die Türkei einen besonderen Platz in der US-Stützpunktstrategie ein.** Von den NATO-Ländern haben nur die Türkei und Norwegen eine gemeinsame Landgrenze mit der UdSSR.

US-Pressemitteilungen zufolge gibt es auf türkischem Territorium 26 große Militärstützpunkte der USA und der NATO sowie Dutzende andere Objekte und ca. 6000 US-Militärangehörige.

Der wichtigste Luftstützpunkt befindet sich in Incirlik (zusammen mit Lagern für materielle Versorgung in Iskenderun und Omurtalik). Hier sind 36 Trägerflugzeuge für Nuklearwaffen stationiert.

In Cigli, unweit von Izmir, liegt ein US-Luftstützpunkt. Amerikanische Flugzeuge benutzen ferner Flugplätze in Pirinlik, Ankara und Eskisehir, Schiffe der US-Kriegsmarine laufen türkische Häfen für Aufenthalte und Reparaturen an. Die 6. Flotte hat Gefallen am Mittelmeerhafen Iskenderun gefunden.



Spionageangaben über die Tätigkeit der See- und der Luftstreitkräfte der UdSSR werden von Dutzenden Funkmeßstationen gesammelt. Zwei von ihnen — in Sinop und Pirinlik — gehören zu den größten derartigen Stationen.

Wegen amerikanisch-türkischer Differenzen zur Zypern-Frage wurden die US-Stützpunkte 1974 vorübergehend geschlossen. Doch die NATO-Objekte — 14 Funkmeßstationen des Luftabwehrsystems NADGE sowie das US-Funkverbindingssystem zwischen Objekten in der Türkei und dem NATO-Stab in Europa bzw. den USA — funktionierten weiter. Ebenfalls blieb der größte Luftstützpunkt in Incirlik weiter in Betrieb.

Daß man danach strebte, die türkisch-amerikanischen Differenzen beizulegen, wurde bereits 1978 deutlich, als beschlossen wurde, die Tätigkeit der US-Stützpunkte auf türkischem Territorium

Zeiten Präsident Anwar Sadats, bald nach Unterzeichnung der Abkommen von Camp David, behielten sich die USA Nutzungsrechte am Militärflugplatz in Qena vor. Das Pentagon durfte den Rotmeerhafen Ras Benas als Stützpunkt benutzen. Und schließlich machte sich Washington die Entflechtung ägyptischer und israelischer Verbände auf der Sinai-Halbinsel zunutze, um dort sein Truppenkontingent zu stationieren.

Die militärische Präsenz der USA wird auch auf Zypern verstärkt, und zwar in der türkischen Separatrepublik. In Lefkoniko, unweit von Famagusta, entsteht ein Flugplatz und ein elektronischer Spionagestützpunkt der USA gegen eine ausgedehnte Region — vom Nahen Osten bis nach Bulgarien und zu den Südgrenzen der Sowjetunion.

## PAKISTAN

**Unser Korrespondent in Indien, Leonard SHEGALOW, meldet:**

"Wissenschaftler des Delhier Zentrums für politische Forschungen speicherten Angaben über das Programm militärischer Lieferungen der USA an Pakistan in Computer. Und die ermittelten, daß die

Verstärkung des militärischen Potentials Pakistans alle absehbaren Erfordernisse seiner Verteidigung übersteigt..."

Doch die pakistanische Generalität ist da anderer Meinung. Ein Ausbau des Programms wird erörtert, insbesondere durch F-15-Jäger. Das alte Prinzip "Ich gebe, damit du gibst" verlangt seine Rechte. Womit wird Islamabad antworten — und antwortet es?

Zu den pakistanischen Verpflichtungen gehört natürlich die Teilnahme am Krieg gegen Afghanistan. 117 Stützpunkte zur Ausbildung von Konterrevolutionären "beherbergt" Islamabad. Den amerikanischen "Freunden" paßt auch die antiindische Ausrichtung der pakistanischen Politik. Doch das ist noch nicht alles. Pakistan ist ein Platz in der antisowjetischen Strategie der USA zugewiesen.

Diese Pläne sind nicht neu. Bereits in den 50er und 60er Jahren wurde Islamabad in den antisowjetischen "Halbmond", der von Indochina bis zur Türkei reichte, einbezogen. Pakistan erhielt wie jetzt von den USA Geld und duldet auf seinem Territorium US-Stützpunkte. Von einem derartigen Stützpunkt unweit von Peshawar aus startete 1960 die Spionagemaschine U-2, die dann über der UdSSR abgeschossen wurde. Nach dem Sturz des



wieder zuzulassen. Eben damals erklärte die Türkei ihre Bereitschaft zur Stationierung von drei NATO-Flugzeugen des AWACS-Systems auf einem Flugplatz nördlich von Konya.

Entsprechend dem amerikanisch-türkischen Abkommen vom 29. März 1980 erhielten die Amerikaner das Recht, "sich an gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen" auf 12 Objekten der türkischen Streitkräfte ("Stützpunkten der gemeinsamen Verteidigung") zu beteiligen".

Die türkischen Streitkräfte besitzen Starttrampen für taktische Honest-John-Raketen. Die Nuklearsprengköpfe für diese Raketen befinden sich unter US-Kontrolle in Sonderarsenalen.

Heute wollen die USA ihr Nukleararsenal in der Türkei "modernisieren".

Das Abkommen von 1980, das die Präsenz von US-Stützpunkten in der Türkei verlängerte, komplizierte die Lage im Mittelmeerraum. Jetzt werden Verhandlungen über eine Verlängerung dieses Abkommens für weitere fünf Jahre geführt.

Schah-Regimes im Iran hat die Bedeutung Pakistans in der US-Strategie noch mehr zugenommen.

In den letzten Monaten v. J. besuchten US-Marineminister John Lehman, Verteidigungsminister Caspar Weinberger und der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General John Vessey, Pakistan. Pakistans Nachbarn vermuten, daß es darum ging, dem Pentagon Stützpunkte auf pakistanischem Territorium — wie in den 60er Jahren — einzuräumen. Die Auslandspresse meldete bereits, daß die USA das Recht erhalten haben, in Peshawar, Sargodha, Karachi Radarstationen zur Spionage gegen die UdSSR zu installieren. Militärstützpunkte, offenbar für die USA, entstehen an der Küste des Arabischen Meeres, in Givini, Ormara. Eine starke Radarstation und moderne elektronische Anlagen befinden sich auf Mehdi-Ye-Koh, unweit von Gwadar. Die USA versprochen Islamabad Militär- und Wirtschaftshilfe von weiteren 4 Md. Dollar. Ein Teil dieser Gelder soll der Errichtung von 23 Flugplätzen für die US-Luftwaffe dienen.

Es werden Pläne für eine ständige Stationierung der Eingreiftruppe in Pakistan erörtert. Bekannt wurde, daß die USA planen, in Pakistan Pershing-2-Raketen zu stationieren. Aus Westeuropa können sie ja nicht z. B. den Süden der UdSSR erreichen...

## Der von den USA im Fernen Osten geschaffene Bereitstellungsbereich schließt das Stützpunktnetz um die UdSSR

### JAPAN, SÜDKOREA

Yokosuka, wo sich der Stab der 7. US-Flotte befindet, ist ein Element der US-Nuklearinfrastruktur im Fernen Osten, meldet unser Korrespondent in Tokio, Juri TAWROWSKI. Hier ist eine Schlaggruppe unter Führung des Flugzeugträgers "Midway" stationiert. Nicht nur die bordgestützten Kampfflugzeuge, sondern auch die Geleitschiffe sind mit Nuklearwaffen ausgerüstet. Jetzt aber ist Erklärungen des japanischen Außenministeriums zufolge damit zu rechnen, daß Yokosuka Heimathafen der zweiten Flugzeugträgergruppe unter der "Carl Vinson" wird.

Hier tauchen regelmäßig nukleare Raketen-U-Boote auf — im Vorjahr 23 Mal. In Zukunft, meint US-Konteradmiral a. D. Gene LaRocque, wird sich Yokosuka zum Heimathafen von 156 Überwasser- und Unterwasserschiffen entwickeln, von denen die meisten mit nuklearen Cruise Missiles ausgerüstet sein werden. Diesem Experten zufolge besteht die wachsende Bedeutung des Hafens für das Pentagon "nicht darin, daß er für die Verteidigung der USA oder Japans erforderlich wäre, sondern darin, daß er zur Kriegführung gegen die Sowjetunion sehr geeignet ist".

Yokosuka liegt unweit einer Gruppe von Luftstützpunkten, Leit- und Verbindungszentralen in Groß-Tokio und den Nachbarpräfekturen Kanagawa und Saitama. 40 km westlich der Hauptstadt, hinter einigen Stacheldrahtzäunen, beginnt der Komplex der Objekte der Basis Yokota, auf der sich die Stäbe der US-Streitkräfte in Japan sowie der in Japan und Südkorea dislozierten 5. US-Luftarmee befinden. In Yokota erheben sich die Antennen einer der bedeutendsten strategischen Verbindungszentralen der US-Streitkräfte. Sie unterhält rund um die Uhr die Verbindung zu im Einsatz befindlichen Schiffen und Flugzeugen, zu Stützpunkten in Japan und Südkorea.

Unter den Dutzenden amerikanischen Stützpunkten und Objekten rund um Tokio — besonders die Basis Camp-Zama, auf halbem Weg zwischen Yokosuka und Yokota, genannt. Hier befindet sich der Stab der US-Landstreitkräfte in Japan und eine Zentrale für Satellitenverbindung.

Eine weitere Gruppe amerikanischer Militärstützpunkte und -objekte liegt auf

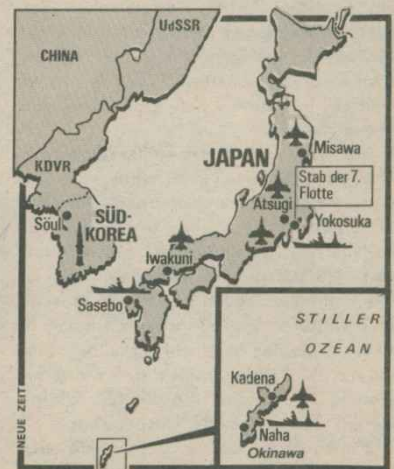
Okinawa. Der bedeutendste von ihnen ist Kadena mit zwei je 3700 m langen Landebahnen, der strategische B 52-Bomber aufnehmen kann.

Besonders makaber ist die Lage zweier weiterer US-Stützpunkte — in Sasebo und Iwakuni —, in unmittelbarer Nähe von Hiroshima und Nagasaki.

Der Befehlshaber der US-Truppen in Japan verglich einmal das System der amerikanischen Militärobjekte in Japan mit der "Spitze eines Speers". Der General bekräftigte ein weiteres Mal die Binsenweisheit, daß keineswegs die "Sorge um die Sicherheit Japans", sondern offensive, aggressive Aktionen die eigentliche Aufgabe der über 50 000 US-Militärangehörigen auf 118 Stützpunkten und Objekten sind.

Die japanischen Inseln werden zum Bereitstellungsbereich eines Nuklearkrieges. Im Juni v. J. wurde mit der Stationierung von Cruise Missiles auf Schiffen der 7. US-Flotte begonnen. Dadurch wird sich die Zahl der Nuklearwaffenträger verdoppeln — von 375 auf 750, schrieb die Zeitung "Akahata". Im November wurde die Aufstellung von 155-mm-Selbstfahrlafetten, die nuklear bestückt werden können, auf dem Stützpunkt Sagamihara bei Tokio bekannt. Und im April 1985 sollen in Misawa F 16-Bomber, die Nuklearwaffen bis 2000 km transportieren können, stationiert werden.

US-Stützpunkte in Japan und Südkorea

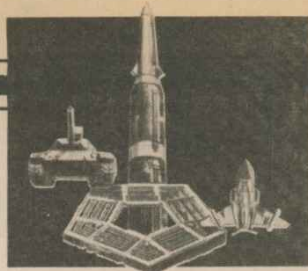




Neben den Stützpunkten in Japan dienen die mehr als 40 US-Militärstützpunkte in Südkorea als nuklearer Bereitstellungsraum. Dort befinden sich über 40 000 Soldaten, an die 110 Kampfflugzeuge, mehr als 10 Startrampen der nuklearen Honest-John-Raketen und 90 Geschütze der Kernwaffenartillerie. Die Schiffe der 7. Flotte fühlen sich auch in jenen Häfen und deren Flugzeuge auf

jenen Luftstützpunkten, die formell Süß gehören, als die wahren Herren.

Das Weiße Haus, das die Kriegsvorbereitungen im Fernen Osten forciert, hat sich das Ziel gesetzt, eine aggressive Dreierallianz Washington--Tokio--Süß zusammenzuzimmern. Ein solcher Block würde die Gefahr eines Nuklearkonflikts in dieser Region noch aktiver machen.



**Die US-Stützpunkte bedrohen nicht nur die Länder, gegen die sie gerichtet sind, sondern auch diejenigen, die fremde Kernwaffen aufgenommen haben**

## BELAGERTE STÜTZPUNKTE

Dieser Krieg kennt keine Atempause. Die Italiener legen sich unter die Militärschlepper, die Cruise Missiles nach Comiso transportieren. Hunderttausende Spanier marschieren zum US-Luftwaffenstützpunkt in Torrejon. Eine viele Kilometer lange Kette von Belgiern zieht sich um den Stützpunkt in Florennes. Die Holländer veranstalten beim Stützpunkt Soesterberg aus Protest Fackelzüge, Tag und Nacht stehen Engländer beim Stützpunkt Greenham Common Posten. Eine Kundgebung beim Stützpunkt Futenma auf Okinawa. Die Regierung Griechenlands fordert, daß die US-Stützpunkte in diesem Land aufgelöst werden. Die Regierung Neuseelands verbietet Schiffen mit Atomtrieb und mit Kernwaffen an Bord das Anlaufen der Häfen ihres Landes. Stürmische Entrüstung in Kanada, Portugal, Island und einigen anderen Staaten über den geheimen Plan des Pentagon, auf seinen dortigen Stützpunkten ohne Zustimmung der Regierungen Kernwaffen zu stationieren.

Die Fernschreiber melden andauernd Blockaden, die Belagerung von Militärobjekten der USA und sogar Sturmangriffe durch Teilnehmer der Antikriegsbewegung. Wer sind die Leute? Sie haben verschiedene Anschauungen, sind Christdemokraten und Kommunisten, Gläubige und Atheisten, Zivilisten und Militärs, junge und alte Menschen. Schlagend widerlegen sie die Vorstellung, daß die satte und zufriedene westliche Öffentlichkeit, die sich von jeher mit dem Spruch "Es geht alles vorbei" tröstet, apolitisch und träge sei.

Schreibfedern schießen weiter als Kanonen. Wieviel Tinte und Druckerschwärze brauchen die USA, um den Bündnis-

partnern einzubleuen, falls sie keine US-Stützpunkte haben würden, dann würden die Horden der Moskowiter aus ihrer Tundra über die Grenze strömen!

Wie ein Politiker einmal sagte, kann man ein Volk andauernd teilweise und eine Zeitlang sogar ein ganzes Volk verdummen. Was man aber nicht kann, das ist, ein ganzes Volk ständig irreführen. Die Spießbürger im Westen sollen sich damit abfinden, daß bei ihnen US-Stützpunkte bestehen.

Viele werden sich aber darüber klar, daß die US-Strategen, wenn sie um die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder einen Kreis von Stützpunkten mit Nuklearraketen, Bomben und Geschossen ziehen, hoffen, einen Nuklearkonflikt zu lokalisieren und ihn nicht auf die USA übergreifen zu lassen.

Das Pentagon denkt es sich so: Die USA führen einen Schlag gegen die UdSSR, den Gegenschlag fangen jedoch die Länder auf, in denen US-Stützpunkte bestehen, während die Yankees über dem großen Teich in Sicherheit sind und die Opferbereitschaft der Bündnispartner preisen, denen die hohe Mission zugefallen ist, die ersten Schützengräben der USA im nächsten und, wie man dort hofft, für die USA nicht tödlichen Krieg halten werden.

Einen allgemeinen Schock haben in die Pzesse geratene Aktenstücke des Pentagons ausgelöst, die bis zum Jahr 2003 streng geheimgehalten werden sollten. In dem einen, betitelt "Angaben über Raketenziele", das im Januar 1973 abgefaßt wurde, ist von 23 389 strategischen Zielen die Rede. Und merkwürdig: Nur ein Zehntel von ihnen sind Objekte in den Warschauer Vertragsstaaten! Wo liegen die anderen?

Die Antwort fanden Reporter in zwei weiteren Geheimdokumenten, die ihnen

in die Hände gefallen und ebenfalls mit Januar 1973 datiert sind: in einem Telegramm des US-Kommandos in Westeuropa und einem Brief Oberst Bernard Hughes, eines Experten für nukleare Programme auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Wie daraus folgt, rechnet man in Washington mit der Möglichkeit, einen vernichtenden Kernwaffenschlag gegen die eigenen Bündnispartner zu führen.

Zu diesem Zweck ist das System der US-Stützpunkte und -raketenanlagen in der Alten Welt so gedacht, daß man von einem beliebigen NATO-Land aus Objekte zu beiden Seiten des "Eisernen Vorhangs" vernichten könnte. So könnten die in der BRD stationierten Pershings sämtliche Städte Italiens in radioaktiv verseuchte Ruinen legen.

John Seiberling, Mitglied des US-Präsidentenhauses, sagte feixend: "Wir werden unsere Bündnispartner retten, und wenn wir sie dazu vernichten müßten." Er sprach von noch einer tödlichen Neuheit: den Neutronenladungen, die das Pentagon so gern auf seinen überseeischen Stützpunkten stationieren würde, aber wegen der Proteste in aller Welt bei sich zu Haus horten muß.

Bei den Manövern der US Army in der Gegend von Hanau (BRD) zogen die Soldaten mit Bulldozern lange Gräben als Massengräber für die Opfer eines Kernwaffenkriegs. Die Nachricht empörte alle, für die solche Gräber eigentlich bestimmt sind. Walter Neben, ein Repräsentant der US-Streitkräfte, zuckte nur verständnislos mit den Achseln und sagte:

"Verantwortliche Kreise der USA wundern sich nur über diese Überempfindlichkeit."

Wenn die Rede von denen sein soll, die auf den Abzug der Raketen drücken sollen, welche die Bündnispartner "im Notfall" vom Erdboden tilgen werden, so brauchen sie sich wegen des Sündenablasses keine Sorgen zu machen. Er wurde ihnen schon im August 1945 erteilt, als Präsident Truman Befehl zum Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki gab. Hunderttausende friedliche Menschen, die dabei verglühten, ehrte er mit folgendem Nachwort:

"Keine Sorge wegen dieses Beschlusses. Es war nicht mehr als ein Artillerieeinsatz."

Doch die Bündnispartner "in vorderster Stellung" wollen sich mit dem ihnen von



Washington zugeordneten Los von Schlachtvieh nicht abfinden. Sind die Stützpunkte in anderen Ländern für das Pentagon nichts weiter als eventuelle Schützengräben oder ablenkende

Zielscheiben, so bedeuten sie für die anderen Länder Nuklearbomben gegen ihr friedliches Leben. Ist es den US-Generälen am wichtigsten, einen zukünftigen Krieg um jeden Preis zu gewinnen, so

geht es den Friedenskämpfern, die die US-Stützpunkte belagern, vor allem darum, es gar nicht zum Krieg kommen zu lassen. Deshalb geht die Belagerung weiter.

## Der sowjetische Generalleutnant Konstantin Fjodorow: Die US-Militärstützpunkte sind ein Element der aggressiven Hegemonie-Politik Washingtons

Wie eine Riesenspinne hat der US-Imperialismus über der nichtsozialistischen Welt das Netz seiner Militärstützpunkte ausgespannt. Die Tatsache, daß sie rings um die UdSSR angelegt und daß auch die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft von ihnen faktisch eingekreist sind, läßt deutlicher als alles andere die aggressive Ausrichtung der Kriegsvorbereitungen der USA und ihrer NATO-Partner erkennen.

Schon jetzt verursachen die US-Stützpunkte andauernd Konflikte und Lokalkriege. Sie dienen als Handhabe für eine brutale direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, für die Unterjochung unabhängiger Staaten, dafür diese unter politischen, militärischen und wirtschaftlichen Druck zu setzen und eine Politik der Drohungen und Erpressungen zu betreiben. Seit dem zweiten Weltkrieg haben sich die USA Hunderte Mal direkt oder indirekt in die Angelegenheiten anderer Staaten eingemischt und dabei als Bereitstellungsräume fast immer ihre auf fremdem Boden befindlichen Stützpunkte benutzt. Diese dienen zur Hilfeleistung an reaktionäre Diktaturen, zu deren militärischer Unterstützung und zur bewaffneten Unterdrückung nationaler Befreiungsbewegungen.

Zugleich behindern die US-Stützpunkte die Länder, die Gelände für sie eingeräumt haben, ernstlich bei ihrer souveränen, unabhängigen Politik oder nehmen ihnen bisweilen jede Möglichkeit zu einer solchen. Eigentlich wird diesen Staaten das Verfügungsrecht auf einen bestimmten Teil ihres Territoriums entzogen. Die Stützpunkte genießen Exterritorialität und werden von den Behörden der Länder, in denen sie liegen, faktisch nicht kontrolliert. Ein Land, das einen US-Stützpunkt bei sich anlegen läßt, kann bei einem Überfall auf einen Nachbarstaat zum direkten oder indirekten Komplizen werden und wie die Erfahrung lehrt, geschieht das auch recht oft. Außerdem gefährdet ein solches Land dadurch, daß es einen US-Militärstützpunkt bei sich anlegen läßt, seine eigene Sicherheit. Durch die Stationierung amerikanischer Kernwaffen wächst die Gefahr auf ein Vielfaches an.

Sie wird immer bedrohlicher. Bemühen sich die USA, als es sich noch keine Raketen gab, um Stützpunkte in unmittelbarer Nähe der UdSSR, so nimmt schon der bloße Begriff des "Stützpunkts" heutzutage einen anderen Sinn an. Er kann Hunderte, ja Tausende Kilometer vom Angriffsobjekt entfernt liegen. In der "Raketenepoche" versucht man sogar, aus ganzen Ländern Stützpunkte zu machen — ein Beispiel dafür ist die Stationierung von Pershings und Cruise Missiles in der BRD, in Italien, Belgien und Großbritannien. Im Verein mit den Plänen für "Sternenkriege", die die USA vor Gegenschlägen bewahren sollen, gewinnen die US-Stützpunkte für einen

Erstschlag immer größere Bedeutung. So ist es denn dringend notwendig, der immer dichteren, äußerst gefährlichen Streuung der Stützpunkte auf der Erde ein Ende zu bereiten. Andrej Gromyko sagte: "Wir werden von den USA auch weiterhin ernsthaft Rechenschaft fordern und sie nach den zahlreichen Militärstützpunkten fragen, die in verschiedenen Regionen der Welt angelegt worden sind und die sich gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder richten. Das muß früher oder später aufhören."

Es gibt nur einen Weg. Die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft bringen ihn unentwegt in Vorschlag. Schon 1946 erklärte die UdSSR in der UNO-Vollversammlung, es könne nicht geduldet werden, daß ein Staat in anderen Staaten — Mitgliedern der UNO — Militärstützpunkte unterhält. Die UdSSR hat ihre Bemühungen um die Lösung dieses Problems auch in den folgenden Jahrzehnten nicht eingestellt.

Die US-Stützpunkte sind im Grunde genommen eine vorgeschobene Stellung für einen Aggressionskrieg gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder. Nun muß aber unmißverständlich betont werden, daß ein Aggressor außerstande sein wird, einen entwaffnenden Schlag zu führen und dabei selbst straflos auszugehen. Er kann sich nicht hinter dem Schild eines "allumfassenden Raketenabwehrsystems" verkriechen. Die UdSSR wird eine Überlegenheit der USA nicht dulden. Auf jeden Fall wird die Vergeltung nicht ausbleiben und nicht auf sich warten lassen.

Die UdSSR hat keine Militärstützpunkte in anderen Staaten, ihr liegen Aggressions- und Expansionsabsichten fern. Ihre Militärdoktrin ist eine Verteidigungsdoktrin.

Die UdSSR bemüht sich konsequent und beharrlich um ein Gesunden der internationalen Lage und eine Abschwächung der nuklearen Gefahr. Deshalb hat sie von sich aus die Verpflichtung übernommen, keine Kernwaffen gegen Staaten einzusetzen, die darauf verzichten, solche Waffen zu erzeugen und zu erwerben, und auch keine auf ihrem Boden haben.

Die UdSSR hat sich wiederholt bereit erklärt, den Status der in Lateinamerika bereits geschaffenen kernwaffenfreien Zone zu respektieren; sie befürwortet die Schaffung solcher Zonen in Nordeuropa und auf dem Balkan und tritt dafür ein, daß Europa sowohl von Mittelstrecken- als auch von taktischen Kernwaffen gesäubert wird. Die UdSSR ist dafür, daß das Mittelmeer und der Indik zu Friedenszonen erklärt und daß die Marineaktivitäten wie die Marinerüstungen limitiert werden. Es wäre sehr wichtig, daß die Nuklearmächte die Verpflichtung eingehen, eine Weiterverbreitung der Kernwaffen, ganz gleich in welcher Form, nicht zuzulassen: diese Waffen an niemanden weiterzugeben oder deren Kontrolle niemandem zu überlassen; sie nicht in Ländern zu stationieren, in denen es keine gibt; das Wettrüsten nicht auf neue Bereiche, auch nicht auf den Weltraum, auszudehnen.

Illustrationen aus: "U. S. News and World Report" (USA), "Europeo" (Italien), "Stern" und "Spiegel" (BRD)

Die Beiträge lieferten: L. BESYMENSKI, A. GARANIN, J. GEJSEROW, L. JELIN, J. KRYLOW, J. LEBEDOW, L. MAKAREWITSCH, L. MLETSCHIN, D. SGERSKI, N. SHOLKWER, D. POGORSHELSKI, G. SIDOROWA, M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

"NEUE ZEIT" 14.85



# MAN FRAGT UNS...

In Heft 47/84 berichteten Sie über eine Ausstellung von 30 Gemälden aus Dresden in Moskau, die 1945 von unseren Soldaten gerettet worden waren. Ich würde gern mehr über die Rettung der Dresdener Gemädegalerie erfahren.

W. Michailow  
Tscheljabinsk, RSFSR

## AUS DEM DUNKEL FEUCHTER SCHÄCHTE

Von Berlin bis nach Dresden sind es 180, bei gutem Wetter etwa anderthalb Stunden Fahrt auf der Autobahn. Wir hatten Glück: Nur auf den letzten Kilometern unserer Reise legte sich Nebel, der sich aber schnell verzog, vor uns blinkte die Elbe im Sonnenschein. Bis zur Dresdener Gemädegalerie blieben einige hundert Meter und wenige Minuten...

Vor 30 Jahren hatte ich Gelegenheit, erstmals die Schätze der Stadt an der Elbe kennenzulernen. Als Erinnerung daran habe ich eine kleine dünne Broschüre aufgehoben — den Katalog der Dresdener Gemädegalerie, welche 1955 auf einer Ausstellung im Moskauer Puschkin-Museum für darstellende Künste gezeigt wurde. Ich erinnere mich noch gut daran, wie schwer es war, eine Eintrittskarte zu bekommen: Tag und Nacht standen Tausende Menschen Schlange vor dem Museum. Heute sind Schlangen vor interessanten Kunstausstellungen bei uns zur Tradition geworden, aber offensichtlich gerade mit den Schätzen aus Dresden begann sie. ... Eine breite Treppe führt nach oben, in die Säle der

Galerie. Bevor wir jedoch dorthin gehen, verweilen wir an den Fotovitrinen. Sie lassen die Ereignisse von vor 40 Jahren wiedererstehen. Die Unterschriften zu den alten Fotos sind ähnlich: "So sah das Porträt 'Der Zinsgroschen' von Tizian aus"..., "So sah die Gemädegalerie aus". Im Februar 1945 bombardierten amerikanische und englische Flugzeuge Dresden. Eine militärische Notwendigkeit für den Luftangriff bestand nicht: Die Bomben fielen auf friedliche Bürger. 35 000 Menschen kamen ums Leben. Die Stadt wurde ein Ruinenfeld. 85% der Gebäude waren zerstört.

Dem traurigen Schicksal entging auch nicht der berühmte Zwinger. Die Fotodokumente hielten das Bild der Zerstörung fest: Berge von Ziegelsteinen und Putz auf der Treppe, über die wir gerade nach oben gelangten, eine durchschlagene Decke im "Gobelinsaal"...

**Die Ruine der Dresdener Frauenkirche — als Denkmal an die Tragödie, den Untergang der Stadt, in diesem Zustand erhalten — mahnt die gegenwärtige und künftige Generationen: Schützt den Frieden, die Schönheit, das Leben!**



"NEUE ZEIT"

14.85



**Die Krone der Dresdener Schätze, Raffaels "Sixtinische Madonna", gehörte mit zu den von den sowjetischen Soldaten geretteten Kulturgütern der Galerie**

Natürlich, es war Krieg, und die amerikanischen und englischen Piloten führten einen Befehl aus. Man erzählte uns hier, daß es hätte noch schlimmer kommen können: In Washington hatte man schließlich Dresden in die Zahl der Städte aufgenommen, die für den ersten Atombombenabwurf vorgesehen waren.

Einen Befehl führten auch sowjetische Soldaten aus: Die von den Faschisten versteckten Schätze der Gemädegalerie finden, sie für die Menschheit bewahren, den Zwinger von Minen säubern. "Museum untersucht. Keine Minen". Der Pionier Chanutin schrieb diese Worte an die Wand des zerstörten Gebäudes der Gemädegalerie am 8. Mai 1945, dem Tag, als die Einheiten der Sowjetarmee nach Dresden kamen. Die Inschrift ist auch heute noch zu sehen. Nach dem Wiederaufbau der Stadt haben die neuen Hausherren sie als Erinnerung an die Maitage des Jahres 1945 erhalten, als Zeichen des Dankes an die Sowjetsoldaten.

Im Museum sind auch heute noch einige Mitarbeiter beschäftigt, die vor 30 Jahren die geretteten Schätze aus der Sowjetunion in Empfang nahmen. "Mit Worten ist es nicht zu beschreiben", erinnern sie sich, "wie bewegt wir in jenen Tagen waren." Das kann man unschwer verstehen. Nicht nur sie, viele glaubten die Gemälde für immer verloren. Die Faschisten schleppten sie in feuchte Kalksteinschächte. Sie waren bereit, diese Schätze der Weltkultur in die Luft zu sprengen, "damit sie nicht in die Hände der Russen fielen". Soldaten der 1. Ukrainischen Front suchten zwei Monate lang nach den Bildern aus Dresden. Auch Maler, Restaurateure und Mitarbeiter von Museen nahmen daran teil.

Unter denen, die im Jahre 1945 die Dresdener Gemälde aus den Stollen holten und zehn Jahre später in ihre Heimat zurückführten, war Stepan Tschurakow, Hauptmann und Referent bei Pawel Korin, dem Chefrestaurateur des Moskauer Puschkin-Museums. Folgendes berichtete er uns über die Rettung des wertvollen Teils der Sammlung, der von SS-Leuten im Schacht Pockau-Lengefeld an der Grenze zur Tschechoslowakei versteckt worden war. "Wir gingen mit Karbidlampen und Kerzen. Die Feuchtigkeit war schlimm. Von der Decke und den Wänden tropfte es. Wasser floß im ganzen Stollen entlang der Schmalspurbahnschienen. Wir waren etwa 200 Meter gegangen. Danach bogen wir nach links ab. Hier erblickten wir in einem kleinen Abschnitt einen Bretterschuppen, gingen hinein, beleuchteten ihn und staunten: Die Bilder standen direkt auf der Erde, ohne Verpackung. Durch die Feuchtigkeit war die Grundierung der Rahmen aufgeweicht, und die Vergoldung blieb an den Fingern haften. Einige Bilder waren derart verschimmelt, daß die Malerei nicht erkennbar war. Noch zwei Wochen in diesem Stollen, und alles wäre verloren gewesen ... Ich gab den Soldaten den Befehl, die Bilder vorsichtig hinauszutragen."

Die Gemälde wurden aus dem Stollen nach oben gebracht. Etwas abseits vom Steinbruch, in einer schiefen Scheune, zu der ein deutscher Bergmann die sowjetischen Of-



fiziere gerufen hatte, wurde noch ein Wunderwerk der Weltmalerei entdeckt — die "Bethseba" von Rubens. Die Autokolonne fuhr unter strengster Bewachung in Richtung Dresden. Bald erreichte sie das Schloß Pillnitz, wo bereits der größte Teil der Dresdener Gemälde ein zeitweiliges Obdach gefunden hatte, darunter auch die "Sixti-



Zwinger

nische Madonna" des großen Raffael. Als die Kiste mit diesem Gemälde geöffnet wurde, nahmen unsere Soldaten und Offiziere die Mützen ab.

"Ich werde niemals vergessen, wie wir die Bilder aus dem Stollen Groß-Cotta herausbrachten", erinnert sich noch ein Augenzeuge jener Ereignisse. Nikolai Ponomarjow war damals Oberleutnant, heute ist er Vorsitzender des Vorstandes des Künstlerverbandes der UdSSR. "Es war schwer vorstellbar, daß die Welt eine solche Sammlung für immer hätte verlieren können. Der Maler Michail Wolodin fertigte damals Skizzen an, sie sind ein wertvolles Zeitdokument. Als die Gemälde auf Spezialfahrzeuge verladen wurden, kamen Marschall Kownew und der Stabschef der 1. Ukrainischen Front, Armeeobergruppenkommandant Petrow. Der Krieg war kaum zu Ende, und wir dachten bereits daran, die der ganzen Welt gehörenden Werte zu retten."

Ende Juli fuhr ein Sonderzug aus Dresden nach Moskau. Er transportierte die von sowjetischen Soldaten aus dem Dunkel

feuchter Schächte hervorgeholten Gemälde. Einige Meisterwerke waren dem vollständigen Verfall nahe. Im Moskauer Puschkin-Museum begann der langwierige Kampf der sowjetischen Restauratoren um ihre Rettung.

... Dürer, Rembrandt, Rubens, Tintoretto, Giorgione. Wir gehen von Saal zu Saal, kehren zurück. Welch ein Zusammentreffen von Namen. Und wie bewegt einen die Ansicht der Gemälde, welche man von Kindheit an von Reproduktionen und seit dem ersten Treffen in der Wolchonka-Straße im Jahre 1955 kennt.

Die "Sixtinische Madonna" ist die Krönung der Dresdener Sammlung. Der Hof der sächsischen Kurfürsten kaufte das Gemälde im Jahre 1754 in einem bescheidenen italienischen Kloster und bezahlte den für damalige Zeiten nicht geringen Preis von 20 000 Zechinen. Wenn die Museumsführer heute darüber berichten, interessieren sich westliche Touristen: Welche Summe müßte für das Meisterwerk heute bezahlt werden? Meiner Ansicht nach ist das eine sinnlose taktlose Frage. Wie kann man unsterbliche Schönheit und Geld — und sei es auch eine Milliarde Dollar — in eine Waagschale werfen?

Wie viele Menschen waren in diesen Sälen und welche große Namen! Viele Stunden verbrachten hier auch berühmte Männer unseres Landes: Shukowski, Belinski, Ogarjow, Herzen, Dostojewski, Lew Tolstoi, Alexander Iwanow, Surikow, Kramskoi, Repin, Polenow... Iwanow fertigte eine Kopie der "Sixtinischen Madonna" an, erfaßt vom Edelmüt und von der Schönheit ihres Abbildes. Surikow und Polenow schwärmten für die Gemälde Veroneses, für seine künstlerische Ausdruckskraft. Kramskoi kehrte in Gedanken immer wieder zu Tizians "Zinsgroschen" zurück.

Als man 1945 den "Zinsgroschen" aus dem Stollen hervorholte, war das Gemälde dermaßen feucht, daß die Hände am Rahmen festklebten. Die Spezialisten des Puschkin-Museums kümmerten sich besonders um das Bild. Pawel Korin, unser hervorragender Künstler und Restaurateur, befestigte fast ein halbes Jahr lang, Millimeter um Milli-

meter die Splitter der tizianischen Schönheit auf dem Bild. Heute wird "Der Zinsgroschen" in einer großen, hermetisch geschlossenen Vitrine, in der ständig ein geeignetes Mikroklima herrscht und optimale Feuchtigkeit erhalten wird, gezeigt. Das ist notwendig für ein gutes "Wohlbefinden" des Meisterwerkes.

In Dresden kennt man die Namen derer, die die Gemälde retteten. Mit Hochachtung spricht man über unsere Landsleute, durch deren sorgsame, unsagbar komplizierte Arbeit dem Museum, Millionen Menschen die Schöpfungen großer Meister wiedergegeben werden konnten. Nach dem Krieg wurde eine russische Frau, die Wissenschaftlerin und Kunsthistorikerin Natalja Sokolowa, erste Ehrenbürgerin der Stadt. Ihre Verdienste um die Rettung der Meisterwerke der Galerie sind unschätzbar, sie kam den verfallenden Bildern als erste zu Hilfe. Ehrenbürger Dresdens wurden auch Tschurakow und Guber, der damals als Chefkustos im Puschkin-Museum arbeitete.

Vor einigen Jahren fand in der Dresdener Gemäldegalerie eine Ausstellung von Werken Stepan Tschurakows, Michail Wolodins und Nikolai Ponomarjows statt. Der Artikel im Katalog endete mit folgenden Worten: "Wir dürfen niemals die Heldentat der sowjetischen Soldaten und Offiziere vergessen. Die Ausstellung der Werke von den Malern Tschurakow, Ponomarjow, Wolodin, die aktiv an der Rettung der Dresdener Schätze für die Menschheit beteiligt waren, ist nur ein bescheidener Ausdruck unserer Dankbarkeit für den Großmut und die Freundschaft des Sowjetvolkes."

Mit goldenen Lettern steht auf einer Marmortafel am Eingang der Galerie in deutsch und in russisch: "Die Rettung der künstlerischen Meisterwerke Dresdens durch die Sowjetarmee ist eine hervorragende Heldentat des sozialistischen Humanismus, ist ein Ereignis von großer historischer Bedeutung. Ewig ist unsere Dankbarkeit den Völkern der Sowjetunion."

Albert PIN

Dresden--Moskau

## MERIDIANE DER FREUNDSCHAFT

Der Mensch strebt organisch danach, Feindschaft und Mißtrauen zu überwinden. Boris Akimow, Volkskünstler der RSFSR, ist überzeugt: Die Jahrtausende der Zivilisation wurden nicht durch Waffen, sondern in friedlicher Arbeit und durch die gegenseitige Bereicherung verschiedener Kulturen geschaffen.

Zusammen mit seinen Kollegen, einer Ballettruppe des Moskauer Bolschoi Theaters, ist er unlängst aus Indien zurückgekehrt. Daß das sowjetische Ballett überall gefeiert wird, ist bekannt, doch geht sein steter Erfolg nicht nur auf die ausgezeichnete Schule, die die Traditionen des russischen klassischen Tanzes pflegt. Immer häufiger werden die Gastspiele des Bolschoi im Ausland zu einer Mission guten Willens. So auch in Indien.

Zeitlich fiel die Reise mit dem tragischen Tod Indira Gandhis zusammen. In Würdigung dieser hervorragenden Politikerin zeigten die sowjetischen Künstler ihre Aufführungen und Konzerte (30 statt der geplanten 14) als Gabe für das indische Volk. Alle unseren Programme wurden vom Fernsehen live gesendet.

Boris Akimow sagt: "Wir haben Dutzende Länder bereist. Heute bestehen im Westen noch Kräfte, die die Kontakte zwischen den Völkern zu stören und Feindschaft zu säen trachten. Ich denke daran, wie schlimm unsere Gastspiele in England vor 10 Jahren hätten ausgehen können, als wir im Covent Garden auftraten. Rowdys legten Minen und versuchten einen Brand im Theatergebäude. Dennoch fanden unsere Konzerte statt. Die begeisterten Rezensionen der britischen Presse haben darüber entschieden, wer damals siegte, ob Vernunft oder böser Wille."

In diesem Frühjahr reist die Truppe des Bolschoi nach Warschau und in die DDR. Außerdem stehen ihr Gastspiele im eigenen Land — in Gorki und Sotschi — bevor.

D. SWEREW



Für mich ist der 8. Mai 1945 der schwarze Tag in der deutschen Geschichte. Für uns endete der Krieg mit dem Zusammenbruch und der Spaltung Deutschlands. Niederlagen werden nicht gefeiert, über sie wird getrauert.

Emil ROTH  
Mannheim, BRD



Es diskutiert  
der verantwortliche  
Redakteur  
der deutschen  
Ausgabe der  
"Neuen Zeit"  
Roman  
KRESTJANINOW

Die Frage, ob der 8. Mai 1945 Grund zum Feiern oder zum Trauern ist, bewegt heute, soviel ich weiß, viele Ihrer Mitbürger, Herr Roth. Das ist bedenklich. Weshalb steigt in der Bundesrepublik heute die Zahl der Bürger, die gleich Ihnen das Datum der endgültigen Zerschlagung des deutschen Faschismus für den schwarzen Tag in der deutschen Geschichte halten? Auf welchem Nährboden sprießen solche Stimmungen? Was tut sich am Rhein, wenn die Nazivergangenheit Deutschlands erneut Anhänger und eifrige Verehrer gewinnt?

Als Anfang der 70er Jahre die sozial-liberale Koalitionsregierung mit der Verwirklichung ihrer Ostpolitik begann, hatte es den Anschein, als würde da unter eine bestimmte Periode in der Geschichte der Bundesrepublik ein Strich gezogen, als würden die Realitäten der Nachkriegszeit, darunter die Unantastbarkeit der europäischen Grenzen und die Souveränität der DDR, ehrlich und sachlich anerkannt. In einer solchen Auffassung von der "Ostpolitik" wurde man noch bestärkt, nachdem die Mehrheit der Wähler 1972 für die sozial-liberale Koalition gestimmt hatte. Und nun erneut diese Debatten.

Manche leiten den Umschlag in den öffentlichen Stimmungen aus gewissen Mutationen des bundesdeutschen Geistes ab, der in der neuen politischen Situation nach Identität suche. Meines Erachtens liegt die Ursache solcher "Mutationen" im innenpolitischen und ideologischen Klima in der Bundesrepublik selbst.

Bei Ihnen spricht man viel und gern darüber, daß die Nazivergangenheit nun glücklich überwunden und das Land eine mustergültige bürgerliche Demokratie sei, daß seine Bürger sich von den Überresten der Vergangenheit völlig befreit hätten. Häufig habe ich sagen hören: "Wir haben genug gesühnt und sind jetzt geläutert. Sollen wir ewig büßen?"

Ich glaube, das ist sehr demagogisch gesagt. Niemand verlangt so etwas von den Deutschen, zumal die Nachkriegsge-

nerationen mit der Nazivergangenheit direkt nichts zu tun haben. Aber die Überwindung des nazistischen Erbes ist noch immer ein aktuelles Problem in der Bundesrepublik. Denken Sie z. B. an den Revanchismus, von dem auch unsere Wochenschrift wiederholt geschrieben hat. Bekanntlich fand die sowjetische Kritik an dieser Erscheinung in der Bundesrepublik eine geharnischte Aufnahme. Wie soll man aber die Zusammenrottungen von allerlei "Landmannschaften" bewerten, auf denen ein unverhohlen revanchistischer Geist herrscht und zur Rückführung der östlichen "Lande" aufgefordert wird? Darauf mögen Sie einwenden, das seien "verantwortungslose Schreihälse", die in einer bürgerlichen Demokratie ja auch ihre Existenzberechtigung haben. Warum aber werden die Treffen solcher "Schreihälse" von führenden CDU-Politikern und von hochgestellten Regierungsvertretern besucht? Sieht das nicht wie direkte Förderung der revanchistischen Bestrebungen aus? Ein solches Verhalten widerspricht eindeutig den Bekenntnissen offizieller Personen zum Prinzip der Unverletzbarkeit der europäischen Nachkriegsgrenzen. Selbst einige bundesdeutsche Presseorgane sind darüber besorgt; sie betonen, daß Leute aus den Landmannschaften das Vertrauen in die "Substanz der Ostpolitik" untergraben.

Wie man weiß, machten die Nazis weitgehend Gebrauch von nationalistischen und großdeutschen Parolen. Sie spekulierten gewissenlos auf das nationale Empfinden eines Volkes, das schwer am Versailler Frieden trug, und verfolgten planmäßig und mit Methode eine Politik der Revanche und Aggression. Auch heute sind Nationalismus und Pangermanismus nicht vergessen. Man entdeckt sie in den Erklärungen amtlicher Vertreter der Bundesrepublik, laut denen die deutsche Frage offen sei (obwohl schon seit 35 Jahren zwei souveräne deutsche Staaten bestehen).

Noch immer gibt es in der Bundesrepublik Leute, die davon träumen, die DDR "einzuverleiben", dort den Kapitalismus wieder einzuführen und das Reich in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen. Ja, dann würden sie die "Befreiung" nur zu gern feiern! Gewiß, einfachheitshalber könnten auch solche Leute unter die "verantwortungslosen Schreihälse" eingestuft werden, doch werden ja ihre Aktivitäten wie auch die der hinter ihnen stehenden Organisationen von irgend jemandem unterstützt und finanziert.

Die Militarisierung der Bundesre-

publik — die Aufrüstung der Bundeswehr mit modernsten Waffen, die Stationierung neuer US-Raketen, die aktive Beteiligung der Bundesrepublik an den US-Plänen der Militarisierung des Weltraums — trägt ebenfalls zur Wiederaufstehung der revanchistischen und großdeutschen Geseinnung bei.

Wir in der Sowjetunion haben den Bundesdeutschen nie Anlaß gegeben, "ihre" Niederlage im Krieg als nationale Tragödie aufzufassen. Unser Feind im Krieg war der deutsche Faschismus. Als wir gegen Nazideutschland, das unsere Heimat dem Boden gleichmachen und unser Volk vernichten wollte, Krieg führten, setzten wir uns nicht das Ziel, gleichsam als Antwort Deutschland zu liquidieren. Nie haben wir den Deutschen das Recht auf die weitere nationale und staatliche Existenz abgesprochen. Den Faschismus betrachteten wir als einen Feind nicht nur des Sowjetvolkes, sondern auch aller anderen Völker, für die die Öfen von Auschwitz und Maidanek zum Wahrzeichen der "neuen Ordnung" wurden.

Es war der Faschismus, der das deutsche Volk zu maßlosen Leiden und Opfern verurteilte und Deutschland in eine Katastrophe trieb. Meiner Ansicht nach ist es Heuchelei reinsten Wassers, um nicht stattgefunden Siege und die Spaltung Deutschlands zu trauern. Ich darf Sie, Herr Roth, vielleicht daran erinnern, daß die Spaltung Deutschlands damit begann, daß in Verletzung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz ein Separatstaat, die Bundesrepublik Deutschland, gegründet wurde. Dagegen war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik eine natürliche und rechtmäßige Reaktion Deutscher auf den Nazismus. Gerade diesem deutschen Staat gebührt das historische Verdienst, die Überreste des Faschismus am konsequentesten ausge- merzt und seinen Nährboden abgetragen zu haben.

Die 40 Jahre Frieden in Europa haben die Rechtmäßigkeit einer solchen Lösung der deutschen Frage erwiesen. Es liegt auf der Hand: Wenn in der Bundesrepublik Trauerstimmungen anläßlich des bevorstehenden 40. Jahrestags der Zerschlagung des Hitlerfaschismus suggeriert werden, so widerspiegelt das die Haltung jener Kreise inner- und außerhalb des Landes, denen die auf den Beschlüssen von Jalta, Potsdam und später von Helsinki beruhende Nachkriegseinrichtung in Europa nicht paßt. Sie würden, falls sich die Gelegenheit bietet, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nur zu gern "revidieren". Dazu müssen sie aber erst in Mißkredit gebracht werden. Diesem Zweck dienen meines Erachtens die Versuche, den 8. Mai 1945 als den Tag nicht der Befreiung von der braunen Pest, sondern als den Tag des Zusammenbruchs darzustellen.



## Seine Brüder Kontras

Um im Kongreß die neuen Bewilligungen für den "geheimen" Krieg gegen Nikaragua durchzudrücken, pries Reagan die Contras so überschwänglich, daß es selbst den Amerikanern auffiel. Die "Washington Post" schrieb z. B.: "Vor zwei Wochen nannte Reagan die nikaraguanischen Contras 'unsere Brüder'. Am vorigen Freitag behauptete er, sie seien das 'moralische Äquivalent der Gründerväter der Vereinigten Staaten, der mutigen Resistance-Kämpfer'. Wenn man Reagan nicht aufhält, wird er demnächst wohl verlangen, die Contras heiligzusprechen."

## Schwarz und weiß



Die afrikanische Journalistin Sylvia Vollenhoven und der Fernsehmitarbeiter Bob Seddon lieben einander. Eine rein private Angelegenheit, sollte man meinen. Nein, meint die "Newsweek" ihrerseits, laut RSA-Gesetzen dürfen sie einander nicht heiraten, weil Seddon weiß ist. Nach fünf Jahren reisten sie nach Großbritannien, um dort ihre Ehe zu schließen. Nach der Rückkehr werden an ihre Adresse, wie Sylvia berichtet, mißbilligende und warnende Worte geäußert, ihr 4jähriger Sohn ist

in der Geburtsurkunde als unehelich eingetragen, und in der Öffentlichkeit dürfen sich die Gatten nicht einmal bei der Hand nehmen. Nach den Gesetzen der RSA besteht diese Familie nicht.

## Gefängnis als Geschäft



Der von der Reagan-Administration hochgepriesene "Unternehmergeist" erstreckt sich nun auch auf Gefängnisse. 24 große Anstalten dieser Art sind von den Behörden subventionierten Geschäftsleuten zur Verfügung gestellt worden, lesen wir in der amerikanischen "International Herald Tribune". In den nächsten anderthalb Jahren wird sich die Zahl privater Kittchen verdoppeln. Den Profit erwirtschaften die cleveren Geschäftsleute durch "Sparsamkeit", und sie sparen um so fleißiger, als diese Gefängnisse im Unterschied zu den staatlichen faktisch nicht kontrolliert werden. Nicht auszudenken, welche "Umerziehungs"methoden den Insassen da blühen.

## Zypern bestohlen

Dem Westberliner "Tagesspiegel" zufolge ist der von Zypern stammende Türke Mehmet Yasin, Kunsthändler seines Zeichens, über die Barbarei des Regimes in der "Türkischen Republik von Nord-Zypern" entrüstet. Wie er mitteilt, wurden Hunderte

wertvolle Ikonen, noch aus der byzantinischen Zeit, gestohlen und auf die westlichen Kunstmärkte geschmuggelt. Viele christliche Kirchen in der Domäne der Separatisten wurden geplündert, das Marinakloster in einen Schweinestall verwandelt.

## Gefährliche Mode

Da die neue Mode — tätowierte bunte Lidschatten — in den USA um sich greift, gehen Tausende Augenärzte und Gesichtsplastiker daran, der schöneren Hälfte der Menschheit die allmorgendliche Mühe des Lidfärbens zu nehmen, selbstverständlich gegen beträchtliches Entgelt. Einige Ärzte allerdings schlagen Alarm, denn eine Infektion oder eine Nachlässigkeit bei der "Operation" kann eine Kundin um das Sehvermögen bringen. Wie jeder gute Rat wird auch dieser jedoch in den Wind geschlagen.

## Prosperität auf britisch

Laut "Tagesspiegel" leben in Großbritannien 4 Millionen Kinder in Elend. An der Armutsgrenze oder darunter lebt heute nahezu jede vierte britische Familie mit Kindern. Die Hauptursachen für die fortschreitende Verelendung der Engländer sind, schreibt das Blatt, die zunehmende Arbeitslosigkeit und die anziehenden Steuern.

## Großes Kirchenlicht



Julio Iglesias, der bekannte spanische Schlagersänger und "Kassenmaget", erklärte gelegentlich: "Ich bin der größte Intellektuelle von allen Intellektuellen meines Landes."

Dazu meint die Wochenschrift "Cambio 16", Iglesias wisse nicht einmal, was das Wort bedeute. In einem der jüngsten Interviews gab er zu, sehr wenig zu lesen, da er "in der Jugend genügend gelesen" habe.

## Kommerzielle Ausbildung



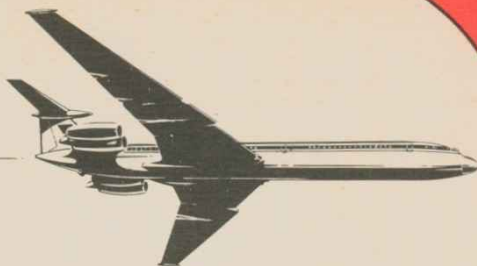
Die Association of American Colleges analysierte die Lage im Hochschulwesen der USA und kam zu dem Schluß, daß die Leitung der Hochschulen "sich von einer deplacierten Marktphilosophie leiten läßt": "Das wirkt wie eine Markthalle, in der die Studenten Kenntnisse kaufen und die Professoren verkaufen. Mode und Modetrends, der Drang nach raschem Reüssieren und nach Popularität herrschen dort vor, wo Weisheit und Erfahrung walten sollten."

## "Augenweide"

Der kanadische Verteidigungsminister Robert Coates beschloß, wie "The Gazette" (Montreal) mitteilt, als er auf einer Tagung der Verteidigungsminister der NATO-Länder in Westdeutschland war, sich ein wenig zu zerstreuen. So ging er in eine Anstalt, wo heiße Pornofilme und sehr leicht geschürzte Damen vorgeführt werden. Mit einer von ihnen ließ sich das Gespräch so nett an, daß der Minister sie bat, zu ihm "einfach Bob" zu sagen. Als all das an die Oberfläche kam, mußte Coates zurückerufen. Nicht einmal die Behauptung des bundesdeutschen Inhabers der betreffenden Anstalt half, Coates habe nur seine "Augenweide" haben wollen.

Zeichnungen:  
W. Tschakiridis



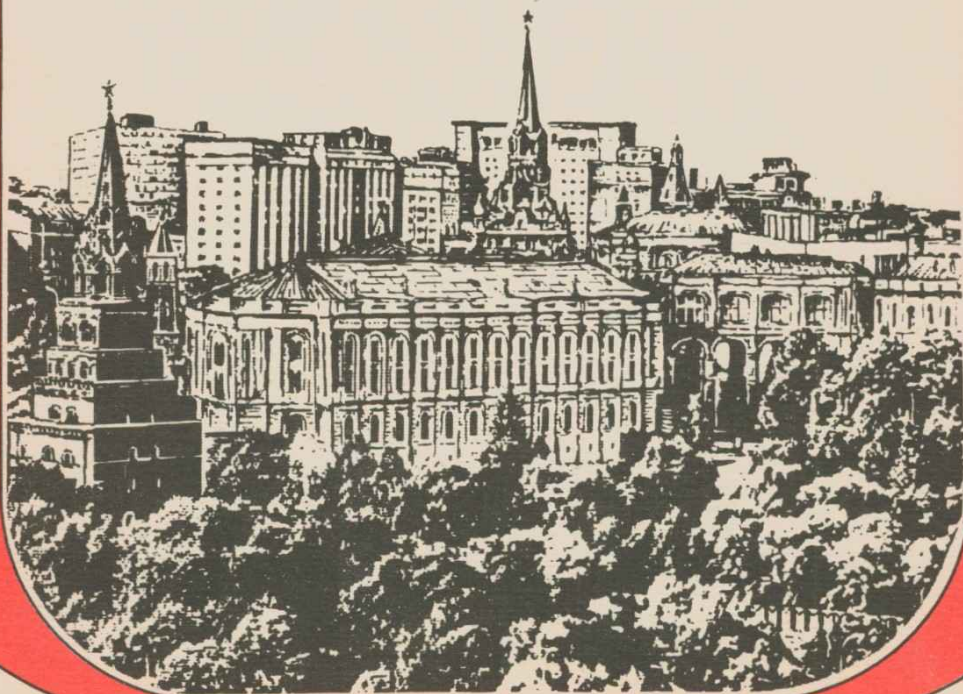


## AEROFLOT OFFERiert

bequemste Flugrouten nach Moskau  
zu den XII. Weltfestspielen  
der Jugend und Studenten

## WILLKOMMEN IN DER UdSSR!

Näheres bei der Aeroflot-Vertretung  
in Ihrem Land.







Schon 14 Jahre veranstaltet die „Neue Zeit“ diesen Fotowettbewerb, um die Mannigfaltigkeit des Lebens, des Kampfes und der Arbeit der Menschen in aller Welt zu verdeutlichen. Zur Teilnahme daran laden wir alle interessierten Fotoamateure und Berufsfotografen ein. Dem ausländischen Sieger bieten wir eine reizvolle Wochenreise durch die Sowjetunion.

Eingesandt werden können Einzelaufnahmen, Bildreportagen und -berichte in Schwarzweiß und im Mindestformat von 13×18 cm.

Ihre Einsendungen richten Sie bitte an: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl., Redaktion „Neue Zeit“. Wir bitten, die Umschläge mit dem Vermerk „Fotowettbewerb“ zu versehen.

Anatoli Burbo (UdSSR):  
Liebe Gäste



B. Kesar Singh (Indien):  
Hochzeit

# INTERNATIONALER FOTOWETTBEWERB „Im Objektiv: PLANET ERDE“



Francisco Gonzalez (Kanada):  
Ein nikaraguanischer Patriot

Sandro Campana (Italien):  
Portugal —  
Gasse in einem Fischerdorf

